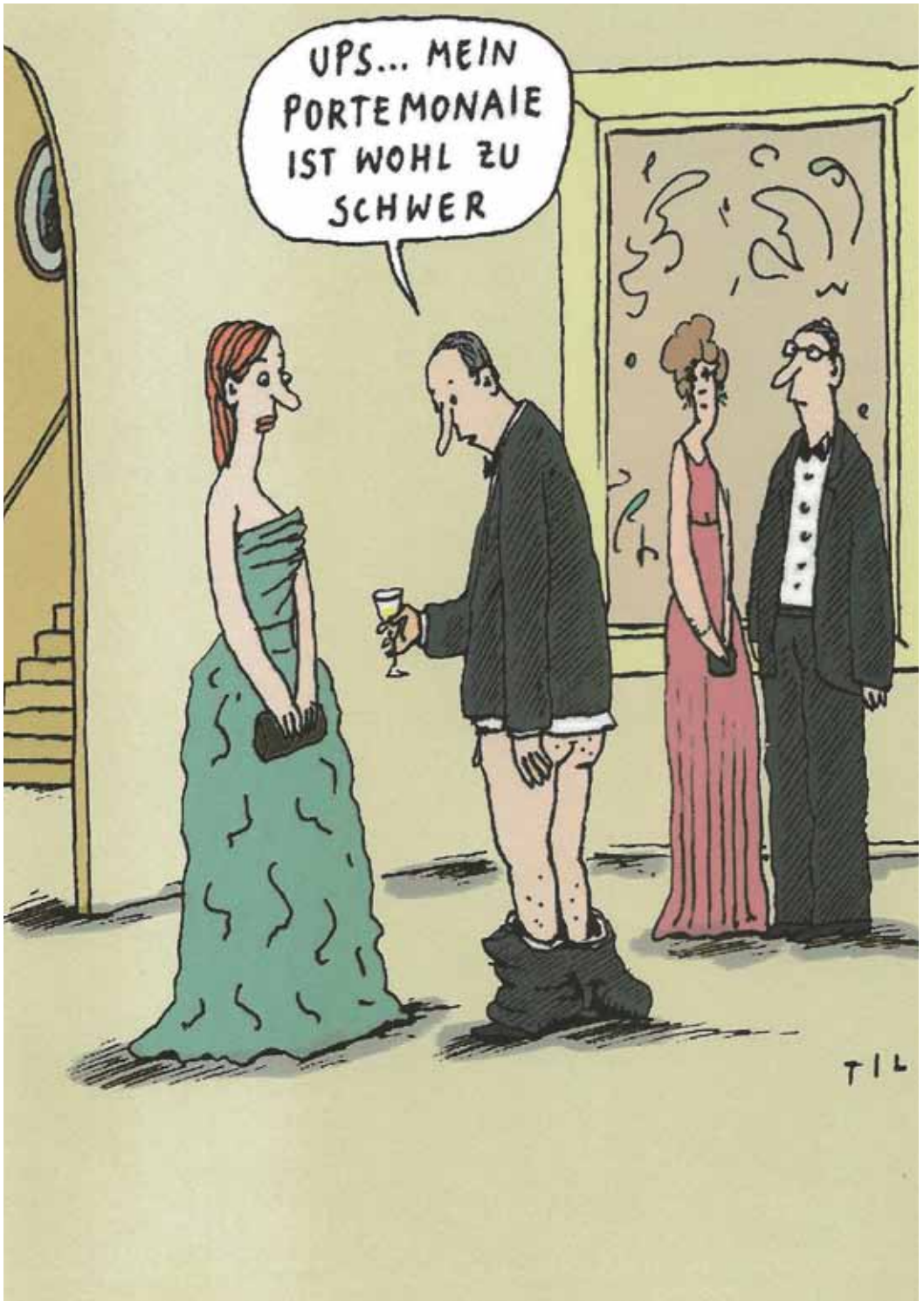


h/z



Zeitschrift der GEW Hamburg
Januar 1/2013

Arbeits**Z**eit**M**odellbefreiungs
Aschermittwochnarrenumzug
13. Februar



Reiche habens auch nicht leicht



In den ersten Monaten dieses Jahres sind für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in Hamburg einige Termine von besonderer Bedeutung. Am 13. Februar rufen wir alle Beschäftigten an Hamburgs Schulen zur Aschermittwochsdemo für bessere Arbeitsbedingungen auf, unter dem Motto: „10 Jahre Arbeitszeitmodell sind mehr als genug!“

Unter dem Bildungssenator Lange (FDP) wurde das Mehr-Arbeitszeitmodell eingeführt und weder die Bildungssenatorin Dinges-Dierig (CDU), noch Goetsch (GAL) noch Rabe (SPD) haben daran etwas grundlegend geändert – trotz großen Protests, trotz zahlreicher externer Evaluationen und vieler guter Hinweise.

Warum nicht? Alle wissen, dass eine grundlegende Veränderung, d.h. eine Entlastung von massiver Mehrarbeit, Stellen und damit Geld kostet. Auch als wir noch keine Schuldenbremse hatten, war das Geld dafür angeblich nicht da.

Wir werden mit unseren Protesten deutlich machen, dass die Regierenden nicht nur gegenüber dem öffentlichen Haushalt Verantwortung haben, sondern auch für ihre Beschäftigten und die Schulen in Hamburg. Überlastung der Lehrkräfte verringert die Qualität von Schule und Unterricht. Wenn richtig ist, was die Hattie-Studie ermittelt hat, dass erfolgreicher Unterricht in erster Linie von der Lehrkraft abhängt, dann müssen die Lehrkräfte

„pfleglich“ behandelt werden, Zeit für gute Vorbereitung und guten Unterricht haben und ein Umfeld vorfinden, das ihre Tätigkeit unterstützt und fördert.

Davon kann im Schulalltag heute an Grundschulen, Sonderschulen, Stadtteilschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen nicht die Rede sein. Stattdessen wachsen die Belastungen immer weiter – durch unzureichend ausgestattete Inklusion, durch die Einführung des Ganztags ohne die nötigen personellen Ressourcen und die nötigen Räume, Kantinen etc., durch das Abkoppeln ganzer Stadtteile in sozialen Brennpunkten.

Die Schulinspektion blendet bei ihren Untersuchungen die Arbeitsbedingungen und den Zeitdruck der Beschäftigten vollständig aus: Wie kann da eine vernünftige Diagnose geschweige denn eine Therapie stattfinden?

Zur „pfleglichen“ Behandlung der Beschäftigten gehört auch die Bezahlung. Jetzt beginnt die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder. Mit der Entgeltforderung von 6,5 Prozent mit sozialer Komponente wollen die Gewerkschaften den An-

derung von Lehrkräften durch Entgelttrichtlinien des Arbeitgebers muss endlich aufhören. Bundesweit gibt es etwa 200.000 angestellte Lehrkräfte, zu denen auch die Vorschulklassenleitungen zählen. Es ist ein Skandal, dass die Arbeitgeber nicht auf ihr Alleinbestimmungsrecht verzichten und damit der größten Berufsgruppe willkürlich die Tarifierung ihres Entgelts verweigern. Wenn die Arbeitgeber nicht zügig verhandelbare Angebote auf den Tisch legen, wird es auch in Hamburg zu Warnstreiks noch im Februar kommen, darauf sind wir vorbereitet.

Es handelt sich um eine Tarif- und Besoldungsrunde, d.h., es geht auch um die Besoldung der BeamtInnen. Gerade in Hamburg, denn hier gibt es die schriftliche Zusicherung des 1. Bürgermeisters, die Tarifergebnisse wirkungsgleich auf die BeamtInnen zu übertragen. Alle – Angestellte und BeamtInnen – sind also gefragt, wenn es gilt, auf der Straße zu zeigen, dass wir kampfbereit sind! Schon jetzt zeichnet sich auch in Hamburg ab, dass ohne Druck nichts geht: Die Einsicht des Arbeitgebers und Dienstherrn kommt

Klaus Bullan

Tarifrunde und Arbeitszeitmodell

schluss zum Tabellenentgelt bei Bund und Kommunen (TVöD) herstellen. Es darf keine schlechtere Bezahlung von Landesbeschäftigten geben! Angesichts der großen Risiken für die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums in der Euro-Zone ist es ein Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft, die Einkommen der Beschäftigten und damit die Binnennachfrage in Deutschland in diesem Jahr deutlich zu erhöhen. Die einseitige Eingrup-

nicht von selbst!

Perfide ist die Hamburgische Besonderheit dieses allein regierenden SPD-Senats, dass Einkommenserhöhungen, die über 1,5% liegen (also bei Einbezug der Preissteigerungsrate deutlich im Minusbereich) durch zusätzlichen Personalabbau im öffentlichen Dienst kompensiert werden wird. Wir werden also vor die Wahl gestellt: Entweder Realeinkommensverluste oder Personalabbau.



Am Aschermittwoch ist alles vorbei Seite 8

Ja, vor allem unsere Geduld! 10 Jahre AZM sind genug. Umzug mit Kehraus.

Säulenheilige irritiert Seite 32

Eine Wiedereinführung des G9 brächte das 2-Säulen-Modell ins Wanken. Ausgang ungewiss.

Auskömmlichkeit ist Trumpf Seite 28

Hamburg ist "Preis-Leistungs-Sieger" bei der Inklusion. Auf wessen Kosten?

Außer Form Seite 22

An diesem Ofen wärmen sich die Streikenden, statt Plastikmasse in Becherform zu pressen. Druck machen für einen Haustarifvertrag ist nötig gegen einen knallharten Unternehmer. Ohne Solidarität geht der Ofen aus.



GEW

Aschermittwoch	8
Umzug/Demo	
AZM	10
Genese eines Monstrums	
Bildung ist Mehrwert	16
Tarifrunde 2013	
G8/G9	37
Presseerklärung	
Pensionen	50
Gestern, heute und morgen	
Beurteilungswesen	51
Gut verhandelt	
Frauenausschuss	55
Bilanz 2012	
Musik	61
Jede/r kann komponieren	

Magazin

Tarifikampf	22
Streik bei ‚Neupack‘	
Wilhelmsburg	40
Alarm der SchulleiterInnen	
Reformpädagogik	45
Balance finden	
Rechtsrock	54
Abwehr formiert sich	
Nazibiographien (17)	57
Martin Duttge	

Bildungspolitik

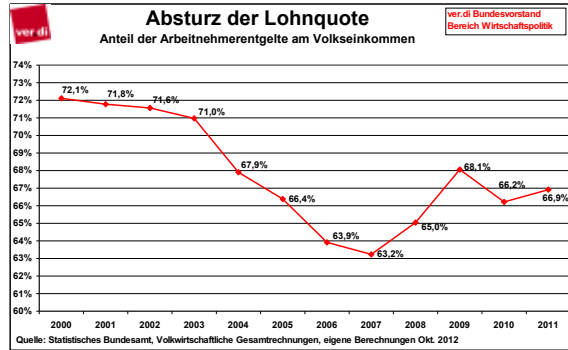
Inklusion „Geiz ist geil!“	28
G8/G9 Schulfrieden adé	32
GBS Ladehemmungen	38

Hinweise

- Fortbildung S.44
- Hochschule S.53
- Wir trauern... S.63
- Berufsorientierung S.66
- Freinet-Pädagogik S. 67
- AG Jugendliteratur S.67

Rubriken

hlz-Notiz	3
LeserInnenbriefe/Nachrichten	6
Inhaltsverzeichnis 2012	33
gb@-Seminare	56
Rätsel	60
Ruheständler	62
GEW-Termine	64
Aus dem Streikzelt...	65
Impressum	65



Großer Nachholbedarf Seite 16

Nachdem unsere Einkommen in den letzten Jahren real gesunken sind, ist es höchste Zeit, bei den anstehenden Tarifverhandlungen (TdL) den Trend umzukehren.

GBS Seite 38

Kooperieren werden nicht die Institutionen, sondern die Menschen, die darin arbeiten. Das setzt Wissen und Selbstreflektion voraus.

Reformpädagogik Seite 45

Die Debatte geht weiter. Zwischen der „Weisheit letzter Schluss“ bis „alles offen“ auch ein paar grundsätzliche Gedanken.

Ab auf die Insel Seite 40

Wilhelmsburg steht für Aufbruch. Die internationale Garten- und Bauausstellung steht vor der Tür. Bei so viel Glanz übersieht man leicht die Schatten. 10 SchulleiterInnen legen die Finger in die Wunde. Ein Interview.



Foto: Stefan Gierlich

Um sich schlagend

hlz 10-11/2012, S. 38

Als hessische GEW-Kollegin habe ich total irritiert den vierseitigen Artikel "Prechtig" ... von Marc Erang in der hlz 10-11/2012, S. 38-41, gelesen. Die Sendung mit Hüther und Precht hatte ich auch gesehen. Natürlich war in dieser Sendung nicht alles Gesagte sehr tieferschürfend, aber ganz viel der Kritik an unserem Schulsystem und auch an den im System Arbeitenden war sehr wohl zutreffend.

Als Reaktion auf diese Sendung einen so um sich schlagenden Artikel unkommentiert abzdrukken, halte ich aus folgenden Gründen für die Zeitschrift einer Bildungsgewerkschaft nicht für richtig:

- Der Schreiber erweckt den Eindruck, als ob wir mit der bestehenden Schule so richtig zufrieden sein könnten.
- Er versucht die beiden Interviewpartner lächerlich zu machen (z.B. S.39: "...Leckerli fürs Hirn...")
- Er erweckt den Eindruck mit dem Ausdruck "reinste reformpädagogische Gefilde" (S. 39) und dem danach Geschriebenen, dass reformpädagogische Ansätze abzulehnen seien.
- Er bringt Bezüge zu Bertelsmann und dessen Geschichte, die gar nicht Thema der Sendung waren.

Falls Ihr die Sendung nicht gesehen habt, könnt Ihr Euch selber ein Bild davon machen.

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1720560/Macht-Lernen-dumm%253F>

Mit freundlichen Grüßen
DOROTHEA MANNSHARDT

Einspruch

hlz 12/12, S. 42

Hallo Andreas, zu deinem Abschiedsinterview in der letzten hlz ein paar Bemerkungen und Fragen zu deinen Ausführungen, dass die Betreuung der Schulpersonalräte durch die GEW eine Erfolgsgeschichte ist.

Dies mag für die von der GEW organisierte Fortbildung stimmen, obwohl ver.di einwöchige Seminare und die GEW maximal zweitägige Seminare anbietet. Diese Einschätzung stimmt auch, wenn man die gute Beteiligung an den Personalrätekonferenzen im Curiohaus zu Grunde legt.

Das verschlechterte Personalvertretungsgesetz hat unsere gemeinsame Kraft geschwächt und uns an den Schulen vereinzelt, ohne zu wissen, was andere Schulpersonalräte so treiben. Wie viele Personalräte haben aufgegeben für Rechte zu streiten und an wie viel Schulen gibt es sie gar nicht mehr? Wie viele davon begreifen sich als GEW-Personalräte und verbreiten vor Ort erfolgreich GEW-Positionen? Wie werden Personalräte unterstützt, wenn es Konflikte mit Schulleitungen gibt, weil diese das Personalvertretungsgesetz kaum kennen, es nicht ernst nehmen oder ignorieren?

Erst wenn diese Probleme untersucht, aufgegriffen und mit den Schulpersonalräten solidarisch angegangen werden, kann man rund um von einer Erfolgsgeschichte für die GEW sprechen.

Mit solidarischen Grüßen
WILLI BARTELS

Vorsitzender des Schulpersonalrates
an der Ganztagsstadteilschule
Mümmelmannsberg

Starke Gewerkschaft

Allen Diskussionen über die schwindende Bindungskraft von Großorganisationen zum Trotz: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Hamburg hat 2012 gut 1,5 % Prozent Mitglieder hinzu gewonnen und organisiert jetzt 9350 Beschäftigte aus allen Bildungsbereichen. Rund 70 Prozent der GEW-Mitglieder sind Frauen.

Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien

Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften fordern die für Schulpolitik verantwortlichen Stellen auf, eine staatlich verantwortete Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien einzurichten. Mit großer Besorgnis beobachten die DGB-Gewerkschaften die Zunahme von schulfremden Unterrichtsmaterialien, vor allem aus der Finanz- und Wirtschaftsbranche.

Neuer Landesschulrat

Es ist ein Ehrentitel, aber er hat Gewicht in der Hamburger Schullandschaft: Schulsenator Ties Rabe (SPD) hat Norbert Rosenboom zum Landesschulrat ernannt. Der 64 Jahre alte Pädagoge leitet seit 2006 das Amt für Bildung in der Schulbehörde. Rosenboom ist Nachfolger von Peter Daschner, der bis zu seiner Pensionierung Ende 2010 das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung leitete. Rosenboom unterrichtete am Gymnasium Heidberg (Langenhorn) Deutsch, Politik, Geschichte und Darstellendes Spiel und war von 1994 bis 1998 Schulleiter des Gymnasiums

Alstertal in Fuhlsbüttel, ehe er in die Behörde wechselte.

Ganztagsbetreuung

Die Nachmittagsbetreuung findet nach den Sommerferien fast ausschließlich an den Schulen statt. Aber auch von den 200 Grundschulen bieten 204 Schulen dann ganztägige Bildung und Betreuung an. „Die vorher an diesen Standorten eingerichteten Hortangebote werden dabei in die neuen GBS-Angebote übergeleitet sein oder aber nicht mehr weitergeführt werden“, so Behördensprecher Albrecht.

Wild und gefährlich

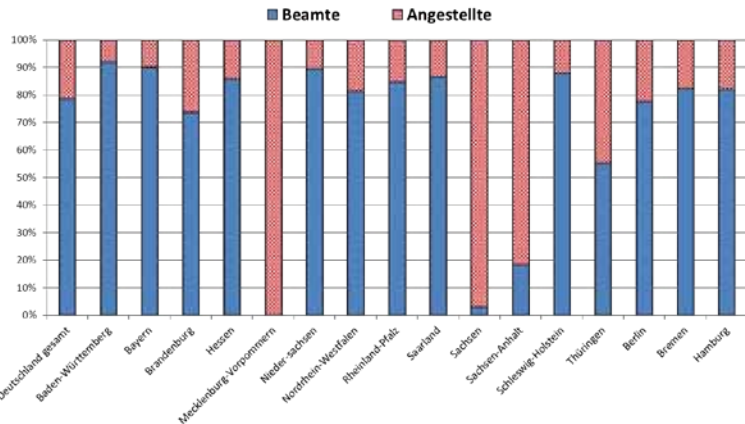
In Tests amerikanischer Wissenschaftler haben Kinder und Jugendliche beider Geschlechter vergleichbare kognitive Leistungen gezeigt. Die Mädchen hatten jedoch die besseren Schulnoten. Es geht um Fertigkeiten wie „die Konzentration des Kindes, das Durchhaltevermögen, die Lernbereitschaft, Selbstständigkeit, Flexibilität und das Organisationsvermögen“. Aber genau an diesen Fähigkeiten mangelt es den Jungen, wie eine weitere Befragung der LehrerInnen der gestesteten SchülerInnen ergab. Das Missverhältnis zwischen Testergebnissen und Schulnoten beruht auf derartigen „nicht-kognitiven Fertigkeiten“, schreiben die Autoren.

Die Freude am Lesen wecken

Es sind inzwischen 675 ehrenamtliche MentorInnen und mehr als 90 Hamburger Grund- und Stadtteilschulen, die alle ein Ziel vereint: Sie wollen bei SchülerInnen die Freude am Lesen wecken, die Fantasie der Kinder anregen, ihnen Mut machen, selbst zu lesen und ihnen auf diesem Weg die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe erleichtern – unabhängig von ihrem sozialen und kulturellen Hintergrund.

Beamte und Angestellte im Schuldienst

Schuldienst Länder (gehobener und höherer Dienst) Juli 2010



Ende Februar geht es los: Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst (TdL) beginnen. An der Spitze des Kampfes werden unsere KollegInnen aus den neuen Bundesländern stehen

Aus diesem Grund haben sie sich dem Verein Mentor - die Leselernhelfer angeschlossen, der Erwachsene, die Bücher lieben, an Schulkinder mit Sprach- und Leseschwächen vermittelt. Die Betreuung bei dieser Lernhilfe ist 1:1. Unmittelbarer kann Leseförderung nicht sein.

Weitere Informationen gibt es unter www.mentor-hamburg.de oder unter Telefon 20 00 35 64

Förderung hinkt hinterher

In Hamburg ist der Anteil der Schulkinder mit Migrationshintergrund im vergangenen Jahrzehnt stark gestiegen.

Doch die stadtwweit zur Verfügung stehenden LehrerInnenstellen für Sprachförderung blieben, nachdem sie 2005 unter CDU-Regierung um 100 Stellen gesenkt wurden, konstant.

Seelennöte

Eine Studie zeigt mehr niedergeschlagenes oder ag-

gressives Verhalten bei Elf- bis 16-Jährigen in Hamburg als im Bundesdurchschnitt. Danach leiden in Hamburg mehr Jugendliche unter emotionalen Problemen, wie zum Beispiel Niedergeschlagenheit, Angst, Traurigkeit, Schüchternheit. Bei den Jungen sind es in der Hansestadt mit 7,6 Prozent fast doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt (4,1 Prozent).

Neid und Missgunst

Letzte Meldung: Im dritten Quartal 2012 stieg das Geldvermögen der privaten Haushalte auf die Rekordhöhe von 4871 Milliarden Euro. Das teilte die Deutsche Bundesbank mit (28.1.2013).





Jetzt schlägt's 13! Aschermittwochsaktionstag

Für bessere Arbeitsbedingungen an den Hamburger Schulen
mit gemeinsamem Umzug 13.2.2013 / 17 Uhr / Curiohaus

2013 wird das „Lehrerarbeitszeitmodell“ 10 Jahre alt — das sind 10 Jahre zuviel: Arbeitsverdichtung, Belastungen und Mehrarbeit nehmen an den Schulen zu für alle: Lehrkräfte, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, TherapeutInnen!

Ihr wisst, dass die GEW seit knapp einem Jahr mit der Kampagne „Lehrkraft stark machen“ für Verbesserungen bei der Arbeitsbelastung und den Arbeitsbedingungen in den Schulen kämpft.

Die erste Reaktion der Behörde blieb mit der Ankündigung einiger weniger Verbesserungen im außerunterrichtlichen Bereich äußerst mau.

Wenn wir spürbare Verbesserungen erreichen wollen, müssen wir lautstark protestieren!

Das 10 jährige „Jubiläum“ des

Arbeitszeitmodells bietet uns dazu einen guten Anlass.

Am Aschermittwoch könnten und sollten Schulen ihre speziellen Arbeitsbelastungsprobleme vor Ort thematisieren. z. B.

- zu hohe Unterrichtsstundenzahl
- viele Konferenzen und steigender Koordinierungsbedarf (ohne Anrechnung von Arbeitszeit)
- zu viele Prüfungen, Korrekturen, Vergleichsarbeiten
- fehlende Räume
- Ausstattungsmängel
- zu große Klassen und Lerngruppen
- fehlende Doppelbesetzung
- keine Ressourcen für Teamarbeit
- Umsetzung der Inklusion ohne ausreichende Ressourcen
- Umsetzung der Ganztagschule ohne ausreichende Ressourcen

- zu viel Verwaltungsarbeit und Bürokratie

- hohe Lärmbelastung

- ...

Die GEW unterstützt euch mit Know How, Finanzen, Personen, wenn ihr in eurer Schule etwas machen wollt.

Um 17 Uhr treffen wir uns am 13.2.13 dann zu einer großen gemeinsamen Umzug, bei der auch die Karnevalskostüme noch einmal zum Einsatz kommen können und wir die gesamte Asche der Arbeitsbelastung deutlich machen können. Auch SchülerInnen und Eltern als Betroffene unserer knappen Zeit sind selbstverständlich mit dabei, vielleicht mit Kostümen, Musik und kleinen Aktionen?

Wir rufen alle PädagogInnen an den Hamburger Schulen zur Teilnahme an den Aktionen und



dem Umzug auf; neben den LehrerInnen auch das pädagogisch-therapeutische Fachpersonal, das bisher noch nicht einmal die oben erwähnten Tropfen auf den heißen Stein zur Entlastung angeboten bekommen hat. Im Fokus unserer Aktionen stehen neben der Kritik des Arbeitszeitmodells auch alle anderen Belastungen.

Wir machen deutlich, dass schulische Qualität nur mit entlasteten Lehrkräften und guten Arbeitsbedingungen zu haben ist und dafür die reale Arbeitszeit deutlich reduziert werden muss.

Wir fordern in diesem Zusammenhang die Behörde auf, eine unabhängige Untersuchung über die reale Arbeitszeit von LehrerInnen in Hamburg in Auftrag zu geben. Das wäre z.B. eine sinnvolle Aufgabe für das Insti-

tut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ), das bisher die Schulinspektionen durchführt.

Beteiligt euch an Aktionen

und an dem Umzug, spricht mit KollegInnen, SchülerInnen und Eltern, **macht mit am Aschermittwoch!**

GEW-LANDESVORSTAND

10 Jahre „Arbeitszeitmodell“ – **GEW/** 10 Jahre zuviel?!

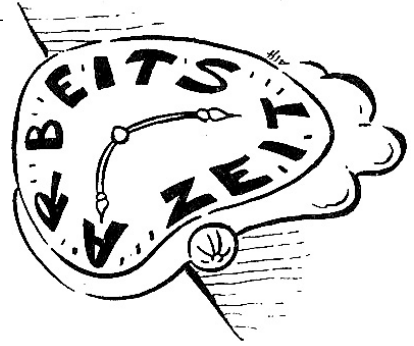
Hierüber wollen wir mit den schul- / bildungspolitischen Sprecher_innen der Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft diskutieren und laden dazu herzlich ein:

**Donnerstag 7. Februar 2013, 18-20 Uhr,
GEW Landesverband, Raum ABC**

TeilnehmerInnen:

- Lars Holster (SPD)
- Stefanie von Berg (GRÜNE)
- Dora Heyenn (DIE LINKE)
- Robert Heinemann (CDU, angefragt)
- Anna von Treuenfels (FDP, angefragt)

Vom Modell zum Alltagsterror



Ein ehemaliger Personalrat und Vorsitzender des Gesamtpersonalrats beschreibt durchaus wertend die 10jährige Geschichte des AZM

Sprachlich ungenau wird im Schulalltag der Begriff „Arbeitszeitmodell“ (AZM) benutzt, um zu beschreiben, wie in den Schulen die Arbeitszeit abgerechnet wird. Es handelt sich aber nicht mehr nur um ein „Modell“, sondern um die Realität des Arbeitsalltags. Da sich der Begriff aber in der Diskussion durchgesetzt hat, wird er in diesem Arti-

kel verwendet.

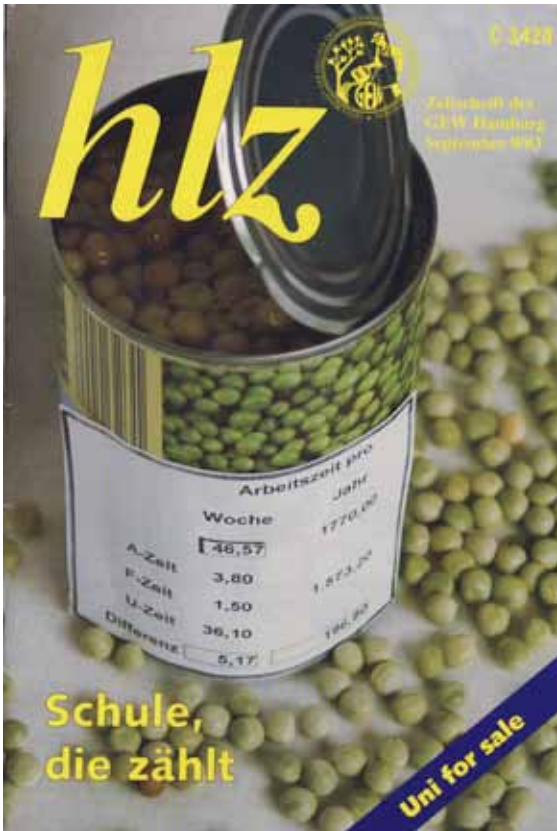
Der Arbeitszeiteinsatz regelt sich auf der Grundlage einer Verordnung.

Am 1. Juli 2003 wurde die Lehrkräfte-Arbeitszeit-Verordnung erlassen. Seitdem sind mehrere Lehrkräftegenerationen in den Schuldienst getreten, die vom ursprünglichen Pflichtstundenmodell nur

übers Erzählen gehört haben und die nur die Arbeit unter dem AZM kennen.

Das AZM wurde seitdem mehrfach evaluiert durch

- den „Runden Tisch“ (2004)
- den Unternehmensberater Mummert-Consulting (2005)
- die Behler-Kommission (2008). Das AZM wurde zweimal geändert:
- 2004 wurden die Faktoren aller Fächer der Jahrgangsstufen 1 bis 4 für die Lehrkräfte der Grundschulen, der Grundschulklassen an Gesamtschulen und der Sonderschullehrkräfte in Integrationsklassen jeweils von 1,30 auf 1,35 gesetzt.
- 2011 wurde eingefügt:
 - die Altersentlastung für KollegInnen über 60 Jahre
 - eine Erhöhung der Faktoren für den Unterricht in der 4. Klasse der Grundschulen, die aber nach einem Jahr auslief
 - die Festlegung, dass die Tabelle mit den Faktoren der Gymnasialen Oberstufe nun für die „Sekundarstufe II der Stadtteilschule, des Gymnasiums sowie des Studienkollegs“ gelten soll (ohne inhaltliche Änderung).



Wir wollen unterrichten, nicht zählen

Vorgeschichte

2001 wurde nach der Bürgerschaftswahl ein CDU-FDP-Schill-Senat gebildet, in dem Rudolf Lange (FDP) zum Schulsenator bestellt wurde.

Dieser Senator schrieb am 15.3.2002 an alle Schulen: „Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer, nachdem es in letzter Zeit



Das neue Lehrerarbeitszeitmodell

Fakten, Fahrplan, Hintergründe

Abb. 1: Papier ist geduldig: Alles Lüge

die Arbeit unter dem AZM.

2008 zählte der Gesamtpersonalrat in einer Stellungnahme zum AZM 54 neue und/oder nicht im Arbeitszeitmodell berücksichtigte Aufgaben. Selbst die Behler-Kommission kam auf 42 neue nicht mit zusätzlicher Arbeitszeit versehene Aufgaben. Und diese Kommission war von Senatorin Dinges-Dierig ausgewählt worden, einer Senatorin, die sich durch völlige Schmerzfreiheit gegenüber den Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer auszeichnete.

2003 aber bestand die Behörde darauf, dass durch die neue Lehrerarbeitszeitanrechnung auf die Kolleginnen und Kollegen keine Mehrarbeit zukam. Das führte zu kuriosen, mehrdeutigen Aussagen der Pressestelle der Schulbehörde (vgl. Ausriss, Abb. 2).

Die Unaufrichtigkeit der Behördenleitung setzte sich fort, indem die Behörde sich über eine Beilage zum Hamburger Abendblatt an die Eltern richtete und so die Schulen umging, um die Vorzüge des neuen Arbeitszeitmodells zu rühmen. Dieses Vorgehen und die gewählte Darstellung qualifizierte die im März 2005 von der Behörde eingesetzte Unternehmensberatungsgesellschaft Mummert-Consulting als „mit Bande spielen“ und attestierte dem Senat: „Indem den Eltern gegenüber eine solche pauschale Darstellung der Arbeitszeit von Lehrkräften gegeben wurde, verlässt ... der oberste Dienstherr

verwirrende Meldungen in der Presse gab, teile ich Ihnen zum Wiederbeginn der Schule nach den Frühjahrsferien als Erstes mit, dass es eine Erhöhung der Wochenpflichtstundenzahl oder eine Absenkung der Gehälter nicht geben wird.“

Viele KollegInnen in der Gewerkschaft waren ob dieser Ankündigung skeptisch, andere meinten, man habe dies nun doch „schwarz auf weiß“ und waren beruhigt.

Die Ruhe war jedoch (be-)trügerisch.

Jesteburger Beschlüsse

Nach der Senats- und Koalitions Klausur in Jesteburg vom 4. und 5. Mai 2002 war es aus mit der Ruhe. Der Senat beschloss umfangreiche Kürzungen - auch für die Schulbehörde. Dort arbeitete man nun an der Idee, eine Arbeitszeiterhöhung abzufordern, diese aber so zu verpacken, dass sie von der Öffentlichkeit nur schwer zu erkennen war. Dazu setzte man eine Kommission unter Leitung von Dr. Schmitz ein. Der war schon Mitglied der ersten Hamburger Lehrer-Arbeitszeit-Kommission gewesen.

Die Kommission hatte die Aufgabe, die Lehrerarbeitszeit neu zu organisieren. Dies sollte aber unter der Prämisse der „Auskömmlichkeit“ geschehen. Im Behördendeutsch hieß das: „Die Lehrerarbeitszeitkommission soll im Rahmen einer Effizienzsteigerung und zur Bedarfsdeckung einen signifikanten

Beitrag an ersparten Lehrerstellen erarbeiten“. Das stand im klaren Widerspruch zu Langes immer wiederholter Aussage: „Durch das neue Arbeitszeitmodell soll kein Sparbeitrag geleistet werden.“

Rosemarie Raab, ehemalige Schulsensorin, beschrieb das vorgelegte Modell der zweiten Kommission so: „Das ... Modell ... geht nicht von der tatsächlichen Lehrerarbeit aus, sondern von den festgesetzten Lehrerstellen. Auf der Basis einer 40-Stunden-Woche rechnet es das Arbeitszeitvolumen aus, das zur Verfügung steht, und ordnet dann den vielfältigen Tätigkeiten Zeitwerte zu, unabhängig davon, welcher Zeitumfang realistischer Weise für die jeweilige Aufgabe anzusetzen ist.“ Für Raab – und nicht nur für sie – war das Modell ein „Arbeitszeitvermehrungsmodell“ und „eine schulpolitische Nebelkerze“.

Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells

Lange verkündete den Lehrerinnen und Lehrern durch eine mit Versprechen gefüllte Broschüre (vgl. Abb.1). „Wir möchten ..., dass Ihre Arbeitszeit nach Ihrem tatsächlichen Arbeitsaufwand bemessen ... wird.“

An anderer Stelle dieser Broschüre wurde angekündigt: „Der engagierte Lehrer wird in Zukunft jede wahrgenommene Aufgabe auf seine Arbeitszeit angerechnet bekommen“.

Wie viel von solchen Versprechen zu halten war, zeigte



Abb. 2: „Nicht mehr“ oder „nie mehr“ – das ist hier die Frage

den Raum der fairen internen Auseinandersetzung“.

Die Arroganz der Behördenvertreter ging noch weiter; in einem Rundschreiben empfahl eine Behördenvertreterin:

„Liebe Kollegen und Kolleginnen, manchmal sind Diskussionen einfach nur interessant,

Doppelter Bruch des Versprechens

Senator Lange brach sein Versprechen aber nicht nur bzgl. der Arbeitszeit, sondern auch bezüglich der Bezahlung.

2003 wurde beschlossen

- das Weihnachtsgeld zu kürzen (damals gab es noch was

Das zeigte sich für die Lehrerinnen und Lehrer, als ihnen nach den Sommerferien die Ausdrucke zum Unterrichts- und Arbeitseinsatz vorgelegt wurden. Diese Ausdrucke waren für die „NormalkollegIn“ so durchsichtig wie die Abrechnungen der Elektrizitätsversorger... Sie waren kaum nachzuvollziehen. Die GEW-Personalratsmitglieder erstellten deswegen Leseanleitungen!

Als Beispiel, wie sich die neue Arbeitszeitabrechnung für einen Kollegen mit niedrig faktorisierten Fächern auswirkt, soll der Kollege Mustermann stehen (vgl. Abb. 3. Originalausdruck, Name verändert).

Vor den Sommerferien 2003 hatte der Sport- und Geographie-Kollege am Gymnasium (Vollzeit) eine Unterrichtsverpflichtung von 24 Unterrichtsstunden. Für die Tätigkeit als Klassenlehrer und als Fachvertreter und Sammlungsleiter erhielt er eine Unterrichtsentlastung von 2 Unterrichtsstunden, so dass er 22 Unterrichtsstunden gab.

Nach den Sommerferien hatte er 29 Unterrichtsstunden zu geben. Seine Funktionsaufgaben musste er weiterhin übernehmen. In der Rubrik A-Zeit verborgen war die Vertretungsverpflichtung von einer zusätzlichen Stunde und ihm wurde angezeigt, dass er im Jahressaldo noch 10,6 Zeitstunden abzuliefern hatte.

Der Widerstand war vielfältig. Es sollen nur einige Beispiele angeführt werden.

Schon 2002 hatte es Großdemonstrationen gegen Langes Sparkurs gegeben. Das Hamburger Abendblatt berichtete am 11.6.02: „Mehr als 50 000 Eltern, Lehrer und vor allem Schüler haben ... auf dem Rathausmarkt lautstark gegen die Hamburger Bildungspolitik und den Sparkurs des neuen Senats demonstriert.“

Auch an den Schulen tat sich etwas.

Gemeinsam mit den Eltern

Arbeitszeit und Unterrichtseinsatz einer Lehrerin / eines Lehrers			
LK	Name	Vorname	
Mm	Mustermann		
(*) Anrechnungen bleiben in der Bilanz unberücksichtigt			
		Arbeitszeit pro	
		Woche	Jahr
		46,57	1.770,00
		A-Zeit 3,80	
		F-Zeit 4,00	1.759,40
		U-Zeit 38,50	
		Differenz 0,27	10,60

Funktionen		Unterrichtsfächer	
Fach	Stunden	Klasse	Fach
SammlSpo	1	05	Sp
FachwAllg	1	05	Ek
Kl-Le 5-7	2	05	Ek
		06	Sp
		07	Sp
		08	Sp
		08	Sp
		10	Sp
		11	Sp
		12	Ek
		12	Sp

Erbsen zählen statt sich aufs pädagogische Kerngeschäft zu konzentrieren

für den privaten Bereich reicht dies zur Weiterführung der Diskussion, im professionellen Bereich mit Kosten-Nutzen-Rechnung ist die Diskussionsphase mit der Entscheidung durch den Arbeitgeber beendet. Ich faxe Ihnen die zwei ersten Seiten der Lehrkräfte-Arbeitszeit-Verordnung, die der Senat am 1. Juli 2003 beschlossen hat. ... alle Bediensteten im öffentlichen Dienst Hamburgs (sind) verpflichtet, Entscheidungen des Senats und der Bürgerschaft umzusetzen. Alternative: Kündigen (Kündigungsfrist zwei Wochen) und Wechsel des Arbeitgebers.“

Selbst der Unternehmensberater Mummert-Consulting ordnete eine solche „Kommunikation ... als unehrlich, die Lehrkräfte nicht wertschätzend“ ein und stellte fest: „Ein „Ins Abseits Stellen“ der Lehrkräfte ist vor diesem Hintergrund schädlich.“

zu kürzen...)

- das Urlaubsgeld ab der Besoldungsgruppe A9 zu streichen
- die Eingangsbesoldung für Lehrerinnen und Lehrer mit dem Lehramt der Grund- und Mittelstufe von A 13 auf A 12 abzusenken.

Andreas Hamm schrieb damals in einem HLZ-Artikel: „Für mehr Arbeit soll weniger bezahlt werden. Schlimmer kann man seine Leute gar nicht demotivieren.“

Widerstand

Widerstand formierte sich. Er richtete sich vorwiegend gegen die Erhöhung der Arbeitszeit.

Eine GEW-Untersuchung zeigte, dass die Kolleginnen und Kollegen mehr unterrichten mussten, im Durchschnitt fast 2 Unterrichtsstunden mehr. KollegInnen mit niedrig faktorisierten Fächern waren noch viel stärker betroffen.

wurde Widerstand organisiert. Eltern griffen zu Aussperrungen. Mit Menschenketten und Mauern aus Pappe wurde symbolisch der Einzug des geplanten Lehrerarbeitszeitmodells verhindert. Sie sperrten Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte aus, an anderen Schulen übernahmen sie demonstrativ den Unterricht.

Ein Klassenreisenboykott wurde beschlossen. SportlehrerInnen stellten die Organisation von Wettkämpfen ein. KunstlehrerInnen gestalteten ihren Unterricht um und übten mit den SchülerInnen „malen nach Zahlen“.

Die Demonstrationen und Verhandlungen zur Altersentlastung der Lehrerinnen und Lehrer waren erfolgreich. Im Ergebnis standen 2 Zeitstunden Entlastung für (Vollzeit-)Lehrkräfte ab 60 Jahren.

Die Personalräte haben eine Reihe von Dienstvereinbarungen (z.B. DV Teilzeit, DV Stundenkonto, DV LI, Rahmenvereinbarung Schulstrukturreform) abgeschlossen, aufgrund derer es gelang, die Wirkungen des AZMs für die

Kolleginnen und Kollegen abzumildern.

Im Ergebnis bleibt für die Hamburger KollegInnen weiterhin die Arbeit nach dem Arbeitszeitmodell.

Das Arbeitszeitmodell

Schaut man sich die Schulen genauer an, so stellt man fest: es gibt nicht das eine Arbeitszeitmodell, sondern jede Schule hat ihr eigenes. Das hängt unter anderem auch damit zusammen, dass seit 2003 weitere Sparbeschlüsse gefasst und die Schulen zu selbstverantworteten Einheiten (SVS) wurden, dazu kamen und kommen immer neue Aufgaben an die Schulen, ohne dass ihnen – wie 2003 versprochen – Arbeitszeitzuweisungen folgen. Aus dieser Misere werden unterschiedliche Wege gesucht, alle sind aber mit einer erheblichen Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit verbunden.

Unter diesen Bedingungen wurden die sogenannten Rosenboom-Briefe, neudeutsch: FAQs (Frequently asked questions) zum AZM zu Stopp-Zeichen für erfindungsreiche und phantasievolle Schulleitungen, die von der

Behördenleitung ohne entsprechende Arbeitszeitzuweisungen allein gelassen trotzdem meinen, alles umsetzen zu müssen.

Auch hier wird die Verschärfung des AZMs deutlich, denn 2003 wurden die Rosenboom-Briefe von den Personalräten noch entschieden abgelehnt, führten sie doch zu einer Arbeitsverdichtung. Heute sind wir froh, dass wir damit den schlimmsten AZM-Eigeninterpretationen Einhalt gebieten können.

Beförderungen und AZM

Mit der Absenkung des Eingangsamtes (s.o.) und der funktionsgebundenen Beförderung nach A13 bzw. A14 entstand ein weiteres Problem. In vielen Schulen werden den Beförderten Funktionszeiten verweigert, weil davon ausgegangen wird, dass über die höhere Bezahlung die Tätigkeit abgelingen sei. Dabei wird verkannt, dass die Beförderung erfolgt, weil der Dienstherr davon ausgeht, dass der/die Beförderte nun eine höherwertige Tätigkeit ausübt. Für alle – auch für die Beförderten – gilt aber die 40-Stunden-Woche respektive die 46,57-Unterrichtswoche,



2003: Die Hoffnung auf Abschaffung ließ uns – noch – lächeln

d.h. innerhalb dieses Rahmens müssen auch Zeitwerte für die übernommenen Funktionen angerechnet werden. Das ist auch die Begründung dafür, warum Schulleitungen eine höhere Bezahlung und Funktionszeiten erhalten. Mit Änderung der Beförderungspraxis bzw. mit der Schaffung der A13-Beförderungsstellen hätte die Behörde die Schulen mit zusätzlichen Funktionszeiten ausstatten müssen. Gerade an kleineren Schulen wird dies zu einem besonderen Problem.

Planungs- oder Abrechnungsmodell

In den Anfängen hatten Behördenvertreter das AZM als reines Planungsmodell beschrieben. Forderungen der Kolleginnen und Kollegen nach angemessenen Arbeitszeitzuweisungen oder Berücksichtigung von neuen Aufgaben wurden mit der Begründung abgewiesen, dass das AZM auskömmlich und nur zur Planung eingeführt worden sei und keinesfalls als Abrechnungsmodell entworfen wurde.

2005 stellte der Unternehmensberater Mummert-Consulting in dem Bericht zur Evaluation des AZMs aber gerade dies als das Neue am AZM heraus:

„Das Wichtigste am Lehrerarbeitszeitmodell ist, dass es einen Paradigmenwechsel für das Selbstverständnis von Schule und für die Organisation schulischer Aufgaben einleitet, ... :

Das Pflichtwochenstundenmodell versteht Schule als Gemeinschaft eines Kollegiums, dessen Mitglieder Lehrdeputate einbringen, um gemeinsam eine Schule zu betreiben, für die sie in gewissem Umfang auch bereit sind, weitere Aufgaben zu übernehmen.

Das Lehrerarbeitszeitmodell versteht Schule als einen

Bildungsbetrieb, der Anspruch auf 100 % der Arbeitszeit seiner angestellten Lehrkräfte hat, und die Aufgabe übernehmen muss, diese Kapazität wirkungsvoll einzusetzen.“ (Hervorhebungen durch den Verfasser)

Rechnungshof und AZM

Diese Situation wird in letzter Zeit verschärft, weil auch der Rechnungshof Schule im Sinne des Paradigmenwechsels begreift.

Das bedeutet, das AZM wird immer stärker zu einem Abrechnungsmodell. Es werden Portfolios gefordert und immer neue Kontentypen geführt.

Für die Zukunft fordert der Rechnungshof eine verstärkte Verbetriebswirtschaftlichung der Schulen und die Schulbehörde hat dies zugesagt:

„Um ihren Nachweis- und Rechenschaftspflichten nachzukommen, hat die BSB zugesagt,

- die Transparenz über die zweckentsprechende Verwendung der Lehrerkapazität zu verbessern,

- ein kennzahlengestütztes Berichtswesen über die Gewährleistung der Unterrichtsversorgung und als Steuerungsinstrument für den Einsatz der Lehrerressourcen zu schaffen,

- im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die Mängel bei den Auswertungsmöglichkeiten der Unterrichtsversorgung durch die Einführung einer neuen Schulverwaltungssoftware mittelfristig zu beheben und

- die personalvertretungsrechtlichen Voraussetzungen einer zentralen und IT-gestützten Erfassung von Daten zur Unterrichtsverteilung und zum Unterrichtsausfall zeitnah zu schaffen.

Sowie

- „...zentrale Vorgaben zur Verbesserung der Personaleinsatzplanung in den Schulen zu



Vorahnung 2002: Lächle und sei froh
Und ich lächelte und war froh und e

entwickeln und entsprechende Handlungsanweisungen zu erlassen,

- die Auswirkungen von Mehr- und Mindererfüllungen bei der Arbeitszeit von Lehrkräften in den Schulen zu überprüfen und durch geeignete Maßnahmen Mindererfüllungen möglichst auszuschließen,

- sicherzustellen, dass Schulen künftig den Zuweisungsrahmen nicht zulasten von Unterrichtszeiten überschreiten.“

(Zitat aus dem Jahresbericht des Rechnungshofes 2011):

Sonderbarerweise hat der Rechnungshof weder die Schaffung immer neuer Aufgaben bzw. die oben beschriebenen Änderung im Rahmen A13 bzw. A14 ohne die Zuweisung neuer Arbeitszeit bemängelt. Zumindest die Ver-



n, es könnte schlimmer kommen.
s kam schlimmer!

treter der Schulbehörde hätten dies besser wissen müssen, oder überschätzen wir sie da?

Stattdessen hat die BSB Zusagen gegeben, die den Arbeitsdruck auf die Kolleginnen und Kollegen weiter erhöhen werden.

Sie bedeuten einen Ausbau des Abrechnungsmodells, ohne das Versprechen aus dem Jahr 2003, „jede wahrgenommene Aufgabe auf seine Arbeitszeit angerechnet (zu) bekommen“, einzuhalten. Die Kolleginnen und Kollegen werden immer weiter in Richtung Erbsenzählerei gedrängt.

Wenn aber jede Minute und Sekunde nachweisbar abgerufen wird, sind die LehrerInnen gezwungen, jede nicht im AZM berücksichtigte Tätigkeit ihrerseits in Gegenrech-

nung zu stellen. Schule wird durch diese Behördenvorgaben immer stärker „verexcellent“.

„Entlastungen und Anpassung an Reform“ oder Aufgabenkritik?

Über die Homepage der Hamburger Bildungsbehörde wird noch immer mit „Entlastungen und Anpassung an Reform“ geworben und die „große Novellierung der Lehrerarbeitszeit“ angekündigt, wie sie Rabes Vorgängerin im Amte, Christa Goetsch, versprach:

„Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Novellierung der Lehrerarbeitszeit soll zum 1. Februar 2009 erfolgen. Deren Aufgabe wird es sein, bis September 2009 Vorschläge für die Gestaltung der Lehrerarbeitszeit vorzulegen.“

Parallel dazu ist Rabe stolz, dass er den Kolleginnen und Kollegen nicht mit einer weiteren Kommission zur Evaluation des AZMs gekommen ist. Er stellte seine Bereitschaft heraus, eine Aufgabenkritik durchzuführen. Die bisherigen Ergebnisse dieser Aufgabenkritik sind wie die „Neue Deutsche Küche“: sehr übersichtlich.

Rabe muss sich im Klaren sein, dass ein paar butterweiche Zugeständnisse nicht reichen, zumal sie in Teilen schon wieder relativiert wurden.

Selbst der nicht sehr lehrkräftefreundliche Evaluationsbericht von Mummert-Consulting fordert als eine Grundvoraussetzung für den Paradigmenwechsel, der von der Schulbehörde betrieben wird:

„Führt die Behörde neue Aufgaben erheblichen Umfangs ein, muss sie sich den gleichen Knappheitsbedingungen unterwerfen, deren Beachtung sie von den Schulleitungen fordert. Entweder es können zusätzliche Kapazitäten bereitgestellt werden oder es bleibt bei dem

gedeckelten System. Dann muss die Behörde entscheiden, welche anderen Aufgaben etwa gleichen Aufwands nicht mehr oder weniger intensiv wahrgenommen werden können. Keinesfalls kann sie fairerweise den Lehrkräften aufbürden, die neuen Aufgaben zusätzlich in ihrem Arbeitszeitkonto unterzubringen, noch den Schulen, die Umschichtungen selbst zu finanzieren.“

Ausblick

2008 schrieb der Gesamtpersonalrat eine Stellungnahme für die Behler-Kommission. Die die Stellungnahme abschließende Feststellung des GPR ist weiterhin gültig und soll den aktuell verantwortlichen Protagonisten mit auf den Weg gegeben werden:

„Wir können leider nur feststellen, dass die in den Veröffentlichungen der BBS zur Einführung des Arbeitszeitmodells getätigten Versprechen nicht eingelöst wurden. Eine Kultur der Vertröstung auf Evaluationen wurde etabliert (Runder Tisch, Mummert-Consulting, Behler-Kommission), ohne dass sich für die Kolleginnen und Kollegen bisher eine fühlbare Besserung der Arbeits(zeit)bedingungen ergeben hat. Vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren auf die Schulen zukommenden bildungspolitischen Herausforderungen ist ein deutliches Signal in Richtung einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen an die Kolleginnen und Kollegen von Nöten. Uns bleibt nur, daran zu erinnern, was Mummert-Consulting feststellte:

„Das Engagement von Lehrkräften ist ein volatiler Stoff, was in der Praxis von Schulen erhebliche Auswirkungen hat. Das mag man bedauern oder gerne ändern mögen. Dem Fakt muss man Rechnung tragen.“

HANS VOSS
Ruheständler

Das Geld ist da

Entgeltordnung für Lehrkräfte und Forderung nach mehr Gehalt. Ein Kampf lohnt sich – auch für die BeamtInnen

Es ist soweit: Am 31. Januar 2013 beginnen die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) für die insgesamt etwa 800.000 ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Weitere Verhandlungstermine sind für den 14./15. Februar und 7.-9. März angesetzt.

Die Bundestarifkommissionen von GEW und ver.di haben ihre Forderungen im Dezember beschlossen.

Auf eine kurze Formel gebracht sind dies: mehr Geld, Eingruppierung von Lehrkräften, Hände weg vom Urlaub und weniger Befristung!

Mit der Entgeltforderung von 6,5 Prozent mit sozialer Komponente wollen die Gewerkschaften den Anschluss zum Tabellenentgelt bei Bund und Kommunen (TVöD) herstellen. Es darf keine schlechtere Bezahlung von Landesbeschäftigten geben! Das Geld ist da: Für die Länder wird von 2011 bis 2013 mit einem Steuerplus von 8,2% gerechnet.

6,5 % und mehr

- *Einkommen erhöhen*
- *Gerechte Eingruppierung von Lehrkräften*
- *Hände weg vom Urlaub*
- *Weniger befristete Arbeitsverhältnisse*

Angesichts der großen Risiken für die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums in der Euro- Zone ist es ein Gebot

volkswirtschaftlicher Vernunft, die Einkommen der Beschäftigten und damit die Binnennachfrage in Deutschland in diesem Jahr deutlich zu erhöhen.

Die einseitige Eingruppierung von Lehrkräften durch Entgelt Richtlinien des Arbeitgebers muss endlich aufhören. Bundesweit gibt es etwa 200.000 angestellte Lehrkräfte, zu denen auch die Vorschulklassenleitungen zählen. Es ist ein Skandal, dass die Arbeitgeber nicht auf ihr Alleinbestimmungsrecht verzichten und damit der größten Berufsgruppe willkürlich die Tarifierung ihres Entgelts verweigern.

Die TdL hat zum 31.12.2012 die Urlaubsregelung gekündigt. Beschäftigte, die ab 2013 in Hamburg eingestellt wurden, erhalten dadurch nur noch 26 Tage Urlaub, da sie nicht unter den Schutz der gekündigten Urlaubsregelung fallen. Eine Absenkung des Urlaubsanspruches wird von der GEW und von ver.di nicht hingenommen!

Weiter fordert die GEW die Einbeziehung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte in den Geltungsbereich des TV-L und die Aufnahme von Verhandlungen über die Begrenzung von befristeten Arbeitsverhältnissen. 7 von 8 wissenschaftlichen Beschäftigten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind befristet beschäftigt, im gesamten öffentlichen Dienst werden inzwischen etwa

50% der neuen Arbeitsverträge befristet abgeschlossen. Der öffentliche Dienst ist damit ein schlechtes Vorbild für andere Arbeitgeber.

Tarifergebnis wirkt auf Beamte

die GEW organisiert im Landesbereich bundesweit die meisten Beschäftigten und ist daher ganz besonders gefordert. In

M
mehr

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
das ist doch nicht gerecht: Im
öffentlichen Dienst gibt es keinen
Tarifvertrag – nur für die
200.000 tarifbeschäftigten

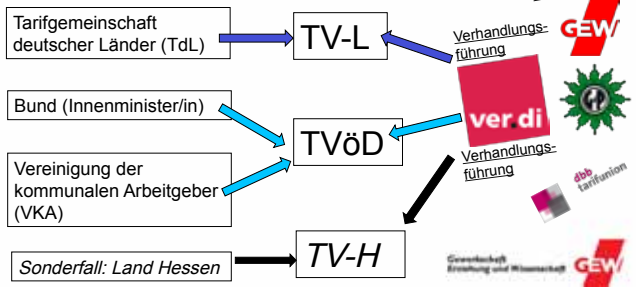
BILDUNG IST MEHR



Hamburg sind die meisten beschäftigten Lehrkräfte Beamtinnen und Beamte.

Der 1. Bürgermeister hat im letzten Jahr schriftlich gegenüber den gewerkschaften erklärt, in Zukunft die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auf die Beamten wirkungsgleich zu übertragen. Damit ist klar, dass es in diesem Tarifikampf auch direkt um die Einkommen der Beam-

Besonderheiten im Öffentlichen Dienst 2 große Flächentarifverträge, 3 Arbeitgeber/innen (-Verbände)



tinnen und Beamten in Hamburg geht.

Es ist also nicht nur ein Akt gewerkschaftlicher Solidarität, sondern unmittelbares Interesse an einer Erhöhung der Beamtensoldatens, dass die Beamtinnen und Beamten in Hamburg sich an diesen Tarifaufinandersetzungen aktiv und massenhaft beteiligen.

Die angestellten Kolleginnen und Kollegen werden im Januar in die GEW eingeladen, um zu besprechen, wie wir die Tarifrunde 2013 gestalten. Wir werden gemeinsam mit den Beamtinnen und Beamten in Hamburg die Tarifverhandlungen kämpferisch begleiten, um auch

unserem Hamburger Arbeitgeber zu zeigen, dass wir kampfbereit sind, um unsere Tarifforderungen durchzusetzen.

Bitte informiert euch über die weiteren Pläne und beteiligt euch an den gewerkschaftlichen Aktionen!

Dazu gehört auch, noch nicht in der GEW organisierte Kolleginnen und Kollegen zu informieren, sie zur Beteiligung aufzurufen und für einen Beitritt zur GEW zu werben.

Je stärker wir als Gewerkschaften sind, desto mehr können wir erreichen!

KLAUS BULLAN
BIRGIT RETTMER
GEW-Referentin

02

al lich:

e,
für alle Beschäftigten im
eine Eingruppierung per
größte Gruppe nicht: die
Lehrerinnen und Lehrer!

HRWERT!

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft **GEW**

Allen und die Geldmaschine Hollywood



Star-Regisseur Woody Allen (76) findet, dass im Showbusiness „viel zu viel“ verdient wird. „Ich verstehe nicht, warum ein Schauspieler 25 Millionen Dollar mit

einem Film verdient und ein Lehrer, der jeden Tag hart arbeitet, viel weniger kriegt“, sagte Allen der „Brigitte“. „Das ist nicht fair.“ dpa

Mehr als Nachholbedarf

Warum die Solidarität mit unseren angestellten KollegInnen ein Muss ist

In der TAZ gab es einmal eine Rubrik ‚letzte Fragen‘. Leider wurde sie eingestellt. Ich hätte gerne gefragt, warum für Beamte und Beamtinnen auf kommunaler und Bundesebene eine andere Besoldung gilt als für die StaatsdienerInnen in den Ländern. Ich nehme mal an, dass die Antworten eher auf der Auslandseite bei Berichten über Absurdistan zu finden gewesen wären.

Nun werden wir in den nächsten Monaten mal wieder mit den bekannten Mienen der Verhandlungsführer konfrontiert werden. Übernächtigt vom langen, zähen Ringen werden die Kontrahenten vor die Kameras treten und – gleich welches Ergebnis auch immer erzielt wurde – von einem Erfolg sprechen. Auch das hat ja etwas, das auf der gleichen Seite wie Obiges erscheinen könnte, obwohl man pragmatisch sagen kann, dass es wohl anders nicht geht.

Was anders geht, ist allerdings der Rückenwind, den man den

gewerkschaftlichen VerhandlungsführerInnen mit auf den Weg geben kann. Je stärker der ist, desto besser deren Verhandlungsposition. Und so sollten wir uns in den nächsten Wochen wappnen mit Argumenten, die für eine kräftige Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst sprechen, um KollegInnen davon zu überzeugen, aktiv unsere angestellten KollegInnen zu unterstützen.

Da gibt es einige:

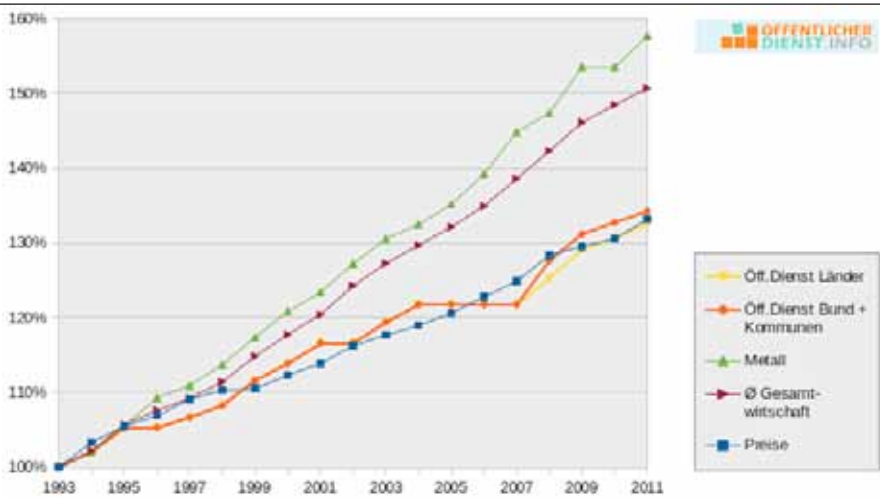
Zunächst mal das Nachholen – denn in den letzten Jahren, wie die Grafik zeigt, blieb die Einkommensentwicklung nominal unter der Inflationsrate, was einen Reallohnverlust bedeutet, ganz abgesehen von der Nicht-Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung, die ja bekanntermaßen (außer 2009) nicht negativ war.

Dass diese vornehmlich vom Export getragen war, ist bekannt. Das damit verbundene strukturelle Ungleichgewicht der fehlenden Binnenkonjunktur

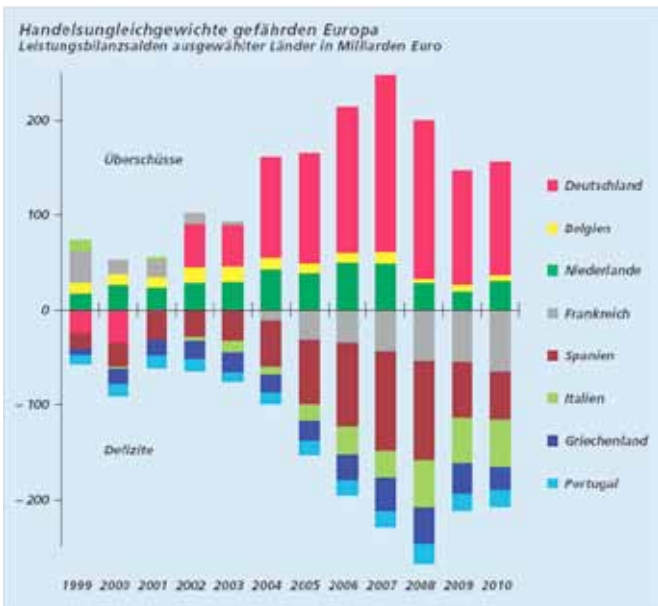
sorgt seit Jahren dafür, dass die Nachfrage im Inland stagniert. Konkreter: Der Handel ächzt unter dieser Schwäche, die ihre Ursache in zu niedrigen Löhnen hat. Dass wir als Gewerkschafter dieses Argument seit Jahren immer wieder traktieren müssen, macht es deswegen nicht weniger tauglich.

Was vom Charakter der Begründung her anders als sonst für deutlich höhere Löhne spricht, ist die Solidarität mit unseren europäischen KollegInnen in den von der Krise gebeutelten Ländern. Man kann es nicht oft genug sagen: Die Exportstärke der deutschen Wirtschaft geht direkt zulasten der so genannten europäischen Partnerländer. Ein Exportüberschuss ist per se noch kein Fortschritt, wenn man hierdurch die anderen erdrosselt. Und dies passiert. Der Wechselkurs des Euro ist, gemessen an der wirtschaftlichen Stärke, konkreter: der Produktivität der deutschen Wirtschaft, bedingt durch die relative wirtschaftliche Schwäche der ‚Partnerländer‘ in der EU, niedrig. Deutschlands Exportstärke erklärt sich z.T. hierdurch.

Die andere bedeutende Ursache für dieses Ungleichgewicht ist die Lohnentwicklung in den letzten Jahren. Es gab Reallohnverluste und der öffentliche Dienst gehörte dazu. Hinzu kam die rasante



1993 – seit 20 Jahren von der Entwicklung abgekoppelt



S. 22), auf hohem Niveau betreiben, bedeutet nicht, dass wir einer Verzichtsideologie aufsitzen müssen. Die Einkommens- und Vermögensentwicklung und vor allem deren Verteilung der letzten Jahre gibt genug her, um durch Umverteilung unseren Anteil finanzieren zu können, ohne dass dies auf Kosten der Schwachen gehen muss.

Es wird im Februar aller Wahrscheinlichkeit nach im öffentlichen Dienst Warnstreiks geben, vielleicht ja sogar längere Arbeitsniederlegungen. Viele unserer angestellten KollegInnen aus den Schulen werden hoffentlich dabei sein. Achtet also auf die Bekanntmachungen. Die gew-homepage (www.gew-hamburg.de) informiert immer aktuell. Jede Unterstützung ist willkommen. Und der Groll über die Streichung oder Kürzung des Weihnachtsgeldes bei den BeamtInnen sollte den Schub noch erhöhen. Solidarität ist unsere Kraft! Dass im Hintergrund das Versprechen des Bürgermeisters steht, das Tarifergebnis ohne Wenn und Aber auf die BeamtInnenbesoldung zu übertragen, kann der Sache darüber hinaus nur nützlich sein.

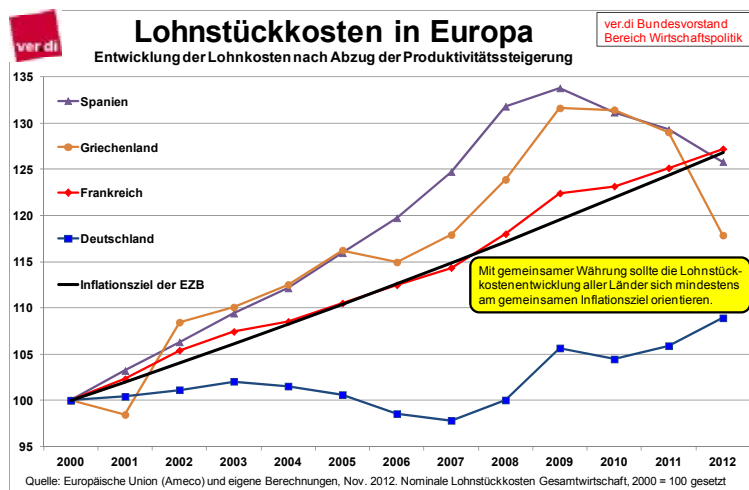
JOACHIM GEFFERS

Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Diejenigen, die trotz eines vollen Arbeitstages nicht von ihrer Arbeit leben können, stehen dafür. Vielleicht hätte man „Aufstocker“ zum Unwort des Jahres erklären sollen. Dahinter verbirgt sich ja nichts anderes als eine Subvention derjenigen Unternehmen, die Niedriglöhne bezahlen. Die Auguren der Marktwirtschaft müssten dies wettbewerbsverzerrend nennen, folglich gehörte es verboten! Solange dies passiert, geht's halt auf Kosten der krisengeschüttelten europäischen Partnerländer. Denn gleich, ob die Beschäftigten in Exportbranchen arbeiten, führt diese Art der Subventionierung zu einer weiteren Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, da die subventionierten Betriebe letztlich auch wieder Zulieferer für Exportfirmen sind und diese somit im Preiswettbewerb bevorteilt.

landspreise verfolgt, weiß, dass die anti-deutsche Stimmung in Europa sich nicht unwesentlich hierdurch speist.

Nun sollten wir uns nicht altruistischer geben als wir sind. Zunächst einmal gilt es, unsere Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. So sind die Spielregeln in der Marktwirtschaft. Dass wir dies, gemessen bspw. an der Situation unserer KollegInnen bei „Neupack“ (s.

So merkwürdig es klingt: je mehr es uns gelingt, eine hohe Forderung durchzusetzen, desto stärker entlasten wir die von der Krise am stärksten betroffenen Länder. Wer die Aus-



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKÉ – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Wird das was?

Eine Tagung mit 400 PersonalrätInnen in Berlin lotete die Chancen aus

Derzeit läuft die Tarifrunde für die Angestellten der Länder. Es werden 6,4% mehr Gehalt gefordert. Von der Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst hängt nicht nur die Gehaltserhöhung der Angestellten und ArbeiterInnen ab, sondern auch die Erhöhung für die BeamtInnen. Dafür streiken diese nicht, sie stehen abseits und können ihre Kampfkraft nicht in die Tarifverhandlungen mit den Bundesländern um das Aushandeln von höheren Gehältern einbringen – ein echtes Hemmnis für die GEW auf dem Weg zur vollwertigen tariffähigen Gewerkschaft.

BeamtInnen ohne Rechte?

Diese Frage wurde im November 2012 unter anderem neben dem Hauptthema „Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst: Zwischen Demokratisierung und Arbeitsverdichtung“ auf dem ‚Schöneberger Forum‘ in Berlin erörtert. Dieses Forum wird einmal jährlich im Schöneberger Rathaus vom DGB veranstaltet. Eingeladen sind Personalräte aus dem ganzen Bundesgebiet. So kamen rund 400 Personalräte aus den verschiedenen Behörden und unterschiedlichen Regionen zusammen.

Ilse Schad vom Bundesvorstand der GEW warb im traditionsreichen Abgeordnetensaal des Schöneberger Rathauses um die Zustimmung für die juristische Durchsetzung des Streikrechtes für BeamtInnen. Viele der anwesenden KollegInnen aus anderen Gewerkschaften im DGB empfinden es als Zumutung, dass die GEW versucht, die althergebrachten Grundsätze des

Streikverbots für BeamtInnen auf dem Rechtsweg zu kippen.

Ilse Schad hatte keinen einfachen Stand auf dem Podium, denn neben ihr saßen der eher skeptische ver.di-Sekretär für Beamtenfragen Klaus Weber, der die Unterstützung für einen Beamtenstreikrecht in seinen Reihen als eher gering einschätzt. Geteilt wurde diese Meinung vom Referenten für das Dienst-

Viele KollegInnen aus anderen Gewerkschaften im DGB empfinden es als Zumutung, dass die GEW versucht, die Grundsätze des Streikverbots für BeamtInnen auf dem Rechtsweg zu kippen

recht im Innenministerium in Berlin Dr. Hoffmann.

Dessen Meinung verwundert nicht. Er möchte „die Symmetrie zwischen Staat und Beschäftigten“ beibehalten, da der Staat durch die Loyalität seiner Beamten verlässliche, störungsfreie Dienstleistungen in der öffentlichen Verwaltung zu garantieren habe. Streikrechte würden die „positiven Rechte“ für die Beamten gefährden! Dies klang wie eine Drohung. Für Deutschland sei eine gut funktionierende Verwaltung ein Standortvorteil im internationalen Konkurrenzkampf, so dass Deutschland weltweit den Platz 5 im Ranking auf der Skala für die öffentliche Verwaltung einnehme. Dies leisten die 4,6 Millionen fleißigen BeamtInnen, die sich zwar gewerkschaftlich betätigen können, aber nicht streiken dürfen.

Die durch die Förderalismusreform zwischen dem Bund und den 16 Ländern eingeführte De-regulierung des Beamtenstatus habe aus Sicht des Bundesinnenministeriums zu einigen „positiven Effekten“ geführt. In dem die einzelnen Bundesländer die Lebensverhältnisse ihrer BeamtInnen selber gestalten können, habe sich die Konkurrenz zwischen den Ländern erhöht und zu Leistungssteigerung (Erhöhung der Arbeitszeiten) und zu Haushaltseinsparungen geführt. Dies erleichtere die Einhaltung des Fiskalpaktes ab 2016. Deshalb sollte an der Förderalismusreform, so der Vertreter der Regierung, nichts geändert werden.

Gewerkschaftliche Analysen bestätigen die Auseinanderentwicklung der Beamtengehälter der Länder. Die Gehaltsgruppe A10 für BeamtInnen der Länder differiert beim Bruttojahresgehalt zwischen 41000€ in Bayern und 37000€ in Berlin und hat zu einer 20%-igen Arbeitszeiterhöhung seit 1999 geführt. Die von Rot-Grün unter Schröder und Müntefering durchgezogene Förderalismusreform hat den Ländern zusätzliche Sparmöglichkeiten eröffnet, um ihre Länderhaushalte auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren. Damit entwickeln sich die Lebensverhältnisse in den einzelnen Bundesländern beträchtlich auseinander, deren Zusammenhalt, Einheit und Ausgleich gerade der Bund als Gebot des Grundgesetzes, gewährleisten soll.

Der ver.di Vertreter Klaus Weber begann seine Ausführung mit der Bemerkung: Stell dir vor, es gibt Streik und kein Beamter geht hin.“ Er fuhr fort, dass ver. di seinen verbeamteten Mitgliedern im Falle der Wahrnehmung des Streikrechtes Rechtsschutz gewähre, aber niemand mache von diesem Angebot Gebrauch. Das Streikrecht für Beamte würde man mit Hilfe der Richter nicht erkämpfen können, betonte der ver.di-Beamtensekretär,

sondern es könne nur durch das aktive Wahrnehmen des Streikrechtes durch die Mitglieder durchgesetzt werden.

Er ließ keinen Zweifel daran, dass ver.di meint, für die bei ver.di organisierten BeamtInnen sei mehr durch Vereinbarungen der Gewerkschaftsspitzen mit den Ministerien und durch direkte Einwirkung auf das Gesetzgebungsverfahren herauszuholen als durch die Drohung mit Streik. Zur Bundestagswahl im September wolle ver.di dann auch zusammen mit dem DGB eine Kampagne für mehr Beteiligungsrechte bei laufenden Gesetzesvorhaben starten.

Mit dieser Position befindet sich ver.di Seit an Seit mit dem Deutschen Beamtenbund (DBB), dem Konkurrenzverband, der auf das Streikrecht schon im Vorwege verzichtet, da er auf intensiven Lobbyismus bei den staatlichen Verantwortungsträgern setzt.

Diese Positionen versuchten Ilse Schad und der Justiziar der GEW Hartwig Schröder zu entkräften und für den von der GEW eingeschlagenen Weg zu werben.

Es liegen zahlreiche sich widersprechende Urteile aus den Jahren 2011 und 2012 von Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Berlin als Reaktion auf gegen LehrerInnen verhängte Disziplinarstrafen vor. Einige Gerichte hoben Disziplinarstrafen gegen verbeamtete LehrerInnen als nicht mehr zeitgemäß auf.

Auch in Hamburg hat gegen die Streichung des Weihnachtsgeldes im März 2011 ein eintägiger Beamtenstreik stattgefunden, der aber vom SPD-Senat nicht disziplinarisch verfolgt wurde, sondern nur mit einem Gehaltsabzug für den nicht stattgefundenen Unterricht bestraft wurde. Deshalb gab es in Hamburg keinerlei gerichtlichen Auseinander-

setzungen.

In Niedersachsen hingegen wurde ein Urteil in 2. Instanz gefällt, in dem gegenüber verbeamteten LehrerInnen ausgesprochene Disziplinarstrafen, hier: Geldbußen, bestätigt wurden. Gegen diese Entscheidungen wurde im August 2012 Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Entscheidet das Bundesverfassungsgericht gegen den Einspruch der GEW und bekräftigt die althergebrachten Prinzipien des Berufsbeamtentums, also das Verbot des Streiks für alle BeamtInnen, will die GEW vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg (EGMR) ziehen. Dieser kann angerufen werden, wenn alle nationalen Rechtswege ausgeschöpft sind. Lehnt das Bundesverfassungsgericht dagegen ohne Verhandlung die Verfassungsbeschwerde der GEW ab, so kann die GEW sofort vor den EGMR ziehen und das Verfahren könnte wesentlich beschleunigt werden. Deutschland hat die Europäische Menschenrechtskonvention völkerrechtlich verbindlich unterschrieben.

Was stimmt die GEW so optimistisch, am Ende als Sieger aus

Einige Gerichte hoben Disziplinarstrafen gegen verbeamtete Lehrer als nicht mehr zeitgemäß auf

dieser Auseinandersetzung vor dem EGMR hervorzugehen, obwohl die potenziellen Bündnispartner ver.di und der Beamtenbund diesen Weg nicht mitgehen wollen?

Die GEW möchte für die LehrerInnen den Beamtenstatus erhalten. Die GEW vertritt die Ansicht, dass die LehrerInnen-tätigkeit nicht den Funktionsvorbehalt der hoheitlichen Tätigkeit und der Gewährleistung der Sicherheit nach Art. 33 Absatz 4 GG unterliege und daher den

verbeamteten LehrerInnen im Zusammenhang mit Art. 9 Absatz 3 GG, der garantierten Koalitionsfreiheit, ein Streikrecht zustehe. Die von der Bundesrepublik unterschriebene Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) sieht insbesondere im §11 nur ein Streikverbot für Streitkräfte, Polizei, Justiz und zum Schutz der Gesundheit vor. Der EGMR hat schon in einem Rechtsstreik mit der Türkei, die über ein dem deutschen Beamtenecht ähnliches Gesetz verfügt, am 21.4.2009 entschieden, dass §11 EMRK das Streikrecht als allgemeines Menschenrecht verbürgt sei.

Dieses Urteil gibt also Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

Ich finde, dass der Hamburger Landesverband die GEW-Bund, insbesondere Ilse Schad, noch deutlicher durch Informationsveranstaltungen, durch Anträge auf dem Hamburger Gewerkschaftstag und dem Bundesgewerkschaftstag in Düsseldorf im Juni 2013 unterstützen sollte. Die weitestgehende Unterstützung wären natürlich Streikaktionen nach dem Motto: „Wir nehmen uns das Streikrecht!“ Auf diese Weise gewinnt man vielleicht auch die zaudernde ver.di, deren Vertreter vor einer Spaltung des Beamtentums warnen: in BeamtInnen 1. Klasse und „light“, die ihre Löhne und Arbeitsbedingungen selbst aushandeln müssten. Aber Letzteres ist genau das, was wir doch wollen: Endlich volle Tarifautonomie im Schulbereich für die GEW! Bei der laufenden Tarifrunde 2013 sind wir als verbeamtete LehrerInnen nach wie vor auf die kampferprobten Mitglieder von ver.di und ihre Solidarität angewiesen, um ein gutes Ergebnis auch für uns zu erzielen. Dass das Ergebnis des TdLs direkt auf die BeamtInnen übertragen wird, darauf hat Bürgermeister Scholz sein Ehrenwort gegeben.

WILLI BARTELS
StS Mümmelmannsberg

50 Jahre ohne Tarifvertrag

Beeindruckender Streik seit November gegen Billiglöhne und willkürliche Lohnungleichheiten beim Hamburger Unternehmen „Neupack“

Viele Beschäftigte der „Neupack-Verpackungen GmbH&Co. KG“ in Hamburg Stellingen und Rotenburg/Wümme haben seit Jahren keine Lohnerhöhungen mehr erhalten und bekommen Entgelte von zum Teil unter 8€. Einige Kollegen erhalten für gleichwertige Arbeit bis zu 50% weniger als andere, Urlaub und

becher und ähnliches gepressten Plastikmassen. Die Mitarbeiter sind weniger leicht zu formen.

Seit gut einem Jahr versuchen die 200 Neupack-Beschäftigten mit Hilfe der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) einen Haustarif durchzusetzen, um die unhaltbaren Arbeitsbedingungen „nach Gutsherrenart“ durch vertragliche Regelungen abzulösen.

Seit 2004 besteht ein Betriebsrat, der standhaft versucht die Rechte der Arbeitnehmer zu wahren. Die Geschäftsführung weicht seit Jahren Vertragsverhandlungen aus, es werden alle Möglichkeiten, auch illegale, genutzt, den Betriebsrat zu behindern, einzelne BR-Mitglieder haben personelle und finanzielle Nachteile zu ertragen.

Seit November befinden sich die gewerkschaftlich organisierten KollegInnen im Streik. Diese Geschlossenheit der sehr heterogenen Belegschaft ist einzigartig. Trotz moralischer Unterstützung aus breiten Teilen der Bevölkerung wehrt Firmenchef

Kröger jede Verhandlung ab. Polnische Leiharbeiter werden als Streikbrecher rangeschafft und flugs zu befristet angestellten Stammbeschäftigten erklärt.



Der Arbeitgeber als unberechenbarer Drache – so sehen ihn die Beschäftigten

Einzelnen Streikenden werden lukrative Einzelverträge angeboten. Es geht ums Prinzip. Wer hat hier etwas zu entscheiden in „meinem Betrieb“? Ein Lehrbeispiel für die Notwendigkeit gewerkschaftlich solidarischen Handelns.

Eine Chance...

...auf lebendigen Unterricht zu Themen wie „Demokratie und Wirtschaft“, „Tarifvertragsrecht und Gewerkschaften“. Die vor der Fa. Neupack stehenden Streikposten freuen sich über jeden Besuch in ihrem Streikzelt. **(Dörriesweg 15 - 6 Min vom S-Bhf-Stellingen)** Kontakt: RajkoPientka@lgbce.de

Sonderzahlungen werden unterschiedlich und teils willkürlich gehandhabt. „Immer gut in Form“ (Neupack-Firmen-Werbung) sind hier nur die Eigentümerfamilie und die in Joghurt-



Fotos: Stefan Gierlich

„Anschlag“ am Werkstor auf die Freiheit des Unternehmens

Streik-Impressionen



Ein wärmendes Zelt für die Streikposten und die Streikzeitung für die Besucher



Mit misstrauischem Blick erledigen Streikbrecher ihren Job



Nach 3 Monaten muss um den Zusammenhalt gerungen werden

Aus der Chronik der Engelsgeduld der Beschäftigten

Dezember 2011	Aufstellung der Grundzüge eines Tarifvertrags, Wahl der Tarifkommission. IG BCE fordert letztmalig zu Tarifverhandlungen auf.
April/ Mai 2012	Die 1. Verhandlungsrunde mit einer Absichtserklärung, dass ein Haustarifvertrag abgeschlossen werden soll, beendet.
Juni/Juli 2012	Die angebotenen Termine werden von der Arbeitgeberseite ignoriert. Betriebsratsmitglieder werden wegen Bagatellen abgemahnt oder gekündigt. Gerichtliche Zurückweisung.
Juni-Okt. 2012	2.Verhandlungsrunde endet mangels Gesprächsbereitschaft. IG BCE stellt unterschriftsreifen Entgelttarifvertrag zu; Ultimatum bis 11. Oktober
5. Okt. 2012	3. Verhandlungsrunde von Seiten der IG BCE als gescheitert erklärt.
22.10.2012	Warnstreik. Polizei kommt zum Einsatz.
29. /30.10.2012	Urabstimmung
1.11.2012 5 Uhr	Aufruf zum unbefristeten Streik in Rotenburg und Hamburg
15.1.2013	Die IG-BCE schlägt einen Vermittler vor. Keine Reaktionen von Neupack. Statt dessen Antrag auf Erlass eines gerichtlichen Streikverbotes. (inzwischen vom Arbeitsgericht abgewiesen)
23.1.2013	Die IG-BCE setzt den Streik aus „um zur Deeskalation beizutragen“.

Neu ist, dass wir uns wehren

Seit fast drei Monaten halten die Neupack-Beschäftigten ihren Streik aufrecht. Gewerkschaftssekretär Rajko Pientka erläutert, warum und wie notwendig weitere Solidarität ist

hlz: Die Beschäftigten der Firma Neupack streiken seit Monaten um einen Tarifvertrag. Was hat dazu geführt, dass die Mitarbeiter zum letzten Mittel, dem unbefristeten Streik, gegriffen haben?

Rajko Pientka: Der Streik hat eine lange Vorgeschichte. Es gibt bei der Firma Neupack seit ihrer Gründung ein Prinzip, das wir als Gutsherrenart bezeichnen. Der Arbeitgeber versteht sich als alleiniger Regent der Arbeitsbeziehungen im Unternehmen. Die Beschäftigten jedoch haben sich dazu entschieden, das zu ändern. Sie haben 2003 einen Betriebsrat gegründet, auch mit Hilfe der IG-Bergbau, Chemie, Energie (IG-BCE), um den größten Ungerechtigkeiten durch die Mitbestimmung zu begegnen. Wir haben jetzt auf dem langen Weg gemerkt, dass die betriebliche, die verfassungsrechtliche

Mitbestimmung nicht ausreicht, um gerechte Bedingungen auch für die Löhne und Gehälter zu schaffen.

Viele Beschäftigte haben sich stark in der IG-BCE organisiert, um einen Tarifvertrag zu fordern. Das war ein Prozess, der seit 2003 intensiver läuft. 2009 wurde das erste Mal ein Anlauf gestartet, eine Tarifvertragsforderung aufzunehmen und 2011 dann, im November haben sie sich auf den Weg gemacht, um für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu kämpfen und so die größten Ungerechtigkeiten durch den Abschluss eines Tarifvertrages auszumerzen. Also am Beginn des Arbeitskampfes stand die Tariffbewegung. Wir haben seit Dezember 2011 Tarifverhandlungen gefordert. Die Verhandlungen haben in drei Runden stattgefunden. Nachdem der Arbeitgeber anfänglich einen Tarifvertragsabschluss zugesagt

hatte, ist er dazu übergegangen, diese Zusage zurückzunehmen.

Als es nicht mehr weiter ging auf dem Verhandlungswege, haben wir natürlich mit den Beschäftigten besprochen, welche Möglichkeiten es noch gibt, einen Tarifvertrag durchzusetzen. Das letzte Mittel, zu einem Tarifvertrag zu kommen, wenn der Arbeitgeber sich komplett verweigert, ist der Arbeitskampf und den haben die Beschäftigten nach vorangegangener Urabstimmung am 1.11. 2012 begonnen.

hlz: Welche Lohnstruktur gibt es denn jetzt und welche wollt ihr erreichen?

Rajko Pientka: Wir haben im Moment ein intransparentes Lohn- und Gehaltssystem, das man als nach – Nase – Bezahlung bezeichnen kann. Die Beschäftigten bekommen sehr unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit. Wir haben Löhne, die bei 7,80 Euro beginnen. Andere bekommen wesentlich mehr. Der Arbeitgeber bestreitet das. Wenn man das prozentual zu den Tarifverträgen in der Chemie-Industrie sieht, dann haben wir Löhne für die gleiche Arbeit, die zwischen 48 % und 127 % des Tarifniveaus schwanken. Das heißt, der Arbeitgeber bezahlt einige recht gut, aber sehr viele sehr schlecht. Wir haben 97 Beschäftigte, das ist die Hälfte der Beschäftigten, die unter 66 % des Tarifniveaus bekommen. Das ist auch ein deutliches Zeichen für die Sittenwidrigkeit. Allgemein gilt nach der derzeitigen Rechtsprechung, dass eine Bezahlung unterhalb der Zweidrittel-Marke des Branchenüblichen in der Region eine Sittenwidrigkeit erfüllt.

hlz: Die Branche ist die Chemie-Branche?

Rajko Pientka: Das Unternehmen mit seinem Produktportfolio fällt nach der normalen sta-

Fotos: Stefan Gierlich



Rajko Pientka (IG-BCE) im Gespräch mit Norbert Raum und Peter Klemm

tistischen Kategorisierung von Unternehmen unter die Chemie-Branche.

hlz: Kann man sagen, dass dieser Betrieb ein besonders schwarzes Schaf in der Branche ist oder ist es nur eines von vielen solchen Schafen.

Rajko Pientka: Für die IG-BCE ist es im Moment ein schwarzes Schaf. Das muss man ganz klar sagen. Wir haben eine lange Tradition der Sozialpartnerschaft und wir haben viele Arbeitgeber, die uns als Verhandlungspartner akzeptieren. Wir haben auch gehört, dass es noch andere Betriebe gibt, die ähnliche Strukturen und Verhältnisse haben. Wir kennen die bisher noch nicht. Aber wir wissen auch, dass wir, wenn wir auf dem Weg der Sozialpartnerschaft in einem Unternehmen, in dem wir viele Mitglieder haben, nicht voran kommen, dann auch die ultima ratio der Tarifaussensetzung bedienen müssen. Das ist der Arbeitskampf, auch wenn wir nach wie vor die Sozialpartnerschaft sehr hoch halten.

hlz: Das „Abendblatt“ hat am 7. Januar getitelt: „Spuckatacken gegen Streikbrecher.“ Herrscht eine gereizte Atmosphäre im und vor dem Betrieb?

Rajko Pientka: Es gehört zu den normalen Arbeitskämpftaktiken und Arbeitskämpfstrategien, dass der Arbeitgeber versucht Desinformationen zu streuen und eine konfuse Situation zu schaffen. Wir haben hier eine sehr disziplinierte Streikbelegschaft, die sich ausschließlich an die geltenden Rechte im Arbeitskampf und Tarifrecht hält.

Der Arbeitgeber versucht mit gezielten Fehlinformationen die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dieser Artikel ist ein Ausdruck davon, dass ihm das auch zum Teil gelingt. Wir haben viele Journalisten, die zu uns

an die Streikzelte kommen und die nach aggressiven, wütenden Streikenden suchen. Ich muss ihnen dann zu ihrer Enttäuschung immer die Antwort geben: „Die gibt es hier nicht“.

Die Streikenden sind sehr besonnen, obwohl sie permanent mit Strafanzeigen konfrontiert sind, die zum Teil auf konstruierten Sachverhalten basieren. Dagegen gehen wir juristisch vor. Das ist in der Härte, wie der Arbeitgeber hier mit Fehlinformationen arbeitet, auch für unsere erfahrenen Arbeitskämpfrechtlern im Team, eine neue Qualität. Wir müssen damit professionell umgehen. Ich kann aber ganz klar sagen: es gibt weder aggressive noch wütende Streikende vor den Zelten. Wir haben ein Ziel: Gleiches Geld für gleiche Arbeit in einem Tarifvertrag!

hlz: Die Streikbrecher sind gar nicht Beschäftigte der Firma Neupack, sondern werden aus Polen angekarrt?

Rajko Pientka: Das ist eine typische Maßnahme des Arbeitgebers, nachzulesen in uralter Streikliteratur: Was macht ein Arbeitgeber, der bestreikt wird? Er versucht die Produktion aufrecht zu erhalten mit Streikbrechern im Betrieb. Sollte ihm das nicht gelingen, versucht er Streikbrecher aus anderen Bereichen dazu zu holen. Es ist nach der derzeitigen Rechtsprechung möglich, dass er Streikbrecher einstellt. Herr Krüger benutzt sozusagen als Dienstleister eine Firma in Polen, die Firma Work-Express, die dort eine große Leiharbeitsfirma ist. 29 Leiharbeiter werden als Streikbrecher vorerst eingestellt.

Als der Firma Work-Express, deren Anteilseigner auch ein deutscher Unternehmer ist, dann die Sache zu heiß wurde, haben sie die Verträge mit Neupack aufgelöst. Man sollte dann denken, sie holen ihre Mitarbeiter zurück. Aber nein, da ist etwas



„Für Familie Krüger hört Demokratie am Werkstor auf.“ (Rajko Pientka)

für uns Unerklärliches entstanden: die polnischen Leiharbeiter sind von heute auf morgen von Neupack befristet angestellt worden und gelten seitdem als Beschäftigte im Unternehmen. Die Befristung wurde auch schon einmal verlängert. Der Arbeitgeber versucht mit den KollegInnen aus Polen die Produktion aufrecht zu erhalten, um den Streik wirkungslos zu machen. Das reicht ihm leider auch noch nicht. Deswegen versucht er derzeit auch alte Kollegen, die er vor ein paar Jahren unter widrigsten Umständen rausgeschmissen hat, wieder mit ins Boot zu holen.

Leider lassen sich KollegInnen für Streikbrucharbeiten missbrauchen. Der Arbeitgeber versteht es, auch Beschäftigte für seine Interessen zu kaufen. Er zahlt Streikbruchprämien. Er will, koste es, was es wolle, einen Tarifvertrag mit den KollegInnen verhindern. Das ist eine sehr traurige Sache, aber es ist für uns jetzt erst einmal nicht änderbar. Die geltende Rechtslage gibt das her.

hlz: Gibt es mittlerweile ein

verhandelbares Angebot der Familie Krüger?

Rajko Pientka: Das ist insofern eine interessante Frage, als wir gar nicht an dem Punkt sind. Die Familie Krüger akzeptiert nicht die Grundelemente der Demokratie. Für die Familie Krüger hört Demokratie am Werkstor auf. Sie akzeptieren die IG-BCE und damit die Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes nicht und haben für sich den Weg gewählt, dass sie die IG-BCE erstens nicht als ihren Verhandlungspartner akzeptieren, zweitens sind sie nicht willens jedwede Art von Vertrag abzuschließen, der verbindlich für die Beschäftigten ist. Sie erwecken in der Öffentlichkeit den Anschein, dass sie Angebote auf



„Wie stehen die Hamburger Parteien zu den Streikenden?“ (Norbert Raum)

den Tisch legen. Das bezieht sich ausschließlich auf individuelle Angebote an die Beschäftigten bzw. Angebote an den Betriebsrat, der hier in die Tarifautonomie eingreifen soll.

Der Arbeitgeber möchte in jedem Fall die Gewerkschaft aus dem Betrieb draußen halten. Das ist bei einem sehr großen Organisationsgrad von mehr als 70 % ein Skandal. Wir müssen daran arbeiten, dass das auch in der Öffentlichkeit deutlich wird, dass es hier nicht nur um bloße Tarifvertragsverhandlungen geht, bei

denen sich zwei Tarifvertragsparteien über den Vertragsinhalt nicht einigen, sondern dass es hier um Grundsätzliches geht: Wie Arbeitsbedingungen in Deutschland geregelt werden, soll bei Neupack nicht gelten.

hlz: Der Bundesvorsitzende der IG-BCE Michael Vassiliadis hat gesagt, dass bei Neupack ein Exempel statuiert werden müsse und der Streik durchgehalten werde, koste es, was es wolle. Was macht diesen Streik bundesweit so bedeutsam?

Rajko Pientka: Es ist die Zuspitzung auf diese Grundfrage, ob man in Deutschland in einem Unternehmen, in dem sich die Belegschaft überdurchschnittlich organisiert hat, die Ansicht vertreten darf, dass deren Interessenvertretung nicht Verhandlungspartner sei. Konsequenz weigert man sich gegen kollektive vertragliche Regelungen, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu regeln. Das geschieht vor dem Hintergrund, dass jahrelange individuelle und betriebsrätliche oder betriebsverfassungsrechtliche Regelungen nicht zu dem Ergebnis geführt haben, dass hier wirklich gerechte und transparente Arbeitsbedingungen entstehen. Das macht den Streik so bedeutend.

Wir werden diesen Streik bis zum Ende führen. Bis zum Ende heißt für uns, dass der Arbeitgeber die IG-BCE als Vertragspartner akzeptiert und wir dann zu einem verbindlichen Vertragsabschluss kommen, der sowohl den Interessen der Beschäftigten als auch dem Unternehmen Rechnung trägt.

hlz: Die Zustände, wie du sie geschildert hast bei Neupack, sind zutiefst undemokratisch. Wie verhalten sich die Hamburger Parteien, die das Adjektiv demokratisch in ihrem Namen tragen?

Rajko Pientka: Viele nehmen das wirklich schockiert oder kopfschüttelnd zur Kenntnis, dass es solch einen Arbeitgeber noch gibt. Das geht quer durch die Parteien. Angefangen bei der Links-Partei, den Grünen, bei der SPD bis hin zur CDU. Ganz deutlich wird gesagt, dass man sich von einer solchen Unternehmenskultur distanziert.

Wir haben an beiden Standorten – in Rothenburg und in Hamburg – sehr starke direkte Unterstützung von den Linken und der SPD und auch von den Grünen. Wir haben permanent Besuche von Bundestags-/Landtags- und auch Europa-Abgeordneten, die ihre Solidarität mit ihren Besuchern ausdrücken und ihrerseits das tun, was sie tun können. Wir spüren sehr viel Unterstützung. Aber in der Wirkung auf die Familie Krüger, die Inhaber von Neupack, blieb dies ohne Erfolg.

hlz: Der DGB hat aufgerufen, den Streik solidarisch zu unterstützen. Haben Beschäftigte aus anderen Betrieben der Branche oder anderen Gewerkschaften ihre Solidarität bekundet? Was wünscht ihr euch, vielleicht Solidarstreiks, Besuche, Briefe?

Rajko Pientka: Wir haben eine vorher nicht geahnte Solidaritätswelle erfahren. Das ist auch sehr wichtig, gerade in einem Unternehmen, in dem relativ viele Beschäftigte in Bereichen arbeiten, die sehr leicht austauschbar sind, also im niedrig qualifizierten Bereich zu Dumpinglöhnen. Sie haben in der Regel keine großartige Lobby und verfügen auch nicht über die umfangreichen Möglichkeiten anders qualifizierter Beschäftigungsgruppen.

Wir haben über 350 Solidaritätserklärungen bekommen, täglich Besuche von Solidaritätsgruppen, von Betrieben und KollegInnen aus anderen Bereichen, auch aus anderen Gewerkschaften. Das macht die

Beschäftigten so stark, dass sie überhaupt das durchhalten, unter solch widrigen Bedingungen einen solch harten Arbeitskampf zu führen. Die Härte mit der sich ein Arbeitgeber hier den nor-

... in Schulen darüber berichten, was ein Arbeitgeber im Jahr 2013 noch im stande ist zu tun

malen tarifvertraglichen Reglements in Deutschland entzieht, ist schon einzigartig.

Wenn dieser Streik Schule macht, ist es für viele auch von großer, großer Bedeutung. Es ist nicht nur ein Streik für die Neupack-Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen, sondern auch für viele, die in ähnlichen Situationen sind. Für die Neupack-Beschäftigten und für uns als IG-BCE ist die Solidarität enorm wichtig gewesen und sie wird auch wichtig bleiben.

Wir würden uns wünschen, dass die Solidarität zumindest auf dem Niveau bleibt und wir weiterhin viele, viele Besuche bekommen. Menschen können sich einfach informieren und hier anschauen, was heutzutage Tarifpolitik noch sein kann und was eigentlich ein Streik bedeutet. Das ist in zweierlei Hinsicht wichtig. Zum einen bekommt man mit, auf welchem Fundament unsere Standards in Deutschland fußen, dass Tarifpolitik die Grundlage ist für die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zum anderen kann jeder auch noch den Streikenden Mut zusprechen und ihnen zeigen, dass sie nicht alleine sind.

Wer die Streikenden praktisch unterstützen will, kann das auch direkt – es gibt die Möglichkeit der Geldspenden, auch der materiellen Spenden. Es sind durchweg Niedriglöhner. Da brauche ich nicht zu erklären, was sie alleine bei den derzeitigen Lebenshaltungskosten an täglichen

Problemen haben. Während des Arbeitskampfes spitzen sich die Alltagsprobleme natürlich noch mal zu.

Darüber hinaus ist es einfach wichtig, überall – gerade auch in Schulen – den Fall Neupack zum Thema zu machen. Es gilt darüber zu berichten, was ein Arbeitgeber hier im Jahr 2013 noch imstande ist zu tun. Ein Skandal, der die Frage aufwirft, wie so ein Arbeitgeber in unserer Gesellschaft einen gesicherten Platz hat. Das würde ich mir wünschen, dass das überall Gesprächsthema ist.

hlz: *Ein wichtiges Thema auch für Schulklassen und Unterrichtsprojekte.*

Wie können SchülerInnen sich dem Thema annähern? An wen müssen sie bzw. ihre LehrerInnen sich wenden? Einfach zum Streikposten hingehen?

Rajko Pientka: Es gibt eine E-Mail-Adresse tarifneupack@gmx.de, die wird direkt von der betrieblichen Streikleitung betreut. Dorthin können sich Interessierte wenden. Die Hamburger GEW-Vorsitzenden haben bereits einen Rundbrief an alle Schulen geschrieben und die LehrerInnen aufgefordert, mit ihren Klassen einfach mal zum Streikzelt in der Dörriesstr.15 in Stellingen hinzugehen. Wir laden alle ganz herzlich ein, dass sie mit den Kindern, mit den SchülerInnen vorbei kommen. Hier lässt sich praktisch erleben, was in der Schule ja oft nur theoretisch zu erfassen ist. Einfach Kontakt aufnehmen und neu-



Murat Günes, BR-Vorsitzender und Seele des Neupack-Kampfes, freut sich darauf, LehrerInnen und SchülerInnen zu begrüßen (hier rechts mit Peter Klemm)

gierig werden. Die betriebliche Streikleitung wird dann einen Termin vereinbaren. Vor Ort sind auch immer Betroffene, die Rede und Antwort stehen können. Da kannst du mal den Spirit eines Streiks und das Ringen um Tarifverhandlungen im Endstadium spüren.

hlz: *Endstadium?*

Rajko Pientka: Hoffe ich.

hlz: *Wir wünschen euch von ganzem Herzen viel Erfolg und danken für das Gespräch.*

Die hlz-Fragen stellten
PETER KLEMM u. NORBERT RAUM
Fotos: STEFAN GIERLICH
Info: tarifneupack@gmx.de



SCHULENTWICKLUNG

Sparmodell Inklusion

Geiz ist geil: „Qualität“ schaffen mit weniger Mitteln

Knapp ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt strukturierte Senator Ties Rabe die Schulbehörde um. Für strategisch-konzeptionelle Aufgaben (Gestaltung von Schul- und Unterrichtsentwicklung, Qualitätsentwicklung an Hamburger Schulen) wurde die Abteilung B 5 unter Leitung von Uwe Heinrichs eingerichtet. Die Unterabteilung Qualitätsentwicklung und Inklusion (B 51) wurde an Anke Pörksen vergeben. Diese Beförderung wurde in der Öffentlichkeit heftig kritisiert. „Senator Ties Rabe befördert Parteifreunde“ titelte bspw. das Hamburger Abendblatt. **Anke Pörksen (Juristin) fachfremdverantwortlich für die Umsetzung der Inklusion – dafür parteipolitisch gut eingebunden**

Es sei extra für Pörksen in der Behördenhierarchie eine neue Zwischenebene eingebracht worden. Die Finanzierung dieser A-16-Stelle und einer weiteren Referatsleiter-Stelle sei nur möglich gewesen, weil andere Schulaufsichtsbeamten nicht in eine entsprechende Besoldungsstufe übernommen wurden. Für Außenstehende erschloss sich nicht, warum mit Anke Pörksen eine Juristin und nicht eine Pädagogin für die Umsetzung der wichtigsten Schulreform dieser Legislaturperiode verantwortlich wurde. Positiv wurde gesehen, dass mit dem Aufbau einer eigenen Abteilung der schulische Inklusionsprozess gefördert werden könnte. Bislang widmete sich in verantwortlicher Position

nur Angela Ehlers diesem Bereich. Sie war von der vorherigen schwarz-grünen Regierung zur Steuerung der Inklusion aus Schleswig-Holstein eingeworben worden, um das Projekt *Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung auf der Grundlage des § 12 Hamburgisches Schulgesetz* zu leiten.

Ehlers ist gelernte Sonderpädagogin und übte diesen Beruf in verschiedenen Funktionen aus (Lehrerin, Schulleiterin, Studienleiterin, Lehrbeauftragte an der Uni, Schulrätin). Sie ist Mitglied in verschiedenen sonderpädagogischen Fachverbänden und dort aktiv tätig. Ihre neue Vorgesetzte Pörksen war als gelernte Juristin nach ihrer Ausbildung zunächst kurzfristig in verschiedenen Hamburger Behörden tätig, bevor sie 2002 in die Schulbehörde wechselte und dort leitend in der Rechtsabteilung arbeitete. Es folgten alle zwei, drei Jahre neue Aufgaben bei den Projekten „Public-Private-Partnership im Schulbau“, „Selbstverantwortete Schulen (SVS)“ sowie im Planungsstab zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission *„Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“*. Bis zur Übernahme der Leitung „Inklusion und Qualitätsentwicklung“ in der Abteilung B 5 war sie Schulaufsicht über Schulen in freier Trägerschaft und arbeitete im o.g. - von Angela Ehlers geleiteten - Projekt zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit

Behinderungen mit. Anke Pörksen arbeitet seit vielen Jahren in der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen“ (ASJ) und ist seit 2010 deren Bundesvorsitzende. 2009 gehörte Pörksen als Justizexpertin zum „Zukunftsteam“ des SPD-Spitzenkandidaten Ralf Stegner in Schleswig-Holstein, der bekanntlich die Wahl gegen Peter Harry Carstensen (CDU) verlor. Eine mögliche Karriere in unserem nördlichen Nachbarland gelang Anke Pörksen somit nicht.

In Hamburg erläuterte Ties Rabe in der Öffentlichkeit nicht, warum er Pörksen für beson-



UNG BAUSTELLE!



ders geeignet hält, den Prozess der Inklusion zu steuern. Filzvorwürfe wies er strikt zurück. „*Meine Personalentscheidungen sind völlig unabhängig von der Parteizugehörigkeit*“. Da Anke Pörksen keine Expertin in pädagogischen Fragen ist, lässt sich nur vermuten, dass ihr juristischer Sachverstand und ihre Erfahrungen in den oben genannten Planungsgruppen (Schulbau, SVS usw.) und/ oder aber ihre Umtriebbarkeit und Rigorosität ausschlaggebend für Rabes Entscheidung waren. Daran muss die Arbeit der neuen Abteilung B 51 und ihrer Leitung sich messen lassen: Trägt sie zur Qualitäts-

entwicklung der Inklusion bei?

Der Begriff „Qualität“ wird vom lateinischen Wort *qualis* abgeleitet, was „wie beschaffen“ bedeutet. Demnach ist Qualität – neutral betrachtet – die Beschaffenheit eines Produktes oder einer Dienstleistung. Ob eine Qualität als gut oder schlecht bewertet wird, ist vom Grad der Übereinstimmung zwischen Erwartungen (Soll) und deren Erfüllungsgrad (Ist) abhängig. Oder wie es in der DIN Norm EN ISO 8402 heißt: „*Die Gesamtheit von Merkmalen einer Einheit bezüglich ihrer Eignung, festgelegte und vorausgesetzte Erfordernisse zu erfüllen*“.

Was der Hamburger Senat von der schulischen Inklusion erwartet, hat er in der Drucksache 20/3641 „Inklusive Bildung an Hamburgs Schulen“, an deren Ausarbeitung Anke Pörksen maßgeblich beteiligt war, festgelegt: „*Eine inklusive Schule kann erheblich zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft beitragen. Die uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der allgemeinen Schule stärkt nicht nur deren Zugehörigkeitsgefühl, sondern führt zu erheblichen Fortschritten in der menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft und bei der Reduzierung von Armut ... Von einem inklusiven Unterricht profitieren Kinder und Jugendliche mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gleichermaßen. ...*

Das hiermit vorgelegte Inklusionskonzept orientiert sich an folgenden Leitlinien: An allen Grundschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien soll eine auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf passgenau zugeschnittene Ressourcenzutei-

lung erfolgen. Die Förder-Ressourcen sollen sich ausschließlich am Bedarf des Kindes... orientieren“.

Soweit die Erwartungen. Bevor wir zum Ist kommen, stellt sich die Frage, wie kann der vom Senat erwartete hohe Qualitätsanspruch tatsächlich erreicht werden? Welche Entwicklungsschritte werden angestrebt? Wie systematisch wird die Umsteuerung betrieben? Wie ernsthaft werden alle Schulformen erfasst? Wie werden alle Beteiligten mitgenommen?

Für diese Art Steuerung ist auch und gerade die Unterabteilung B 51 (Leitung: Anke Pörksen) (mit)verantwortlich. Klare Kriterien, Schrittfolgen, Teilziele stellt sie nicht auf. Vieles erscheint nebeneinander, ungeordnet und ohne eindeutigen Bezug zueinander. Wenn sich alles bewegt, kommt es schon zu Veränderungen. Aber sind das die gewollten?

Grundsätzlich nimmt die Schulbehörde die bei der Zielformulierung der Drucksache zitierte UN-Behindertenrechtskonvention zum Anlass, **alle** schulischen Angebote sonderpädagogischer Versorgung umfassend zu verändern und in ihrer Ausstattung erheblich zu verschlechtern (s. hierzu hlz 12-2011, 1-2/2012, 3-4/2012, 7-9/2012). Bedenken der Kammern, Gewerkschaften und Verbände berücksichtigt sie nicht. Sie geht davon aus, dass die hoch gesteckten Ziele mit deutlich weniger Ressourcen umzusetzen seien. Wissenschaftliche Belege, Vergleichsstudien usw. kann sie hierfür nicht liefern. Sie sieht sich im Verhältnis zu anderen Bundesländern vielmehr als „Preis-/Leistungssieger“ (à la „Geiz ist geil“). Offensichtlich

Angela Ehlers (Pädagogin) – Bedenken bleiben unberücksichtigt





INKLUSION: ACHT

sind bei den Verantwortlichen der BSB erhebliche Einsparungen a priori keine qualitätsmindernden Faktoren. Warum das Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) sich hierzu noch nicht geäußert hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Aus dem neuen „Orientierungsrahmen Schulqualität“ (2012) ist zumindest nicht zu entnehmen, wie die o.g. Ziele schulischer Inklusion tatsächlich von Hamburger Schulen erreicht werden können, geschweige denn, wie sich Gesellschaft dadurch verändert. Es werden wie beim Senatspapier auch beim „Orientierungsrahmen Schulqualität“ Forderungen nach stärkerer Binnendifferenzierung, Individualisierung, Schulentwicklungsplanung, Kooperation und Koordination aufgestellt, ohne dass erläutert wird, welche Arbeitszeit hierfür genutzt werden kann. Auf Nachfrage wird geantwortet, das IfBQ sei nicht für die Ressourcen verantwortlich. Dafür werden aber im Orientierungsrahmen die Verantwortlichen vom IfBQ für das Gelingen festgemacht: Schulleitungen, die die wesent-

lichen Elemente einer inklusiven Schule umzusetzen haben und Pädagoginnen und Pädagogen, die diagnostische Beobachtungsstrategien und Verfahren kennen und nutzen, die eine inklusive Lernumgebung und entsprechende Lernarrangements planen, die bei allen Unterrichtsphasen inklusiv arbeiten usw. usf.

Inklusion wird mehr und mehr zum Sparmodell bei der schulischen Förderung behinderter

Auskömmlichkeit der Förderressourcen

Kinder und Jugendlicher. So verlieren die seit Jahrzehnten erfolgreichen I- und IR-Klassen innerhalb der nächsten drei Jahre bis zu 70% ihrer bisherigen zusätzlichen Versorgung. Dieses gilt auch für die Integrativen Förderzentren (IF).

Alle Sonderschulen verloren bereits in diesem Schuljahr - im Gegensatz zu allen anderen Hamburger Schulen - die Stellen für die additive Sprachförderung. Auch für einen juristischen Laien ist ersichtlich, dass diese Maßnahme gegen den in

Deutschland geltenden Gleichheitsgrundsatz verstößt. Immerhin ist Anke Pörksen Juristin.

Mit der Abschaffung der Förder- und Sprachheilschulen und der Einrichtung der Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) wurden weitere Stellen gestrichen (Leistungspositionen und Stellen für mehrfach-behinderte SchülerInnen in den so genannten B-Klassen). Von Anke Pörksen wurde der schnelle Verkauf „überflüssiger“ Sonderschulgebäude immer wieder angeregt.

Die vom Senator proklamierte „Auskömmlichkeit der Förderressourcen“ gilt auch und besonders an den „inklusiven“ Schulen. Dieses mag ein Grund dafür sein, dass in der Verordnung über die „Ausbildung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf“ (AO-SF) gerade dieser sonderpädagogische Förderbedarf nicht hinreichend definiert wird. So gerät der Rehabilitationsgedanke deutlich aus dem Blick.

Die BSB hat die sonderpädagogische Versorgung für die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung (LSE) auf eine niedrige systemische Ressource begrenzt. Die tatsächlichen Zahlen der jeweiligen Schulen werden nicht ausreichend berücksichtigt.

Der in § 12 HmbSG formulierete individuelle Rechtsanspruch auf sonderpädagogische Förderung kann so unterlaufen werden. Der gewollte „passgenaue“ Zuschnitt auf den einzelnen Schüler findet nicht statt. Die Förderressourcen orientieren sich nicht an den Bedürfnissen der behinderten SchülerInnen.

Damit Eltern ihre behinderten Kinder nicht aus der inklusiven Schule abmelden und bei



Inklusion – nicht nur hoch, auch weit springen



einer Sonderschule anmelden, hält Anke Pörksen eine allein am mutmaßlichen Kindswillen orientierte Entscheidung – also auch gegen den erklärten Elternwillen (!) – für denkbar (vgl. „Recht und Bildung“, 4/2011, S.24).

Zukünftig wird es keine zugewiesenen Zeiten mehr für Absprachen, Kooperation und Koordination wie in den bisherigen Integrationsmaßnahmen geben.

Ein Großteil der bisherigen Stellen für SonderpädagogInnen wird abgebaut bzw. umgewidmet. Es kommt zu einer erheblichen Arbeitsverdichtung und Arbeitszeitverlängerung. So sind SonderpädagogInnen zukünftig in der Inklusion für weitaus mehr behinderte SchülerInnen zuständig als bisher in den integrativen Maßnahmen bzw. in den Sonderschulen. Sie müssen – ohne hierfür ausgewiesene Arbeitszeit für Teamarbeit zu haben – mit deutlich mehr KollegInnen zusammen arbeiten und sich koordinieren. Versteht die BSB dies als Qualitätssteigerung?

Die BSB gibt vor, multiprofessionell arbeiten zu wollen (so genannter Professionenmix). Tatsächlich versucht sie, teure SonderpädagogInnen durch billigere ErzieherInnen und SozialpädagogInnen zu ersetzen, zumal diese vom Bund aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) mitfinanziert werden.

Die Schulbehörde fordert zur Erfüllung ihrer aufgestellten Ansprüche u.a. qualifiziertes und spezialisiertes Fachwissen vor Ort, prozessbegleitende Diagnostik, schuleigene inklusive Curricula und vieles mehr ein, ohne dass Schulen hierfür ausreichend personell, sächlich und strukturell aufgestellt sind. Mit einer Minimalqualifizierung (30 Stunden) sollen die neu berufenen FörderkoordinatorInnen

solcherart Arbeit bewältigen können. Um ein entsprechendes LI-Zertifikat erlangen zu können, sollen sie zudem ein schulspezifisches Förderkonzept erstellen. Alles im Rahmen der üblichen Arbeitszeit, versteht sich.

„*Inklusive Schulen benötigen Konzepte und veränderten Unterricht, um die individuelle Lern- und Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung sicherzustellen*“, betonte Schulsenator Ties Rabe in seiner Rede zur Eröffnung der Themenwoche „Inklusion – Normal ist die Vielfalt“. Weiterhin liegen aber hierfür keine inklusiv ausgerichteten Bildungspläne vor. Auch werden Standards sonderpädagogischer Förderung nicht festgeschrieben. Bezüge zu den KMK-Empfehlungen fehlen. Klare Hinweise für zielgleich und zieldifferent zu unterrichtende SchülerInnen gibt es nicht. Es kommt zurzeit zu rechtlich fragwürdigen Leistungsrückmeldesystemen. Weiterhin gibt es einen hohen Raumbedarf für inklusive Pädagogik (z.B. Gruppen- und Differenzierungsräume). Eine notwendige Sachmittelausstattung für inklusive pädagogische Aufgaben wurde nicht auf den Weg gebracht. Gymnasien sind de facto von Inklusion ausgenommen. Schulen mit Inklusion erhalten nicht mehr F-Stunden als Schulen gleicher Größe ohne Inklusion. Diese Liste von fehlender Qualität lässt sich beliebig fortsetzen.

Bloße Lippenbekenntnisse – wie bei der Drucksache „Inklusive Bildung an Hamburgs Schulen“ – nutzen nicht den berechtigten Interessen behinderter Kinder und Jugendlicher. Der Senat bejaht die inklusive Schule, will sie aber nicht ausstatten. Qualitätsentwicklung im Sinne einer tatsächlichen Soll-Erfül-

lung findet nicht statt. Im Gegenteil: Immer neue Forderungen an die Beschäftigten werden aufgestellt, ohne dass hierfür Ressourcen und Hilfen zur Verfügung gestellt werden.

Unterschwellig kann sich so eine Inklusion verneinende Grundhaltung an den Schulen entwickeln.

Bei der Umsetzung der Inklusion ist es zu einem deutlichen Qualitätsverlust in der sonderpädagogischen Förderung in Hamburg gekommen. Es fehlt auf allen Ebenen des Umsetzungsprozesses an Personen, die sich für gelingende Inklusion mit einer ausreichenden zuverlässigen Ausstattung einsetzen, statt Unzulänglichkeiten, Mängel und Fehlentscheidungen zu kaschieren und schön zu reden.

Anke Pörksen, verantwortlich

Unterm Strich: Qualitätsverschlechterung

für die Qualitätsentwicklung Inklusion in Hamburg, will ihren Arbeitsplatz nach zwei Jahren wieder wechseln. Sie soll nach dem Wahlsieg der SPD in Niedersachsen dort Justizministerin werden. Die Generalsekretärin ihrer Partei, Andrea Nahles, attestiert ihr, dass sie über wertvolle Erfahrung in der Verwaltung wie im politischen Tagesgeschäft verfüge und durch ihr Können überzeuge. Es gelinge ihr, politische Grundsätze in praktische Politik umzusetzen. Bezogen auf das Thema „Inklusive Bildung an Hamburgs Schulen“ hieß das umgekehrt, die sich jetzt in der Hamburger schulischen Praxis zeigende Inklusion entspräche den politischen Grundsätzen der SPD. Ist das zu glauben?

STEFAN ROMEY
Schule Probenweg

Friedenspfeife verstopft

Man kann ihn noch so oft beschließen – eintreten wird Schulfrieden erst durch ‚Eine Schule für Alle‘ von 0 - 13

Außer der Linksfraktion haben alle Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft „Schulfrieden“ beschlossen, das 2-Säulen-Modell aus Stadtteilschule und Gymnasium gleich mit, doch nun fängt der „Schulfrieden“ – schneller als erwartet - an zu bröckeln:

Da beschließt die Bürgerschaft im November 2012, die 11. Klassen für Schülerinnen und Schüler der StS zu öffnen, die am Gymnasium scheitern. Was als etwas Gutes für einzelne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums daher kommt und auch der einen oder anderen Stadtteilschule Hoffnung macht, ihre SekII zu füllen, ist in Wahrheit ein Signal mit fataler Wirkung:

Unlängst hatte die Schulinspektion vielen Gymnasien hohen pädagogischen Nachholbedarf bescheinigt und nun fällt der positive Druck, die Unterrichtsentwicklung an den Gymnasien so voranzutreiben, dass alle ihnen anvertrauten Jugendlichen das Ziel des Gymnasiums – das Abitur – ohne Sitzbleiben erreichen, schlagartig weg.

FDP und CDU finden diese Regelung gut, was nicht überrascht, haben sich doch die selbsternannten Bildungsbürger in der Auseinandersetzung um die Primarschule ganz vehement gegen ein Zusammengehen ganz unterschiedlicher SchülerInnengruppen zur Wehr gesetzt. Denn die eigentliche Herausforderung der Stadtteilschule ist das gemeinsame Lernen in Kl. 5-10, nicht das in der relativ ausge-

senen Oberstufe. Die Gegner des längeren gemeinsamen Lernens melden ihre Kinder am Gymnasium an, wohlwissend, dass sie dort mit erheblich geringeren sozialen Herausforderungen konfrontiert sind. Sollten sie dann in Kl. 10 feststellen, dass ihre Kinder dem Leistungsdruck nicht gewachsen sind, steht ihnen nun die Oberstufe der Stadtteilschule offen. Damit werden Stadtteilschulen nicht gestärkt, im Gegenteil: sie werden in ih-

Es ist ein weiteres Mal deutlich geworden, dass die SPD in Wahrheit die StS nicht als gleichberechtigte Säule neben dem Gymnasium sieht, sondern als Reparaturbetrieb für die am Gymnasium gescheiterten Jugendliche

rem Kerngeschäft, dem gemeinsamen Lernen in Kl. 5-10, erheblich geschwächt. Indem sich die SPD vor den „Scheuerl-Karren“ spannen lässt, steht sie nicht an der Seite der Stadtteilschulen. „Stadtteilschule stark stellen“ wird somit zur Farce. Wir erwarten, dass SPD und Schulsenator deutlich machen, wo die Stärken der StS liegen, nämlich in ihren interessanten Profilingeboten, in ihren bewährten Konzepten des individualisierten, kompetenzorientierten Lernens und in ihrer

nachgewiesenen hohen Qualität des Abiturs, zu dem sie viele Schülerinnen und Schüler führt, die in Kl. 4 keine gymnasiale Empfehlung hatten und oft die ersten in ihren Familien sind, die das Abitur schaffen. Vor der diesjährigen Anmeldephase ist dieser Bürgerschaftsbeschluss verhängnisvoll. Anstatt offensiv für die integrative Qualität der StS zu werben, sie mit entsprechenden Ressourcen zu stärken und sich damit bei den Eltern dafür einzusetzen, bereits ab Kl. 5 eine StS für ihre Kinder zu wählen, öffnet die SPD die bequeme Hintertür nach Kl. 10. Und die Schulbehörde mit Senator Rabe hält nicht dagegen! Damit ist ein weiteres Mal deutlich geworden, dass die SPD in Wahrheit die StS nicht als gleichberechtigte Säule neben dem Gymnasium sieht, sondern als Reparaturbetrieb für am Gymnasium gescheiterte Jugendliche.

Knapp 2 Monate später, im Januar 2013, kriegt das 2-Säulen-Modell weitere Risse: G9 an Gymnasien wird gewünscht, auch ein Ergebnis defizitärer Unterrichtskultur an Gymnasien. Dabei wird einseitig nur eine Säule – das Gymnasium – betrachtet. Das geht nun gar nicht, denn etwas so Substantielles wie Schulzeitlänge muss die Auswirkungen auf die StS mit im Blick halten. Der Schritt zu G9 am Gymnasium bedeutet ‚Eine Schule für Alle‘! Denn es kann nicht sein, dass die StS allein die gesellschaftlich so bedeutende Aufgabe der Inklusion wuppen soll und außerdem noch die am Gymnasium „Gescheiterten“ nach Kl. 6 und 10 aufnehmen muss. Sollten beide „Säulen“ – StS und Gym – Abitur nach 13 Jahren anbieten, dann gibt es keinen rationalen und pädagogisch Sinn mehr für zwei getrennte Schulformen in SekI und SekII.

CHRISTIANE ALBRECHT
SABINE BOEDDINGHAUS
Chancen für alle e.V.

hlz

Inhaltsverzeichnis 2012

Verfasserverzeichnis

Akyol, Gigdem: Und es hört einfach nicht auf 1-2/46

Bartels, Willi: 40 Jahre Berufsverbot 3-4/38

Berg, Michael: Zwischenruf eines Auswärtigen 5-6/70

Berg, Susanne: Der größte Feind im Land ... 3-4/40

Berg, Susanne/Geffers

Joachim: Es gibt keine einfachen Lösungen 12/29

Bernhardt, F.:

Vermarktete Demenz 12/39

Bernhardt, F./Gospodarek, R.: Defizite der Faschismusanalyse 3-4/54

- „Herrschaftszeiten“ 5-6/59
- Gegenargumente – Fehlanzeige! 10-11/56

Bischoff, Joachim:

Teure Sparwut 3-4/12

Bischoff, Joachim/Müller

Bernhard: Die SPD und die gute Schule 10-11/26

Bosse, Jörn: Individuelles

Lernen – Nachhall zum

Artikel von v. Kügelgen in hlz 102/2012 10-11/32

Brandt, Wolfgang:

5-6/Profil adé 5-6/17

- Man war bemüht 7-9/8

Brix, Barbara: „Un Congreso Pedagógico“ 1-2/63

- Rein in die Abwärtsspirale 3-4/15

„Tag des Lehrers“ – Reisen-

tizen aus Nicaragua 7-9/50

Bublitz, Matthias: Davon geht die Welt nicht unter 10-11/32

Bülow-Schramm, Margret:

Höhere Besoldung für ProfessorInnen – ein Fortschritt? 3-4/36

Bullan, Klaus: Interessenvertretung in Zeiten von Fiskalpakt und Schuldenbremse 3-4/3

- Gegen die Wand? 5-6/3

- Republik der Abgehängten 7-9/10

- Was wird da gemessen? 10-11/14

- Wer bremst die Schuldenbremser? 12/3

- Gemeinsam Druck machen 12/15

- Schulzeitverkürzung ist und bleibt falsch 12/22

Dehnerdt, Fredrik:

Geteilter Himmel 1-2/14

- Befristung als Disziplinierungsinstrument 5-6/38

- s. Scholand, Barbara 10-11/22

- „Don't mourn – organize!“ 12/26

De Lorent, Hans-Peter:

Werner Fuss: die

„Speckrolle“ – Ralph Giordanos Albraum (Teil 1) 1-2/51

- Werner Fuss: die „Speckrolle“ – Ralph Giordanos Albraum (Teil 2) 3-4/49

- Die braunen Lehrer des schwarzen Schülers (Teil 1: Hinrich Wriede) 10-11/50

- Die braunen Lehrer des schwarzen Schülers (Teil 2: Friedrich Grimmelhäuser) 12/52

Danilova, Oxana:

s. Diao, Lan 7-9/28

Diao, Lan/Danilova, Oxana/

Lang, Sonja/Wiltsche, Wolfgang: Do you speak ...? 7-9/28

Dobelli, Rolf: Wie Sie einen Scharlatan entlarven 10-11/16

Dücker von, Elisabeth: Stadt mitgestalten 5-6/73

Du Pin, Dirk: GEW-Tagung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 10-11/58

Eckel, Christine/Esser, Bernhard/Hartje, Barbara/Wahls, Bert: Überlebende zu Besuch in Hamburg 1-2/50

Erang, Marc: „Prechtig“ philosophiert & reformiert? 10-11/38

- Krake Bertelsmann 12/36

Esser, Bernhard: s. Eckel, Christine 1-2/50

Fritsche, Tina: Alarmnot 5-6/8

- Lesen lernen 5-6/19

- Ausgelöschter Reichtum 5-6/78

Geffers, Joachim: Der Feind in uns 1-2/3

- Wir mit uns 5-6/14

- „Wir wollen faire Bedingungen“ 5-6/42

- Wer, auf wessen Kosten? 5-6/48

- Kein Fahrgeld 7-9/3

- Verschwommene Linien 10-11/3

- Das ist nicht genug 10-11/10

- Kratzer am Lack 10-11/11

- Keine gravierende Änderung 10-11/13

- Es kann nicht sein, was nicht sein darf 12/8

- Geschichten aus dem sozialen Brennpunkt 12/11

- Kein Frieden mit dem Schulfrieden 12/17

- s. Berg, Susanne 12/29

- Über die Schlagzeile hinaus 12/42

Geier, Barbara: Weltklasse: An die Stifte, fertig los! 3-4/46

GEW-Hauptvorstand:

Verhandlung wieder aufnehmen 5-6/11

Gierlich, Stefan:

Aus der Pausenhalle...
- Aus der Tarnung 12/65

Giordano, Ralph:

Bertinis Speckrolle 1-2/54

Gospodarek, R.:

s. Bernhardt, F. 3-4/54
- s. Bernhardt, F. 5-6/59

Gröger, Mathias: Traumjob

Wissenschaft? 5-6/36

Haas, Karin: Keine

Flüchtlinge in Nostorf/Horst
1-2/58

Habib, Enavatulla: „Bildung ist die stärkste Waffe“ 12/56

Hamm, Andreas:

Weihnachtsgeld – Klagen gegen Kürzungen 1-2/11
- Wehrt euch 1-2/20
- Kann sich sehen lassen 3-4/9
- Jugendmusikschule: Lehrkräfte endlich besser bezahlen 7-9/24
- Achtung: Urlaubsansprüche realisieren 7-9/25

Hartje, Barbara:

s. Ecke., Christine 1-2/50

Hasenbein, Frank: Wege

zur demokratischen Schule
7-9/54

Heede, Manni:

Post für den Senator 1-2/11
- Der 90. Geburtstag der HLZ* 7-9/56
- Ein Grund zum Feiern 12/20

Hecke, Ludwig/Stelz,

Gerhard: Werbung unerwünscht 10-11/49

Herde-Hitzger, Christine:

Zukunftsmusik aus unerwarteter Ecke 12/34

Herrmann, Joachim: Hilflös gegenüber der Komplexität 10-11/33

Hocker, Hein: Seniorenpolitik als gewerkschaftliche Aufgabe 5-6/74

- Was machen wir nun damit? 12/60

Iversen, Lorenz:

Zu wenig genutzt 1-2/32

Jaensch, Jutta:

Gehängt, geköpft vergessen 10-11/61

Jakobs, Susanne:

s. Schubert, Florian 5-6/23

Jakobs, Thomas: Wem

dient der Raum? 5-6/12

Jog-Bundeskoordination:

Bildung [S] Los! 3-4/58

Junge GEW Hamburg:

Reform der LehrerInnen-Ausbildung 1-2/12
- Wir blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist 1-2/45

Kalwies, Hannelore: Happy

birthday Mr. Bach! 5-6/76

Kasprzak, Roland:

Wer macht mit? 1-2/49
- It's the teacher! 10-11/30

Kastner, Jens: Das haben

wir doch gut gemacht 3-4/10
- Weisheit letzter Schluss 3-4/34
- Ver...brecher – sind sie nicht, oder? 7-9/26

Keller, Andreas:

Wettbewerb unter Bremsern 3-4/18

Klinge, Manfred:

Reise in ein verwüstetes Land 10-11/42

Koske, Senta: „Berg Fidel –

Eine Schule für alle“ 10-11/25

Kratz, Michael: Kreidezeit trifft Moderne 7-9/30

Kügelgen von, Rainer:

Hilflös gegenüber dem Machtapparat 1-2/36

Labenrenz, Lennart:

Heuschrecke sucht profitable Schule 12/37

Leng, Sonja:

s. Diao, Lan 7-9/28

Lill, Max: Politischer Erfolg

trotz Repression 5-6/52
- Vom Wert der Erinnerung 7-9/42

Lorenzen, M./Meister, U.:

Integrative Regelklassen ade! 5-6/33

Lütje, Maiko:

So einfach ist das! 5-6/20

Markaris, Petros: Keine

ruhige Minute mehr 5-6/60

Massaquoi, H. J.: Wriedes

Abschiedsrede an die Schülerschaft 10-11/52

Matthiae, Astrid: „Zwischen-

runde“ von „Lesetage selber machen – Vattenfall Tschüss sagen“ 7-9/46

Matthiesen, Tatjana:

Mehr MigrantInnen als LehrerInnen! 5-6/46

Meister, U.:

s. Lorenzen, M. 5-6/33

Mentor – die Leselernhelfer Hamburg e. V.:

Der Schritt vom Lesen zum Verstehen 1-2/62

Mescher, Dirk:

Abladen 3-4/20

Meuthien, Susanne:

Hamburg steht auf 1-2/47

Müller, Bernhard: s. Bischoff, Joachim 10-11/26

- Ostendorf, Martin:**
Auf dem Boden des Grundgesetzes 7-9/
- Papachristos, Nikolados:**
Unwahrheiten 5-6/44
- Peters, Volker/Wiesmaier, Schorsch:** Engagiert Euch! 5-6/72
- Informationsveranstaltung mit Ulrich Thöne, GEW Vorsitzender 12/10
- Petersen, Jörg:**
Kriegskinder 1-2/60
- Quiring, Sven/Romey, Stefan:** An ihren Taten sollt ihr sie erkennen 7-9/20
- Radtke, Holger:** Persönliche Dankesworte an zwei GEW-Althasen 7-9/58
- Rettmer, Birgit:** Mit einer Hand geben, mit der anderen nehmen 12/28
- Ring, Hartmut:**
Sich wehren 1-2/31
-Armee ohne Feind 10-11/46
- Romey, Stefan:**
SPD-Schulpolitik 1-2/22
- TOP oder FLOP? 3-4/24
- Sprachförderung gestrichen 3-4/28
- s. Quiring, Sven 7-9/20
- Sapel, Ursula:** Vom Bleibenwollen und Gehenmüssen 12/48
- Schlömer, Hermann:**
„Klar auf Fahrt“ bei Klassenreisen 12/58
- Scholand, Barbara:**
Stichwort „Sprachbewusstseins“ 3-4/43
- Typisch reicht nicht 5-6/40
- Gleichstellung – neu und besser? 7-9/46
- Schloand, Barbara/Dehnerdt, Fredrik:**
Undemokratisch bis zur Verfassungswidrigkeit 10-11/22
- Schubert, Florian/Jacobs, Susanne:** Mehr allein 5-6/23
- Schumann, Brigitte:**
EduAction: ein Plan, die Schulen vom Kopf auf die Füße zu stellen 10-11/36
- Schwarz, Hermann:**
manchmal klirrt etwas 7-9/13
- Senenko, Rene:** Nie mehr antreten 10-11/48
- Spitzer, Manfred:**
Digitale Demenz 7-9/34
- Kein Vorteil belegt 7-9/39
- Stache, Christian:**
Kampf ums Klassenzimmer 5-6/58
- Stelz, Gerhard:**
s. Hecke, Ludwig 10-11/49
- Stöterau, Horst:** „Tag des Lehrers“ – Reisenotizen aus Nicaragua 7-9/50
- Strauss, Sigrid:**
s. Wittek, Doris 1-2/34
- Spieglein, Spieglein an der Wand ... 1-2/39
- Feedback an Rabe 5-6/9
- Mitglieder-Zuwachs 5-6/10
- Svensson, Wolfgang:**
Bedingt abwehrbereit 1-2/42
- Schwieriger Übergang 10-11/18
- Thiel, Claudia:**
Aufgaben verWAzen 12/14
- Thöne, Ulrich:**
Marktgängig 7-9/15
- Tönjes, Heinrich:**
s. Wittek, Doris 1-2/34
- Traenkle, Peter:** 12 Jahre muss ich noch... 3-4/21
- Vetter, Meike:**
Auswirkungen auf die Therapie 1-2/30
- Vorsitzenden:**
Anfeuern ... statt ausbrennen 1-2/9
- Voss, Hans:** Nicht zur freien Verfügung 12/23
- Walkstein, Jürgen:**
Ehrenmitgliedsfeier 2012 12/62
- Wahls, Bert:**
s. Eckel, Christine, 1-2/50
- Wehner-Wöbbeking:**
Falsches Alter 3-4/60
- Welsch, Joachim:**
Beauftragte Mitbürger 10-11/55
- Wiesmaier, Schorsch:**
s. Peters, Volker 5-6/72
- Wilsche, Wolfgang:**
s. Diao, Lang 7-9/28
- Wittek, Doris/Tönjes, Heinrich/Strauss, Sigrid:**
Individualisiertes Lernen 1-2/34
- Sachverzeichnis 2012**
- Abiturprüfung** 5-6/17
Ablösung 12/42
Afghanistan 12/56
Alkoholprävention 12/58
Anti-AKW 61
Antifachismus 3-4/54
AntiVattenfall 48
Arbeitsbelastung 1-2/8, 3-4/20, 7-9/8, 10-11/10
Armut 12/11
Aufschrei 10-11/60
Aus der Deutungsecke 10-11/63
Aus der Freiheitsecke 3-4/65
Aus der Pausenhalle 7-9/63
Aus der Raumwende 1-2/65
Aus der Tarnung 12/65
Aus der Versuchsecke 5-6/79
Ausbildungsreform 1-2/12
Ausbildungsvorbereitung

10-11/18
Ausstellung – 99 Frauen und Du 5-6/41

Berufsorientierung 5-6/40
Berufsverbote 3-4/38
Bezahlung 5-6/11
Bildungskrise in den USA 12/37
Blockupy Frankfurt 5-6/52
Bundeswehr in den Schulen 7-9/47

Curiohaus 100 12/20

Digitale Demenz 7-9/34
Diskussion 12/39

Euro-Krise 5-6/48
Europa 3-4/18

Faschismusanalyse 5-6/70, 10-11/56
Film 10-11/25
Flüchtlinge 3-4/58
Förderschulen 3-4/28
Frauen-Projekt 5-6/73
Fremdsprachen 28
Frühkindliche Bildung 3-4/46

G8 12/22
Ganztägige Betreuung an Schulen 3-4/34, 5-6/14
GBS 3-4/34
Gewerkschaftliche Bildung 7-9/54
GEW-Gewerkschaftstag 5-6/8
GEW-Kamingespräch 1-2/34
GEW-Musikausschuss 5-6/76
Griechenland 5-6/42, 10-11/42
Grundschulstudie 10-11/11

Hamburger Gewerkschaftstag 12/17
Haushaltspolitik 3-4/12
hlz 1922–2012 7-9/56
Hochschule 1-2/14, 5-6/36, 10-11/22, 12/26

Individualisiertes Lernen 1-2/36
Inklusion 1-2/18, 3-4/21, 5-6/26, 7-9/20

Kampagne UMFairTEILEN 7-9/10, 10-11/8
Kita 3-4/62, 7-9/26
Klick Schule 7-9/32, 10-11/30, 12/29
Krisenproteste 7-9/42

Lehrkraft stark machen 5-6/18
Lernstrategien 10-11/30
LesePeter 7-9/60
Lesespaß 5-6/60
Literatur 7-9/53

Mentorprojekt 1-2/62
MigrantInnen 5-6/46

Naziterror 1-2/42
Neue Aufgaben fordern – neue Entlastung 12/14
Neue Medien, neue Methoden 7-9/30
Nicaragua 1-2/63, 7-9/50

Orientierungsrahmen Schulqualität 10-11/14

Radikalenerlass 1972 3-4/38
Rätsel 1-2/64, 3-4/63, 5-6/77, 7-9/60, 10-11/59, 12/61
ReferendarInnen 1-2/12
Reform 5-6/9
Resolution 1-2/29, 5-6/59, 10-11/55
RO 19 5-6/69
Ruheständler 1-2/60, 3-4/60, 7-9/58
RuheständlerInnen 5-6/74, 10-11/61, 12/62

Schulbau 5-6/12
Schulbau Hamburg 10-11/26
Schuldenkrise 3-4/19
Schule und Bundeswehr 5-6/58, 10-11/46
Schule Unterm Hakenkreuz – Nazibiographien 1-2/51, 3-4/49, 10-11/50, 12/52
Schulinspektion 1-2/39
Schulqualität 10-11/14
Seniorenmitwirkungsgesetz 12/60
Service 7-9/24, 12/28
Solidarität 3-4/57, 10-11/60
Sparpolitik 12/12

SPD-Schulpolitik 1-2/22
Sprache 3-4/43
Stadtteilschule 5-6/9
Studienreise 5-6/78
Studienreise nach Polen 1-2/33
Südindien–Hamburg 5-6/72

Tarifverhandlungen 3-4/8
Theaterstück 5-6/75
Titel 12/8
TVÖD 10

Universität 7-9/9
Unterrichtsanregung 10-11/25

Vermögens- statt Schuldenbremse 3-4/12
Volkshochschule 1-2/11, 3-4/36
Vom Bleibenwollen und Gehenmüssen 1-2/58, 12/48
VOrM 12/23

Weihnachtsgeld 1-2/11, 12/28
Widerstand 5-6/52

Zensur 1986 3-4/40
Zentralabitur 10-11/13

Schwerpunkte 2012
 - Rechtsradikalismus 1-2/42
 - Kampagne gegen Arbeitsbelastung 5-6/18
 - Digitale Demenz 7-9/30
 - Pädagogik – Was ist richtig? 10-11/30
 - Pädagogik 12/29

Gespräch mit
 - Nikolaos Papachristos, Vorsitzender der griechischen LehrerInnen-Gewerkschaft OLME 5-6/42
 - Uwe Böhm, Berufsschullehrer
 - Claudia Thiel
 - Joachim Herrmann, Referatsleiter Schulformen und Schulstufen am LI 12/29
 - Andreas Hamm 12/42
 - Marilyn Stroux, Fotojournalistin 12/48



01/2013 vom 14. Januar 2013

G8, G9 oder eine Schule für alle?

Zur Debatte um die Rücknahme der Schulzeitverkürzung an Hamburgs Gymnasien

„Widerstand gegen Turbo-Abi wächst“, so titelt das Hamburger Abendblatt am 14.1.2013. Vor zehn Jahren bei Einführung der Schulzeitverkürzung in Hamburg stand die GEW neben einigen Eltern - ziemlich allein mit ihrer Kritik.

„Inzwischen ist vielen klar, dass das vermeintliche Erfolgsmodell ein Bluff war, der zu massiven Belastungen der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien geführt hat. Freizeit kommt zu kurz, außerschulische Aktivitäten finden kaum noch statt, die GymnasiastInnen haben Arbeitswochen, die weit über die Regelarbeitszeiten von ArbeitnehmerInnen hinausgehen“, kommentiert **Klaus Bullan**, Vorsitzender der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg). Die Angst vieler Familien um die Zukunft ihrer Kinder führt dazu, dass immer mehr in immer kürzerer Zeit gelernt werden muss – eine fatale Entwicklung auch für die Gesundheit der jungen Menschen und für das Lernen in unserer Gesellschaft, das Suchbewegungen, Umwege und Fehler für die Entwicklung dringend benötigt.

Ist die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 an den Gymnasien der richtige Weg, um allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden?

Die GEW bezweifelt das.

Die zahlreichen Befürworter des Zwei-Säulen-Modells aus Stadtteilschulen und Gymnasien führen für diese Schulstruktur, die in einem zehnjährigen „Schulfrieden“ zwischen CDU, SPD und GAL festgezurr wurde, an, dass beide Säulen gleichwertig sind, zum gleichen Abitur führen und sich nur dadurch unterscheiden (sollen), dass das Gymnasium die Schulform für die „schnelleren“ LernerInnen ist, die ein Jahr weniger zum Abi brauchen.

Wenn jetzt das „Turbo-Abi“ von den Befürwortern des Zwei-Säulen-Modells in Frage gestellt wird, was bleibt dann an Unterschieden oder anders gefragt, warum dann nicht gleich eine Schule für alle?

„Um gleiche Entwicklungschancen für Stadtteilschulen und G 9- Gymnasien herzustellen, müssen die Gymnasien selbstverständlich auch die vollständige Inklusion wie an den Stadtteilschulen gewährleisten und über den gesamten Bildungsweg die volle Verantwortung für ihre SchülerInnen übernehmen: Abschulen auf die andere Schulform nach Klasse 5, 6, oder wann auch immer wäre den Gymnasien dann ebenso verwehrt wie den Stadtteilschulen“, so **Bullan**: „Dann gibt es aber wirklich keinen Grund mehr gegen ‚Eine Schule für Alle!‘ Die Befürworter des Zwei-Säulen-Modells aus SPD und CDU wollen dagegen unbedingt an G8 festhalten, denn dies ist ihr einziges Argument für den Weiterbestand der Gymnasien als ‚Schule der schnelleren LernerInnen‘. G8 damit zu begründen, dass es ein Erfolgsmodell sei, was uns die Zwei-Säulen-Befürworter weismachen wollen, das entspricht schlicht nicht der Realität.“

Der Globus quietscht und eiert...

Soll die GBS gelingen, setzt sie bei allen Beteiligten Kooperationslernen voraus. Beschäftigung damit kann helfen, Fehler zu vermeiden

...doch er dreht sich weiter und mit ihm auch der Umstellungsprozess der Horte in die „Ganztägige Bildung und Betreuung an (Grund-) Schulen“, kurz GBS.

Seit August 2010 werden die Hamburger Grundschulen auf den Ganztagsbetrieb umgestellt, entweder als GTS nach Rahmenkonzept, wobei meist der Früh- und Spätbetrieb (6-8 und 16-18 Uhr) sowie die Schulferien nicht direkt von Schulbeschäftigten, sondern von Kooperationspartnern durchgeführt wird. Oder aber nach dem Modell GBS, in dem der Kooperationspartner zusätzlich den Betrieb ab 13 Uhr übernimmt und die Schule weitestgehend „nur“ wie zuvor als Halbtagsbetrieb arbeitet.

Ab August 2013 soll die Umstellung von Hort zu Ganztags(Grund)schule flächendeckend in Hamburg eingeführt sein, ein paar Ausnahmen müssen spätestens August 2015 umgestellt sein.

Nimmt man den im April 2009 fertig gestellten Abschlussbericht „GaBi“ (ganztägige Bildung) der schulbehördlichen Expertenkommission als Startpunkt für die Umstellung – denn bis 2012 wurden auf dessen Grundlage die Pilot- und Modellschulen finanziert –, so ist an einer ganzen Grundschulgeneration ausprobiert worden, wie die Umstellung laufen kann.

Wie von uns befürchtet, stellt sich heraus, dass immer noch vieles nicht funktioniert, an ers-

ter Stelle der Problemliste steht die Essensversorgung der 5- bis 10/11-jährigen Kinder, gleich gefolgt von den unzureichenden personellen Betreuungsmöglichkeiten von „Inklusionskindern“.

Immer noch, fast drei Jahre nach Einführung, benutzen Senatoren und Behördensprecher Beschwichtigungsformeln, z. B.: „...Sicherlich wird in der Anfangsphase noch nicht alles perfekt laufen. Alle Beteiligten müssen sich sehr anstrengen...“ (Zitat aus einem Antwortbrief des Senatoren-Büros der Schulbehörde vom 18.12.2012).

Das GBS-Modell setzt auf die Stärke von Kooperationen zwischen Jugendhilfeträger – in der Regel die ehemaligen Hortbetreiber – und Grundschule. Benannt sind die Institutionen, aber gelebt werden muss die Kooperation von Personen aus diesen beiden Bereichen. Doch was bedeutet Kooperation eigentlich und was setzt sie voraus?

Auszug aus einem Kooperationshandbuch:

4. „Kooperation“ – ein Schlagwort wird mit Leben gefüllt

Eine allgemein anerkannte Definition von Kooperation gibt es nicht, sodass der Begriff in den unterschiedlichsten Disziplinen und Kontexten vielfältig ausgelegt und übersetzt wird. Darüber hinaus gibt es viele Synonyme wie Netzwerk, Koordination oder Allianz. Auch löst der Begriff unterschiedliche Assoziationen aus, wie beispielsweise

das Bild einer Brücke zwischen zwei Polen oder eines Balanceaktes zwischen zwei gegensätzlichen Positionen.

Deshalb versuchen Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen, Soziologen, Politologen, Pädagogen, eine Definition zu finden. So versteht Wössner unter Kooperation ein zielgerichtetes, gemeinsames Handeln zwischen zwei oder mehreren Personen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele.

Diese Definition beinhaltet eine Einigkeit der PartnerInnen über die Ziele, die im Alltag nicht immer gegeben ist. In einer erweiterten Definition von Kardoff fließen Bedingungen einer idealtypischen Kooperation mit ein. Er beschreibt Kooperation als „... eine problembezogene, zeitlich und sachlich abgegrenzte Form der gleichberechtigten, arbeitsteilorganisierten Zusammenarbeit zu festgelegten Bedingungen an einem von allen Beteiligten in einem Aushandlungsprozess konsentierten Ziel mit definierten Zielkriterien.“



Kooperation, die rund läuft

Eine andere Definition findet man bei Findeiß et al., die als Arbeitsbegriff für ihre Studie folgende Definition formulieren: „Eine gute Kooperation ist ein reflexiver Prozess mit einer gemeinsamen Vision, der durch die Vielfalt der einzelnen, gleichberechtigten InteressensvertreterInnen in Bewegung bleibt“.

Sicherlich vermischen sich indirekte und direkte Kooperationsformen. Wichtig ist es zu betonen, dass in der Kooperationspraxis beide Arten der Kooperation zu unterstützen sind. Im Kooperationsalltag fällt darüber hinaus auf, dass der Wunsch nach Kooperation oft dann geäußert wird, wenn zunächst unlösbar scheinende Probleme auftauchen oder es um die Zusammenführung unterschiedlicher Standpunkte und Interessen geht. Die tägliche Praxis zeigt, dass die Definition von und die Erwartungen an Kooperation abhängig sind vom jeweiligen Betrachter. Dies macht für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zunächst eine Begriffs- und Ziel-

bestimmung der KooperationspartnerInnen erforderlich. Damit die Zusammenarbeit in der Praxis erfolgreich ist, müssen vorab zahlreiche Bedingungen geklärt werden. Eine erfolgreiche Kooperation zwischen unterschiedlichen PartnerInnen setzt bestimmte Rahmenbedingungen voraus, beispielsweise zeitliche Ressourcen auf beiden Seiten und verbindliche Regeln. Auch lebt die Kooperation durch persönliche Kontakte, setzt Reflexion der eigenen Zielvorstellungen und Transparenz der Strukturen voraus. Der konkrete Nutzen der Kooperation für alle Beteiligten sollte herausgearbeitet und schriftlich festgehalten werden. In der Kooperation brauchen alle den Mut, über die eigenen Vorurteile und Bedenken hinweg zu schauen und nach gemeinsamen, vielleicht auch mal ungewöhnlichen Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Der Leitfaden ist zwar nicht für Schule und Jugendhilfeträger geschrieben worden, ist aber in weiten Teilen übertragbar. Als für den Kinder- und Jugendhilfebereich Zuständige erreichen uns vielfältige Rückmeldungen. Wir stellen fest, dass an vielen Schulstandorten mit hohem Engagement gearbeitet wird und eine Kooperationspartnerschaft auf „Augenhöhe“ entstanden ist. Aber eben nicht an allen Standorten. Auffällig ist, dass bei den nicht „funktionierenden“ Kooperationen hauptsächlich das Verhalten der Schulleitungen als Störquelle genannt wird, gefolgt von LehrerInnen, die keinen „partnerschaftlichen“ Umgang mit den ErzieherInnen haben wollen. Leider wird die Kooperation von diesen „StörerInnen“ als zusätzliche Arbeitsbelastung empfunden und nicht als willkommene Teilhabe am Ganztagsbetrieb.

Wir gehen davon aus, dass sich in den kommenden zwei Jahren herausstellt, welche Schule tatsächlich die Koopera-

tion lebt, denn im Jahr 2015 läuft die erstvertragliche Bindungsfrist aus und die Kooperationsvereinbarungen können ordentlich gekündigt werden.

Es ist allerdings auch die Erprobungsphase für die Jugendhilfeträger, die bis dann gesichert festgestellt haben werden, ob ihre Betreuungsleistung an den Schulen wirtschaftlich ausreichend von der Stadt finanziert wurde.

Die „innerbetrieblichen“ Störungen sind mit gutem Willen von beiden Institutionen vermeidbar, die Störung durch unzureichende finanzielle und personelle Ressourcen muss von den politisch Verantwortlichen behoben werden. Welche/r ErzieherIn wird sich auf lange Sicht mit einer 20-Stunden-Stelle zufrieden geben? Welche/r LehrerIn wird unter Anwendung des geltenden LAZM das zusätzliche Engagement für die gelingende Kooperation auf lange Sicht beibehalten? Welcher pädagogisch verantwortlich handelnde Mensch wird Inklusionskinder unter den unzureichenden Bedingungen betreuen wollen? Wer nimmt Kindern die Essensportion weg oder hindert sie daran am Essen teilzunehmen, wenn die Eltern den Mittagessenanbieter nicht bezahlt haben?

Es läuft noch nicht alles rund...und solange die verantwortlichen Senatoren Rabe und Scheele hier nicht deutlich nachbessern, wird es auf lange Sicht die Standardreaktion dieser Politiker bleiben.

Fischer, Janet / Litschel, Adela / Meye, Maria Rita / Schlömann, Doris / Theiß, Stephanie / Ueffing, Gabriele: Kooperationshandbuch – ein Leitfaden für Ärzte, Psychotherapeuten und Selbsthilfe. Wissenschaftliche Reihe – Band 58. Köln 2004; S. 37-40.

JENS KASTNER
Sprecher der Fachgruppe
Kinder- und Jugendhilfe, GEW-
Hamburg



Schulen warten auf Hilfe

„An unseren Schulstandorten kommt es zu einer nicht mehr hinreichend bearbeitbaren Kumulation von Problemlagen“, schrieben 16 SchulleiterInnen an die Behördenspitze. Dazu ein Interview mit Kay Stöck, Schulleiter der Stadtteilschule Stübenhofer Weg

hlz: *Kay, ihr sprecht in eurem Papier von einer Kumulation der Problemlagen. Was ist damit gemeint?*

Kay Stöck: Die drücken sich auf vielfältigste Art aus. Das Wichtigste: Es sind Leistungs- und Sprachdefizite, die die Kinder mit in unsere Schule bringen; die sind schon in der Grundschule zu beobachten und wirken fort in der Stadtteilschule. Dann die sozialen und die erzieherischen Defizite. Schwach ausgeprägt sind häufiger auch Neugierde und Lernlust. Dies betrifft einen Teil unserer SchülerInnen, sicherlich einen überdurchschnittlichen Teil. Diese Probleme verschärfen sich nicht, sie waren schon immer verschärft da. Das Interessante ist eher: Warum jetzt unser Brief?

hlz: *Ja, warum?*

K: Das hat natürlich was mit der aktuellen Situationen auf unserer Insel zu tun. Das Projekt „Bildungsoffensive“ läuft derzeit im fünften Jahr. Es ist installiert worden, um die Bildungsangebote attraktiver zu machen. Da ist Gutes entwickelt und aufgebaut worden. Nicht klar ist, wie das weiter finanziert wird, speziell die Netzwerkkoordinationen. Das Ziel der „Bildungsoffensive“ bleibt aber: Der Stadtteil soll attraktiver gemacht werden.

Das Zweite ist: wir treffen uns auf der Elbinsel regelmäßig im SchulleiterInnenkreis, schon seit Jahren – das ist eine altegediente Institution, die es in der

Form, glaube ich, in Hamburg sonst nicht gibt. Ich kann empfehlen, so etwas einmal im eigenen Stadtteil auszuprobieren. Diese Treffen legten eine Basis. Wir entwickelten ein gegenseitiges Vertrauen und legten unsere schuleigenen Daten zusammen, alle waren damit einverstanden. Dann erhielten wir im Rahmen der „Bildungsoffensive“ von Herrn Vieluf eine Interpretation dieser Daten. Da wurde vollkommen klar, dass sich zwei Seiten gegenüberstehen, einmal die Lernleistung unserer SchülerInnen, Lernausgang wie Lernstand und auf der anderen Seite dieses ambitionierte Projekt. Ein Ergebnis war das, was dann auch in den Brief aufgenommen wurde. Das ist die Geschichte unserer „Bildungsoffensive“. Dann ergab sich die Frage: Was machen wir jetzt damit? Uns war vollkommen klar: wenn wir das so veröffentlichen, dann gibt es ein riesen Rauschen, auch seitens der Eltern und natürlich deren Frage: Was für Schulen haben wir in Wilhelmsburg? Damit wollten wir vorsichtig umgehen und deshalb haben wir uns entschieden, erst einmal einen Brief an den Senator über den Dienstweg zu schreiben. Der Verteiler war eigentlich ziemlich eng begrenzt. Wir haben von vornherein gesagt: die Kolleginnen und Kollegen aller Schulen werden mit einbezogen. Dadurch wurde der Bekanntheitsgrad des Briefes vergrößert. Wie der Brief an die Öffentlichkeit gekommen ist, ist unklar

hlz: *Der Senat spricht von einer umfassenden Bildungsoffensive. Hat das noch keine positiven Auswirkungen?*

K: Nein, noch nicht, kann es auch noch nicht haben, weil diese Bildungsoffensive ja eher strategisch, langfristig angelegt ist. Es sollen Lernlandschaften entwickelt, Netzwerke geknüpft werden, viele pointierte Projekte, wie ein Sprach- und Bewegungszentrum, das Media-Dock und der Schwerpunkt Produktionsorientierung/ ‚praktisches Lernen‘. Die müssen erst einmal wirken, in die Fläche gehen. Darüber habe ich mich auch immer wieder mit der Koordinierungsstelle gestritten. Ich betonte ständig: neben dem strategischen Blick muss die operative Ebene ebenfalls beachtet werden. Die fehlt, deshalb haben wir ja auch in dem Brief geschrieben: „die Bildungsoffensive hat einfach keine Bodenhaftung bekommen“, bis heute nicht. Daran müssen wir arbeiten. Aber: In die Schule müssen sie alle, da haben wir sie alle, da sehen wir sie alle. Wir müssen um die Schulen herum Netzwerke bauen. Die Schule ist natürlich nicht das Maß aller Dinge, aber eine gewichtige Einrichtung. Es geht eher darum, miteinander vernünftig und wertschätzend umzugehen. Darum bemühen sich alle.

hlz: *Die Behördenspitze hatte mit euch über den Brief schon gesprochen...*

K: Die Behördenspitze und

der Senator sind dann gekommen – wenn auch vielleicht unter öffentlichem Druck. Mein Eindruck war, dass sie die Sitzung sehr nachdenklich verlassen haben. Es ist ihre Welt, mit Zahlen zu operieren und zu sagen: „Guckt mal, was wir investiert haben.“ Und die andere Welt ist: Was läuft wirklich konkret im Klassenraum? Da gibt es zwei unterschiedliche Sichtweisen.

hlz: *Aber noch mal zum Stadtteil Wilhelmsburg. Wenn man der hamburgischen Presse glaubt, dann ist der ja ‚in‘. Da ist schon von Gentrifizierung die Rede. Das müsste eigentlich auch bildungsnähere Menschen angezogen haben. Bildet sich das denn gar nicht ab in eurer SchülerInnenenschaft?*

K: Zurzeit ist das so nicht erkennbar. Ich glaube, eine Veränderung wird erst in den nächsten drei, vier Jahren sichtbar, nach der IBA. Die Neubauten stehen und diese Elbinsel ist ja in der Tat attraktiv, so dicht an der Stadt. Dieser Stadtteil wird bald nicht wiederzuerkennen sein. Das geht dann aber an Kirchdorf-Süd vorbei und wahrscheinlich auch an der Veddel. Aber die Schulen im Umkreis der Neubauten im Reiherstieg und die Entwicklung um den S-Bahnhof, die werden in den nächsten Jahren eine Veränderung erfahren. Für mich ist aber vollkommen klar, den Anspruch, Schule für die Elbinseln zu sein, für den gewachsenen Bevölkerungsteil zu sein, nicht aufzugeben.

hlz: *Anfangs sprachen wir über Kumulation der Probleme. Welchen Stellenwert hat Inklusion?*

K: Herausforderungen sind zwar positiv, aber die „Inklusion“ ist gewissermaßen der Tropfen gewesen. Wenn ich sehe, was wir an sogenannter systemischer Zuweisung bekommen haben,

bedeutet das für die vier SchülerInnen, die wir je in einer Klasse haben, sieben Stunden Doppelbesetzung. Dabei vergisst man die KollegInnen, die mit diesen Kindern noch nicht gearbeitet haben. Die haben keine Zeit gehabt sich vorzubereiten. Es ist gut für die SchülerInnen in einer sogenannten normalen Schule. Aber es ist eben bis jetzt auch nur eine Teilinklusion.

hlz: *Wir haben zusammen mit den SonderpädagogInnen schon sehr oft darauf hingewiesen, dass die Inklusion sich zu einem echten Problem auswachsen wird.*

K: Ja, die Ressourcenzuweisungen sind auch entscheidend, nicht nur Engagement. Unsere SchülerInnen haben nicht ausreichend viele lernstarke MitschülerInnen, VorbildschülerInnen. Das haben wir in unserem Brief auch geschrieben.

hlz: *Und deswegen die Forderung am Ende des Papiers?*

K: Ja. Für diese SchülerInnen muss nachgebessert werden. Erste Abschlüsse, gar zweite Abschlüsse können diese Kinder heute nicht erreichen. Für mich ist das zurzeit eine ehrenwerte Aufbewahrung. Mit allen meinen KollegInnen, mit den SonderpädagogInnen und SozialpädagogInnen bemühen wir uns ... Unsere Kräfte reichen leider hinten und vorne nicht für diese emotional und sozial auffälligen Kinder.

Wir brauchen auch gar nicht weiter zu diagnostizieren, wir nehmen wahr und müssen handeln. Meine Schule kommt aus dem selektiven System, Grund-/Haupt- und Realschule, das heißt, die KollegInnen haben dieses selektive Schulsystem erfahren, diese Kultur mit aufgebaut und jetzt müssen sie alles umdrehen. Das ist eine Herausforderung und das von heute auf



Kay Stöck: „Ich glaube, eine Veränderung wird erst in den nächsten drei, vier Jahren sichtbar, nach der IBA.“

morgen zu leisten, halte ich unter diesen Rahmenbedingungen für unmöglich.

hlz: *Wird es denn überhaupt KollegInnen geben, die diese ehrenvolle, dankbare Aufgabe übernehmen wollen?*

K: Zurzeit habe ich die Stellen, die ich besetzen durfte, besetzt. Die SonderpädagogInnen fühlen sich bei uns wohl. Ich habe das Gefühl, die machen einen Schritt in die richtige Richtung, nämlich mit den RegelschullehrerInnen zusammenzuarbeiten und das bringt ihnen auch viel Spaß. Aber solange wir eine Teilinklusion haben, hat das nichts mit dem zu tun, was in den Papieren der Behörde steht.

hlz: *Welche Ansprüche stellt du an das neue regionale Bildungszentrum (ReBBZ)?*

K: Dazu kann ich überhaupt noch nichts sagen. Ich weiß noch nicht, wie das aussehen soll, wie es strukturiert ist. Das, was mir im Kopf hängen geblieben ist, sind die temporären Lerngruppen, die die Lernenden auffangen sollen, die sehr auffällig sind. Das halte ich für Quatsch. Das ist die Aufgabe unserer Schule. Wir bauen gerade Lerngruppen oder Angebote für SchülerInnen auf, die schulmüde sind, die nicht in die Schule kommen, die leistungsfrustriert und sehr verhaltensauffällig sind. Das entwickeln wir den unseren SozialpädagogInnen. Das Ziel ist die Integration in die Klassenverbände, auch für die Sinti-Kinder, die unregelmäßig in die Schule kommen.

Leider haben wir für all diese Aufgaben keine extra Ressource. Spezielle Angebote finanzieren wir aus den Mitteln, die wir irgendwo hernehmen müssen.



Wie wär's denn mal mit einem SchülerInnenaustausch zwischen Wilhelmsburg und Blankenese?

Dann leidet eine andere Gruppe.

hlz: *Wenn ich euer Papier richtig lese, dann ist euer Problem ein strukturelles, dass ihr eben auch aufgrund dieses hohen MigrantInnenanteils, mit einem großen Anteil bildungsferner Eltern, die bildungspolitischen Ansprüche gar nicht einlösen könnt. In den USA hat man in den 1960-iger Jahren das sogenannte ‚busing‘ gemacht. Wie wäre es denn, wenn ihr eure Kinder mit dem Bus nach Blankenese fährt und umgekehrt, also einen SchülerInnenaustausch organisiert?*

K: Das ist eine schöne Idee und ich glaube, es ist eine Anekdote wert, aber mehr nicht. Wir sollten vorsichtig sein, wenn wir sagen: hoher Migrationsanteil. Ja, wir haben sicher 80 bis 90 Prozent Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in den Schulen, nicht im Stadtteil. Wir sind die Schulen für diese SchülerInnen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist aber, dass sie für den Unterricht ein Mehr Ressourcen brauchen, an Zeit, um die Defizite aufzuholen. Da brauchen wir Unterstützung. Auch das Entrümpeln von Bildungsthemen in den Jahrgängen 5, 6 und 7 ist notwendig. Wir sollten z.B. unterschiedlichste Formen von Theater, kreatives und praktisches Lernen anbieten. Deutsch und Mathematik sollen diese SchülerInnen auf die Reihe bekommen. Hier müssen sie den Anschluss finden. Heute frustrieren wir sie von der ersten bis zur letzten Stunde. Eine Schule in Wilhelmsburg darf nicht gemessen werden an anderen Schulen, z. B. an einer in Blankenese. Hier bei uns liegen unsere Schätze! Das sind keine weniger intelligenten Kinder, sondern das sind verdammt nette, liebenswerte und zauberhafte Kinder. Es handelt sich also um eine Veränderung von Unterricht und auch von Unterrichtsstrukturen. Das machen wir gerade.

Da ist die Klasse ein wichtiger Bezugspunkt, die Beziehungsarbeit der LehrerInnen und deren Zusammenarbeit. Wenn wir es allein hinkriegten, mit den SchülerInnen spontan Dinge zu tun, die uns bisher durch die Fächeraufteilung verwehrt waren, wären wir ein ganzes Stück weiter. Warum soll ich bis zur 9. Klasse Jugendliche frustrieren? Sie bekommen keinen Abschluss und in der Berufsschule muss dann teuer nachgesteuert werden. Warum fangen wir mit der Idee der Produktorientierung, der Produktionsorientierung, des praktischen Lernens nicht an, können Zertifikate geben, die eine Qualität haben, die auch in der Arbeitswelt Bedeutung hat, mit der sie eine Qualifikation nachweisen können? Heute müssen sie erst einmal viele Jahre durch den Schlauch und sagen dann: Danke, das war's. Hier brauche ich Unterstützung! Einen ersten Abschluss sollte man für die Arbeit in einer Werkstatt, für die praktische Präsentation der Arbeit bekommen. Dann werden Deutsch, Mathe und Englisch geprüft. Die anderen Fächer – meine Güte, wir sprechen vom lebenslangen Lernen – die kann man später nachholen, da muss Schule nicht in den ersten Jahren alles erarbeiten.

Meine Erfahrung ist: wenn SchülerInnen erst einmal für sich eine Basis gefunden haben, dann geht es später spielend leicht weiter. Also noch mal: Diese SchülerInnen sind normal intelligent, sie holen alles nach, wenn wir ihnen die Chance geben können. Das ist zurzeit so nicht möglich.

hlz: *Habe ich dich richtig verstanden: Du möchtest eigentlich eine Schule, die sich löst von dem gängigen System?*

K: Ich persönlich ja.

hlz: *Gibt es für dich ein Modell oder eine Vorbildschule, in*

der das schon verwirklicht worden ist?

K: Nein, ich habe keine konkrete Schule vor Augen.

hlz: Die Rütli-Schule in Berlin ist kein Modell für dich?

K: Dort wurden zuerst viele Klassen doppelt besetzt. In einigen Fällen ist es richtig, wenn zwei Professionen zusammenarbeiten. Aber immer zu zweit in die Klassen zu gehen - ich bin mir nicht sicher, ob das immer richtig ist. Ich habe auch im Team unterrichtet. Das ist sicherlich in bestimmten Situationen notwendig, aber es gibt auch Grenzen. Ich glaube, wir müssen uns davon frei machen, andere Systeme nur zu adaptieren. Wir müssen die Teile herausbrechen, die für unsere Schule passen.

In der Produktionsschule werden die SchülerInnen extern geprüft, in Deutsch, Mathe, Englisch, dazu gibt es die praktische Prüfung. Warum machen wir das nicht auch? An diesen Regelungen muss gearbeitet werden. Wir sollten die SchülerInnen aus ihrem erlebten Trott herausholen, soweit das mit ihnen möglich ist.

hlz: Um das machen zu können, was brauchst du dazu?

K: Ich brauche dazu LehrerInnen, die ein anderes Rollenverständnis haben. Über dieses Thema redet kaum einer in der Schule. Was bedeutet das für den Personalstand an der Schule? Ich brauche mehr Trainer, mehr Künstler. Ich habe zum Beispiel einen Fußballtrainer, der hat alle Lizenzen. Ich glaube, der kann sogar einen Bundesligavererein trainieren. Was der mit den SchülerInnen anstellt, wie die laufen, wie die taktisch ansprechbar sind, das ist toll. Die hören zu und setzen das Gehörte um. Da frage ich mich doch: wenn diese Kompetenz vorhanden ist, warum macht der das

nicht auch im Fach Englisch, in Deutsch? Ich brauche LehrerInnen, die didaktisch hervorragend ausgebildet sind. Die müssen sich mit unserer Klientel identifizieren, gestandene Spezialisten. Wir brauchen Lobbyisten für unsere Kinder.

hlz: Das heißt, du musst eigentlich mit deiner Schule raus aus der Struktur des bisherigen Schulsystems.

K: Ja, so würde ich das sagen. Man kann auch drin bleiben, wenn diese andere Schule Teil des Systems sein kann. Ich spreche das auf Lehrerkonferenzen und pädagogischen Jahrestagungen immer wieder an und ich merke, dass ich viel Zuspruch erhalte. Aber es gibt auch viele Ängste, das FachlehrerInnenendenken ist einfach noch dominant. Das ist natürlich kein Vorwurf!

Ich habe gerade nur von einem Teil meiner SchülerInnen gesprochen. Einem anderen Teil tut dieses fächerorientierte System gut, die haben keine Probleme. Etwa 20 bis 25 gehen in die Oberstufe. Die machen das dort gut. Ich habe Schüler, die arbeiten in Projekten, in denen sie mit computergesteuerten Maschinen Karosserien fräsen, die dann auf Rennstrecken gesetzt werden. Diese Schüler haben wir selbstverständlich auch. Vorhin sprach ich von dem Teil, den wir durch den Fächerkanon zwingen. Das macht für diese SchülerInnen keinen Sinn. Und das sind, so schätze ich, bei uns in Wilhelmsburg um die 30 bis 40 Prozent. Um genau diese SchülerInnen in Praxisklassen zu unterrichten, brauchen wir Ressourcen, dazu brauchen wir LehrerInnen, die das mitmachen möchten. Die SchülerInnen, die bei uns z.B. in Schulmannschaften spielen, haben einen anderen Blick auf alle Schulfächer. Genau das sollte genutzt werden.



Wolfgang Svensson: „Kommt es zum Rütli-Schwur in Wilhelmsburg?“

hlz: Ihr braucht aber auch eine Behörde, die mitzieht. Hast du Hoffnung, dass sich dort etwas bewegt?

K: Ja. Ich habe das Gefühl nach ersten Gesprächen, dass sich etwas anbahnen kann. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass sie sagen: wir begleiten das, wir unterstützen das. Nur: dazu brauche ich Leute, die das machen möchten. Wie kommen welche Leute an welche Schulen?

hlz: Das war ein tolles Schlusswort. Wir wünschen dir, dass du für deine Ideen viele MitstreiterInnen findest und dass du von der Behörde nicht enttäuscht wirst. Wir danken für das Gespräch.

Für die hlz führten das Gespräch
JOACHIM GEFFERS und
WOLFGANG SVENSSON
Die Fotos machte STEFAN GIERLICH

Das deutsche Schulsystem

Umbrüche, Stagnationen, Herausforderungen

Theorie & Praxis im Dialog

Freitag, 22. März 2013
9:30 bis 18:00 Uhr

Zu unserer Tagung am 22. März 2013 laden wir Sie herzlich ein.

Selten genug blicken Theorie und Praxis gemeinsam auf die Entwicklung von Schule und Unterricht. Ein Ziel der Tagung ist es deshalb, Möglichkeiten zu bieten, diesen Dialog zu intensivieren. Dafür werden vier aktuelle Spannungsfelder von Referentinnen und Referenten aus dem gesamten deutschsprachigen Raum aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Prof. Dr. Angelika Paseka und
Prof. Dr. Dagmar Killus, Professorinnen am Fachbereich Erziehungswissenschaft 2, Arbeitsbereich Schulpädagogik/Schulforschung, Uni Hamburg
Prof. Dr. Josef Keuffer, Direktor des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung

Organisatorische Hinweise

Zielgruppe

Die Tagung richtet sich an Forschende und Studierende im Bereich Schulpädagogik und Erziehungswissenschaft, an Lehrerinnen und Lehrer, an Schulleitungsmitglieder, an Fortbildner und Schulberater sowie an Entscheidungsträger der Schulverwaltung und Politik.

Ort der Veranstaltung

Universität Hamburg
Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft
Arbeitsbereich Schulpädagogik/Schulforschung
Von-Melle-Park 8
20146 Hamburg

Informationen zur Tagung

Weitere Informationen erhalten Sie unter
■ www.epb.uni-hamburg.de/de/TagungSchulsystem2013
Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Veranstalterinnen unter:
■ TagungSchulsystem2013@uni-hamburg.de

Die Tagung wird ausgerichtet vom Arbeitsbereich Schulpädagogik/Schulforschung der Universität Hamburg in Kooperation mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung.

Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung bei der Kurt und Käthe Klinger-Stiftung und der GEW-Hamburg.



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG



Anmeldung

Bitte melden Sie sich für die Tagung per Formular auf der Homepage an unter:

- www.epb.uni-hamburg.de/de/TagungSchulsystem2013

Die Tagungsgebühr beträgt bei der Teilnahme am Gesamtprogramm inklusive Abendessen 30,- € (ermäßigt 15,- €), bzw. bei der Teilnahme am Gesamtprogramm ohne Abendessen 20,- € (ermäßigt 10,- €). Die Ermäßigung gilt für Studierende sowie Referendarinnen und Referendare.

Anmeldeschluss ist der 1. März 2013.

Essen und Trinken

In den Kaffeepausen stellen wir Ihnen einen kleinen Imbiss zur Verfügung. Die Teilnahme am gemeinsamen Abendessen im Anschluss an die Tagung ist in der Tagungsgebühr von 30,- € (ermäßigt 15,- €) enthalten. Das Abendessen findet in den Räumen der GEW-Hamburg statt:

- Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg.



Die richtige Balance finden

Bei allem Wandel pädagogischer Moden: auf die Beziehung zu den SchülerInnen kommt es an – und die verträgt keine starren pädagogischen Glaubenssätze

Vorweg: Viele Begriffe bleiben in diesem Artikel allgemein und unscharf. Eine Vertiefung würde den Rahmen sprengen.

1968 begann ich mein Studium der Psychologie und Pädagogik in HH. Drei wissenschaftliche Arbeiten hatte ich im Verlauf des Studiums zu schreiben. Dazu wurden drei bis zu 9 Monate dauernde aufeinander aufbauende Unterrichtsversuche durchgeführt: 1. Päd. Staatsexamen in HH, 2. Staatsexamen nach „Junglehrerzeit“ in West-Berlin, zuletzt die Diplomarbeit Psychologie in HH. Die z.T. aufwändigen statistischen Auswertungen mit Faktorenanalyse, Varianzanalyse, Ratingverfahren, Protokollen sollten – klar doch! – die Überlegenheit eines schülerorientierten (bravo!) Leiterverhaltens gegenüber einem lehrerzentrierten (pfui!) Leiterverhaltens untermauern: SchülerInnen lernen „besser“, wenn sie unmittelbar am Inhalt interessiert sind, als wenn sie primär für die Zensur oder „für den Lehrer“ lernen. Der Interessensfokus vieler Fragestellungen jener Zeit zur Unterrichtsforschung lag – wie bei mir - nicht darin, wie Schüler nachhaltiger und effektiver lernen können, sondern darin, ob bzw. wie sie mehr hin zu einer autarken, herrschaftskritischen demokratischen Person und weg von einer Person mit autoritären Persönlichkeitsstrukturen (Adorno: „Autoritäre Persönlichkeit“) in der Schule erzogen werden können. Vielleicht erinnern sich noch einige LeserInnen an

den Lehrfilm „Eine Erdkunde-stunde“, in der Prof. R. Tausch modellhaft eine demokratische Unterrichtsstunde nach seinen Vorstellungen durchführt oder an den TV-Dokufilm 1969 „Erziehung zum Ungehorsam“ (Autor G. Bott)?

Wie schrecklich: Die Ergebnisse der Unterrichtsversuche entsprachen nicht den erwarteten und gewünschten Hypothesen, lagen quer zum pädagogisch-psychologischen mainstream bezüglich demokratischer und auf intrinsische Motivation aufbauender Unterrichtsmethodik und stürzten mich schließlich 1976 selbst in eine fachliche wie emotionale Krise. Die Hauptergebnisse wollte ich in der Zeitschrift „Gruppendynamik“ zur Diskussion stellen – die Zeitschrift lehnte ab. Vermutlich, weil es noch nicht in die Zeit passte. Erst 11 Jahre später wurden sie a.a.O veröffentlicht (Neumann: Verlag Peter Lang Bern).

Einige Fragen, die sich mir aus den Unterrichtsversuchen differenzierend stellten:

- Kann es sein, dass sogar innerhalb einer Klasse der eine Teil der Lernenden – z.B die oberen 50% bezüglich gemessener Testintelligenz – mehr von einem Unterricht profitiert, in dem der/die LehrerIn mehr ein „Arrangeur“ der Begegnung des/der SchülerIn mit dem Inhalt ist – während der andere Teil mehr von einem lehrerzentriert strukturierten Unterricht profitiert? Verallgemeinert: Bestehen innerhalb einer Klassenge-

meinschaft Wechselwirkungen zwischen einem sich als optimal erweisenden Unterrichtsstils – schülerorientiert versus lehrerzentriert – einerseits und Schülerfaktoren – Schülerpersönlichkeit/familiäre Herkunft/gemessene Testintelligenz – andererseits? Zwischenergebnisse in dieser Richtung konnten zeitnah noch 1972 (suhkamp, Hrsg. K. Horn) veröffentlicht werden.

- Muss man im Auge behalten, dass sich bei konsequenter neuer LehrerInnenrolle die Schere zwischen den Profiteuren dieses Stils und dem Rest –mehr und mehr die Looser – in der Klasse erweitert?
- Muss ich – evtl. bei jüngeren SchülerInnen noch mehr als bei älteren – als Lehrer davon ausgehen, dass ihr „Beziehungshunger“ zum Lehrer und zu den MitschülerInnen erst einmal größer als ihr „Sachlernhunger“ ist? Erst wenn in einer 1. Phase dieser Beziehungshunger in einem gewissen Maß zu seinem Recht gekommen ist, kann sich verstärkt Energie, Neugier, Lust unmittelbar auf den Inhalt entfalten (primäre Motivation). Es klingt paradox: Damit der/die Lernende selbständig sachorientiert lernen kann, muss ich zu ihm/ihr erst einmal eine Beziehung aufbauen, was zu Beginn eine verstärkte Abhängigkeit des/der SchülerIn von mir zur Folge hat.



• Kommen Kinder, die bezüglich emotionaler familiärer Zuwendung benachteiligt sind, mit einem entsprechend größeren Beziehungshunger in die Schule und bedürfen enger und länger einer Lehrerbeziehung? Für sie gilt ganz besonders „it's the teacher“. So war zumindest meine Praxiserfahrung in fast 4 Jahrzehnten Arbeit mit verhaltensauffälligen SchülerInnen an einer Sonderschule für Verhaltensgestörte und danach in Rebus. Auch bei der Förderung von ADHS-Kindern hat der Be-

ziehungsfaktor zum Lehrer dominante Bedeutung.

• „Beziehung zum Schüler herstellen“ ist anstrengend und fordert beim Lehrer zeitliche und emotionale Ressourcen. Das können auch Herausforderungen, Kämpfe, gegenseitige Verletzungen sein – und gerade dann standhalten, Kontakt halten und dadurch das Kind zumindest halb bewusst erleben lassen: Ich bin dem/der LehrerIn wichtig! Auch so entstehen lernfördernde Beziehungen.

Für mich sind die obigen Ausführungen pädagogische Grund-

fragen, die mich während meiner gesamten Zeit in meinem Tun als Schulpsychologe einem thematischen Perpetuum Mobile gleich beschäftigten.

Mögen wir als LehrerInnen die Balance erreichen, einerseits im Schulalltag individuell eine klare Linie zu finden, die wir authentisch umsetzen, andererseits weiterhin fragend diese stets als vorläufig anzusehen und neugierig zu bleiben für weitere Erkenntnisse und persönliche Weiterentwicklung!

RUDOLF ABRAMS
Ruheständler

REFORMPÄDAGOGIK

Sich erinnern und das Drehbuch weiterschreiben

Die jüngsten Debatten um Reformpädagogik sollten die unterschiedlichen Motive der am Reformprozess Beteiligten nicht unterschlagen

Da waren wir an einer Scheidelinie angekommen. Max, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HU-Berlin und unser derzeitiger Redaktionsassistent, ist ein mutiger Streiter gegen die Weisheiten seiner 68-iger-Elterngeneration. Warum, so eine seiner zentralen Einlassungen im Zusammenhang mit unseren letzten Veröffentlichungen in Sachen Reformpädagogik, müssten wir das Mantra der Verschwörung in Hinblick auf die Einflussnahme nicht unbedeutender Unternehmen, allen voran Bertelsmann, vor uns hertragen. Und wenn auch die Orientierung selbiger Unternehmen auf den Profit kritikwürdig sei, so bleibe doch die

Frage, warum immer wieder die faschistische Vergangenheit dieser Unternehmen herangezogen werden müsse, um ihr heutiges Wirken zu diskreditieren. (s. hlz 12/2002, S. 36, aber auch LeserInnenbrief in dieser Ausgabe S.6)

Die abendliche Diskussion auf unserer Klausurtagung um diesen Punkt spitzte sich zu. Ich führte Max Horkheimer an: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Damit richtete er sich an alle bürgerlichen Kritiker des Faschismus, die nicht wahrhaben wollten, dass es sich bei der Nazi-Diktatur um eine Variante der Herrschaftsform des

Kapitals handelte; eben jener, zu der die Bourgeoisie greift, wenn sie sich als Klasse dem Untergang geweiht sieht, das System also in seinen Grundfesten gefährdet ist. Dass dies der Fall war, weiß jeder, der sich mit der Macht,ergreifung‘ der Nazis näher beschäftigt hat. Dabei spielt m.E. die Finanzierung der NSdAP durch bestimmte Kreise der Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Entscheidend ist und bleibt, dass auch nach der Machtübernahme durch die Nazis das kapitalistische System weiter Bestand hatte und die Mehrheit der einflussreichen Kreise der Wirtschaft ganz auf die aggressive Politik der Nazis

setzte, nicht zuletzt, weil man sich großen wirtschaftlichen Vorteil davon versprach. Dies ging weit über die Rüstungsindustrie hinaus, weil die Umstellung auf die Kriegsproduktion fast alle Bereiche der Wirtschaft berührte. Und auch an der vorgenommenen Gleichschaltung wurde, da sie in privatwirtschaftlicher Trägerschaft durchgeführt wurde, ordentlich verdient, wenn man bereit war, auf der ideologischen Klaviatur der Nazis zu spielen. Die Verstrickung von Bertelsmann mit den Nazis steht hierfür stellvertretend, war doch der heute mächtigste Medienkonzern der Welt (!) keineswegs ein unbedeutender ‚Partner‘ der Nazis (s. hlz 10-11/12, S. 38).

Soweit ist die Geschichte bekannt und weitgehend anerkannt. Auch dass dies Bekanntwerden viele Jahre gedauert hat und allgemein als das Verdienst der 68-iger-Generation gesehen wird, gilt heute als Gemeinplatz. Diejenigen unter uns, die jahrzehntelang hierfür gestritten haben, kennen aber auch den Widerstand, den die Tätergeneration entwickelt hatte: Das „Mal müsse man doch damit aufhören...mal Schluss sein“, klingt immer noch nach. Das vergisst man nicht so schnell.

Ist also das ständige ‚Nachkarten‘ gegenüber Bertelsmann & Co vielleicht doch nur aus dieser Erfahrung heraus zu verstehen? Warum, so Max als Vertreter der jungen, politisch bewussten Generation, kann man nicht anerkennen, dass die benannten Kräfte heute eine andere Rolle spielen? Allein die Tatsache, dass hinter dem Engagement letztendlich das Motiv stehe, Profit machen zu wollen oder (systemimmanent) machen zu müssen, gebe nicht genug her, um diese Kräfte per se als fort-

schrittsfeindlich zu geißeln.

Dem ist auf der Erscheinungsebene nur wenig entgegenzusetzen. Wer kennt sie nicht, die Hochglanzbroschüren, die nur so vom Fortschrittsgeist strotzen? Wer hat nicht von den zahlrei-

Max Horkheimer: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“

chen Tagungen gehört oder auch an ihnen teilgenommen, die von der Wirtschaft (mit-)finanziert werden? Längst gibt es Arbeitskreise bis in die staatlichen LehrerInnenfortbildungsinstitute hinein, in denen das Verhältnis Schule/Wirtschaft in einer Weise affirmativ traktiert wird, wie dies vor ein paar Jahren noch undenkbar schien. Kritische Inhalte werden zurückgedrängt oder eliminiert. Dies geschieht keineswegs verdeckt, sondern schmückt sich bspw. mit dem Label ‚Initiative Soziale Marktwirtschaft‘, die, finanziert von Arbeitgeberverbänden, sich ganz offen auf die Fahnen geschrieben hat, den kritischen Geist aus Schulen und Redaktionen zu vertreiben. Die Hegemonie in der Meinungsbildung müsse zurückerobert werden, so das erklärte Ziel der Initiatoren.

Dass die Reformpädagogik vom Ansatz her eine offene Flanke in Bezug auf die Einflussnahme seitens der Wirtschaft bietet, hängt mit ihrer Genese zusammen. Gleich ob Freinet, Montessori - die Steinersche Pädagogik einmal ausgenommen, weil selbst mit einem ideologischen Überbau versehen - oder die zahlreichen Ansätze, die sich in den letzten Jahrzehnten

herausgebildet haben: sie positionieren sich immer *neben* der Systemfrage. Die zentrale Frage, um die sich alles dreht: Wie kann der Mensch auf eine Welt vorbereitet werden, in der nicht die Mühsal der Reproduktion im Vordergrund steht, sondern der/die aufgeklärte BürgerIn sich ein Lebensumfeld schafft, in dem sie/er als Individuum in der Lage ist, die eigenen Geschicke selbst zu bestimmen? Die Prosa des jüngst verabschiedeten ‚Orientierungsrahmen Schule‘ der BSB mag hier als beredtes Beispiel dienen. (s. hlz 11/12-2012, S. 14)

Nun war Schule nie ein herrschaftsfreier Raum. Primär hatte und hat sie immer die Aufgabe, die SchülerInnen auf eine Lebenswirklichkeit vorzubereiten, in der sie Objekt der Ausbeutung sind, sorry, heute heißt es: in der sie den Anforderungen des Beschäftigungssystems genügen. Was früher nur mit Drill zu erreichen war, nämlich, dass der Mensch sich mit mehr oder weniger Zwang einer Arbeitsdisziplin unterordnet, die das Maschinensystem erforderte, wird in der modernen Arbeitswelt durch Tugenden wie Flexibilität und Kommunikation ersetzt, durch die sich die Menschen scheinbar freiwillig dem Zwang einer fremdbestimmten Arbeit unterwerfen. Dass es hierzu anderer Lehr- und Lernformen bedarf, liegt auf der Hand. Die Reformpädagogik liefert hier sicherlich den richtigen Beitrag, richtig – sieht man von bestimmten Auswüchsen einmal ab – auch im Sinne von mehr Menschlichkeit in einer nach wie vor durch Entfremdung und Fremdbestimmung geprägten Arbeitswelt.

Denn, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: dass der Mensch nicht mehr so wie früher einer äußeren Autorität



ausgesetzt ist, begreife ich als Fortschritt. Dies zu erreichen war und ist – davon bin ich überzeugt – der Hintergrund für das Engagement der allermeisten KollegInnen, die sich auf den Weg gemacht haben, die Kinder und Jugendlichen ein Stückweit aus äußeren Zwängen zu befrei-

Was früher nur mit Drill zu erreichen war, wird in der modernen Arbeitswelt durch Tugenden wie Flexibilität und Kommunikation ersetzt

en. Untertanengeist sollte einem kritisch-emanzipatorischen Geist weichen. Wem dies auch nur ein wenig gelungen ist, sollte dies als Erfolg ansehen.

Zur Herausbildung solch eines aufgeklärten Geistes gehört aber auch das Erkennen von gesellschaftlichen Strukturen und das Verorten der eigenen Person in

einer von Macht und Interessen geleiteten Gesellschaft. Dahinter verbirgt sich die Notwendigkeit einer Entscheidung für den einzelnen: Auf welcher Seite stehe ich? So direkt hört man es zwar nur noch selten, aber ohne diese Entscheidung bleibt Handeln beliebig und um so mehr manipulierbar.

Handeln als bewusster Vorgang setzt aber ein Denken voraus, das sich seiner Konsequenzen bewusst ist. Dazu braucht es einen festen Stand. Diesen zu haben, bedarf es Wurzeln, die man spüren kann, wenn man sich bewusst ist, dass das Hier- und Jetzt-Sein das Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses darstellt. Wir sind das Produkt unserer Vorfahren, versuche ich meinen SchülerInnen mit auf den Weg zu geben. Das bedeutet: ohne die Beschäftigung mit unserer Geschichte, sei es auf die Familie oder die Gesellschaft bezogen, keine Selbsterkenntnis. Zu dieser wiederum gehört, dass

es sich bei dem geschichtlichen Prozess um eine Aneinanderreihung von Momentaufnahmen handelt und wir somit aufgerufen sind, darauf Einfluss zu nehmen, wie der ‚Film‘ weiterläuft. Wenn der Satz stimmt: Das einzige, was bleibt, ist die Veränderung, impliziert dies einen Auftrag zum Handeln, das naturgemäß auch immer ein Scheitern mit einschließt. Sich auf die Position des Beobachters/der Beobachterin zurückzuziehen, schafft lediglich eine scheinbare Sicherheit, gibt sie doch den Kräften, deren Handeln gegen die eigenen Interessen gerichtet sind, umso mehr Auftrieb.

Es gibt kein nicht-interessengeleitetes Handeln. Um dies deutlich zu machen, ist es m.E. nicht nur legitim, sondern notwendig, bspw. das Wirken des Bertelmann-Konzernes auch im Faschismus zu dokumentieren. Oder um im obigen Bild zu bleiben: Wie sollte jemand ein Drehbuch weiterschreiben können, wenn er/sie die (Vor-)Geschichte nicht kennt? Den Bogen zur Gegenwart kann man leicht schlagen, wenn man weiß, dass dieser Konzern mit 90 % Beteiligung quasi der Eigner von RTL ist, jener Sozialisationsagentur, die das Gegenteil dessen produziert, was wir wollen: Den Konsumjunkie, der darauf abgerichtet wird, sich diesem System zu unterwerfen.

Es bedarf vielleicht nicht immer so kerniger Worte wie der von Brecht: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Aber ohne die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte bliebe die gegenwärtige Diskussion um den Reformprozess blass. (Vielleicht sollte man an dieser Stelle einmal anmerken, dass auch die Nazis vielen Elementen der Reformpädagog-



Das kann doch nicht alles gewesen sein...

gik gegenüber durchaus aufgeschlossenen waren.)

Reformpädagogik ist daher nicht gut oder schlecht, sondern das eine oder das andere, je nachdem, wie Form und Inhalt korrespondieren und abhängig davon, wie es gelingt, den Kindern und Jugendlichen etwas mit auf den Weg zu geben, das sie befähigt, an solcher gesellschaftlichen Entwicklung teilzunehmen, die mehr von Solidarität und Gerechtigkeit geprägt ist als von Konkurrenz, gleich ob in materieller oder kultureller Hinsicht.

Insofern wünschte ich mir eine stärkere Ausrichtung darauf

und Diskussion darüber, was inhaltlich in der Schule vermittelt wird, als den Fokus auf die Form zu legen. Hierzu gehörte dann

Ohne die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte bliebe die gegenwärtige Diskussion um den Reformprozess blass

auch ein genauerer Blick auf die Erfolge ‚der anderen‘, sei es bei Pisa oder Hattie (die Liste ließe sich beliebig verlängern), ge-

nauer darauf, was da gemessen wurde. Der Verdacht, dass es sich primär um kognitive Ziele handelt, lässt sich nicht ausräumen, da sich repetitives Wissen vergleichsweise einfach messen lässt. Alles andere zu messen, was mit Pädagogik verbunden sein sollte, nämlich affektive Lernziele, bei denen es um Einübung demokratischer Prinzipien, um Toleranz und Gerechtigkeit oder Mitgefühl gegenüber den Schwächeren geht, um Empathie schlechthin, dies zu messen – wenn es denn überhaupt geht – steht immer noch aus.

JOACHIM GEFFERS

GLOSSE

Das Geheimnis des guten Lehrers

Jahrhunderte lang hat man geforscht, nachgedacht und experimentiert. Wie macht man aus Schülern gute Schüler? Eine knifflige Frage, die Experten bis heute zur Verzweiflung bringt.

Man hat ja schon alles versucht. Zwergschule, Riesenschule; Vormittagsschule, Ganztagschule; dreigeteilte Schule, Gesamtschule; Staatsschule, Privatschule; Klosterschule, Reformschule; Frontalschule, Plauderschule; Tanzschule, Fahrtschule. Um nur eine kleine Auswahl zu nennen. Doch die Frage, wie man aus Schülern gute Schüler macht, blieb unbeantwortet. Bis, ja bis der neuseeländische Experte John Allan Clinton Hattie jetzt mit einer merkwürdigen Idee an die Öffentlichkeit trat.

Hattie behauptet: Es kommt auf die Lehrer an! Gute Lehrer, gute Schüler.

Das ist ja der Hammer! Man darf davon ausgehen, dass Hatties Feststellung eine Schockwelle unter Kultusministern und Schulräten ausgelöst hat. Gute Lehrer sollen gute Schüler machen? So eine verrückte Idee kann ja nur aus einem entlegenen Inselstaat am anderen Ende der Welt kommen.

Hier bei uns, im Zentrum des Weltgeschehens, weiß man natürlich, dass es vor allem darauf ankommt, ob das Gymnasium acht oder neun Jahre dauert, ob es Geld kostet oder nicht, ob die vorgeschriebenen Lehrinhalte statistisch nachprüfbar abgearbeitet werden oder nicht, und ob der Kultusminister der einen

oder der anderen Partei angehört.

Sicher, ganz ohne Lehrer geht es auch bei uns nicht. Aber nun kommt dieser Neuseeländer daher und behauptet, die Lehrer seien entscheidend für den Erfolg der Schüler. Die Lehrer, nicht die Politiker, nicht die Schulräte und nicht die Ministerialdirigenten!

Vielleicht ist das ja in Neuseeland tatsächlich so. Wahrscheinlich hat das Land keine ausgereifte Schulbürokratie und muss sich notgedrungen auf die Qualität seiner Lehrer verlassen.

Aber das kann man doch nicht eins auf unsere Verhältnisse übertragen. Gute Lehrer, gute Schüler. Das ist dann doch ein bisschen abwegig. Gute Lehrer, gute Schüler. Nein wirklich, diese Neuseeländer. Gute Lehrer, gute Schüler. Lächerlich. Gute Lehrer, gute Schüler. Eigentlich eine Unverschämtheit. Gute Lehrer, gute Schüler. Wo kämen wir da hin.

Deutschlandradio, 20.01.2013

Pensionen gestern und heute. Und morgen?

Heftige Einschnitte seit 1991

Die Diskussionen über die dramatisch zunehmende Altersarmut, insbesondere der Rentnerinnen und Rentner, sind auch an die Kolleginnen und Kollegen im Beamtenverhältnis adressiert. In den Medien wird der nicht ganz falsche Eindruck verbreitet, dass die Beamtenversorgung weitaus besser ist als die Versorgung über das gesetzliche Rentenversicherungssystem. Unberücksichtigt bleibt in der Diskussion jedoch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Großbetrieben eine zusätzliche Betriebsrente und Angestellte im öffentlichen Dienst eine zusätzliche Altersversorgung erwarten können.

Die zunehmende Altersarmut kommt jedoch nicht unverhofft. Sie war und ist ausdrücklicher Wille der Regierungsparteien von gestern und heute. Die unbemerkten Kürzungen im Rentenrecht sind meist inhaltsgleich auf das Recht der Beamtenversorgung übertragen worden. Sie sind sukzessive eingeführt worden; und somit treten die drastischen Verschlechterungen erst im Laufe von mehreren Jahren ein.

Die Gewerkschaften sollten auf Bestrebungen vorbereitet sein, die miserable Altersver-

sorgung der Rentnerinnen und Rentner auch durch Reduzieren der Beamtenversorgung zu verbessern.

Die nachfolgenden Beispielrechnungen auf Basis der gegenwärtigen Besoldung verdeutlichen die bisherigen Verschlechterungen in der Beamtenversorgung.

Ausgangspunkt ist jeweils die gleiche, nicht untypische Biografie eines Berufsschullehrers (siehe Tabelle unten links).

Drei Beispiele für Pensionsberechnungen bei gleichen Voraussetzungen (bis 31.12.1991, am 30.12.2011 und am 31.12.2031):

Berechnung 1

Bis zum 31.12.1991 (altes Recht): 3.761,09 € brutto

Das ergibt eine ruhegehaltsfähige Dienstzeit von 38 Jahren.

Dies bedeutete nach dem Recht bis zum 31.12.1991 einen Pensionssatz von 75 %. Dieser Höchstsatz war bis dahin nach 35 Jahren ruhegehaltsfähiger

Ruhegehaltswirksame Zeiten	
1 Jahr	Ausbildung (oder Praktikum)
4,5 Jahre	Studium / Prüfung
1,5 Jahre	Referendariat
31 Jahre	Schuldienst
= 38 Jahre	

Grundgehalt:	4.435,12 €
Verheiratenzuschlag:	115,67 € (Ehefrau nicht im öffentlichen Dienst)
Allgemeine Stellenzulage:	78,24 €
Weihnachtsgeld 100 %:	385,75 € (monatlich)
Ruhegehaltfähige Dienstbezüge:	5.014,78 €
Hiervon 75 % hätten eine monatliche Pension von	3.761,09 € (brutto) ergeben.

Dienstzeit erreicht.

Auf der Basis der derzeitigen Besoldung (Endstufe A 13-Z, verheiratet) hätte sich die Pension folgendermaßen errechnet:

Berechnung 2

Am 31.12.2011 (sogenanntes Mischrecht): 2934,32 brutto

Von den 38 Jahren der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit hat bis zum 31.12.1991 der Kollege 18 Jahre (nach altem Recht) und 20 Jahre (nach Übergangsrecht) zurückgelegt. Dies hätte einen Pensionssatz von 71 % * zur Folge gehabt. Auf der Basis der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge von 4.629,03 € (jetzt ohne Weihnachtsgeld) bedeutete dies einen Betrag von 3.286,61 €. Zum 31.12.2011 wurden alle Pensionen aufgrund der Absenkung der Höchstpension von 75 % auf 71,75 % mit dem Faktor 0,96208 reduziert, sodass für den Kollegen noch 3.161,98 € errechnet wurden.

Zusätzlich wird dieser Betrag nochmals um 7,2 % verringert, da der Kollege 2 Jahre vor sei-

* bis 31.12.1991 18 Jahre; für die ersten 10 Jahre 35 %, für 8 Jahre je 2 % = 16 % ab 1992 weitere 20 Jahre je 1 % = 20 %

19. Lebensjahr	Abitur
22. Lebensjahr	Ende der Ausbildung
23. Lebensjahr	Ende der Tätigkeit in der Privatwirtschaft
28. Lebensjahr	Ende des Studiums und 1. Staatsexamen
30. Lebensjahr	Ende des Referendariats und 2. Staatsexamen
63. Lebensjahr	Pensionierung auf eigenen Antrag, Besoldungsgruppe A 13-Z, verheiratet (insgesamt 2 Jahre wegen Beurlaubung, Teilzeit oder Sabbatjahr nicht pensionswirksam)

Ausgewählte Biografie eines Berufsschullehrers

nem eigentlichen Pensionsalter auf eigenen Antrag pensioniert worden ist.

Somit ergibt sich ein monatlicher Pensionsbetrag von 2.934,32 € (brutto).

Berechnung 3

Am 31.12.2031 (neues Recht): 2547,46 brutto

Die ruhegehaltstfähigen Dienstzeiten werden sich auf 35,84 Jahre reduziert haben, weil von der Studien- und Prüfungszeit nur noch 2,34 Jahre (855 Tage) berücksichtigt werden. Der Ruhegehaltssatz beträgt dann 64,29 % (35,84 Jahre x 1,79375 %).

Bezogen auf das Bruttoentgelt (4.629,03 €) macht dies einen Betrag von 2.976,00 € aus.

Dieser Betrag wird im Jahre 2031 um einen Abschlag von 14,4 % reduziert, da der Kollege dann 4 Jahre vor seinem eigentlichen Pensionsalter (67. Lebensjahr) auf eigenen Antrag pensioniert werden wird.

niert werden wird.

Somit ergibt sich ein monatlicher Pensionsbetrag von 2.547,46 € (brutto).

Die Pensionen sind, hier beispielhaft dargestellt, im Zeitraum von 1991 bis 2011 um 22 % gekürzt worden und von 2011 bis 2031 werden sie noch einmal um 13,2 % verringert werden, insgesamt von 1991 bis 2031 um 32,3 %!

Es ist zu beachten, dass von einem Kollegen mit der Besoldungsgruppe A 13-Z (höherer Dienst) in der Endstufe ausgegangen wird. Wie sich das gegenwärtige Versorgungsrecht auf unsere Kolleginnen und Kollegen auswirkt, die als Fachlehrer oder Sozialpädagogen mit A 9 bzw. A 10 eingestuft sind oder die aufgrund familiärer Bedingungen längere Zeit in Teilzeit beschäftigt waren, mag sich jeder selbst überlegen.

Dabei entbehren die drastischen Absenkungen der Pensionen jeder ökonomischen Begründung, da das Sozialprodukt und das Volkseinkommen in diesem Zeitraum erheblich stärker gestiegen sind als die Gehälter. Dazu haben die vielen Null- und Minirunden bei den Besoldungserhöhungen der letzten Jahre beigetragen.

Gewerkschaftliches Reden und Handeln muss diese enorme Verschlechterung der Beamtversorgung berücksichtigen.

Eine höhere Pension ließe sich evtl. durch eine längere Lebensarbeitszeit erreichen. Aufgrund der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen können die Kolleginnen und Kollegen jedoch nur in den seltensten Fällen bis zur Regelaltersgrenze ohne Risiken für die eigene Gesundheit ihren Dienst verrichten.

GERHARD BRAUER
Ruheständler

BEURTEILUNGSWESEN

Gute Ergebnisse

Nachverhandlungen der Beurteilungsrichtlinien erfolgreich abgeschlossen

Zusammenhang:

Die Beurteilungsrichtlinie für den gesamten öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg (BeurtRL-FHH) gibt es seit September 2004 und sie sollte frühestens zum 1. 1. 2009 evaluiert werden. Die spezielle Beurteilungsrichtlinie für LehrerInnen (BeurtRL-Lehrkräfte) wurde darauf aufbauend nach zähen Verhandlungen zum 1. 8. 2006 eingeführt. Um die Lehrerrichtlinie ging es aber in diesen Verhandlungen nicht. Sie stehen erst an, wenn die Nachverhandlungen zur BeurtRL-FHH zwischen dem Personalamt auf der einen Seite und dem DGB und

dem Beamtenbund auf der anderen Seite unterzeichnet sind (PersVG §94).

Da die jetzt vorliegenden unterschriftsreifen Ergebnisse aber in zweierlei Hinsicht für die Kolleginnen und Kollegen relevant sind, sollen sie hier in der gebotenen Ausführlichkeit dargestellt werden.

Zum einen sind nämlich alle KollegInnen betroffen, die in den Schulen, Kitas und in den Behörden nicht als LehrerInnen arbeiten (z.B. Sozpäds, ErzieherInnen und Sekretärinnen). LehrerInnen sind dagegen in diesem Sinne alle, die unterrichten, also auch die Soz. Päd. in Vorschul-

klassen. Für sie gilt die BeurtRL-Lehrkräfte. Zum anderen werden diese Ergebnisse die Basis für die Verhandlungen zwischen GPR und BSB zur Lehrerrichtlinie sein.

Ergebnisse

Seit August 2011 wurden diese Nachverhandlungen zur BeurtRL-FHH geführt und liegen jetzt zur Unterschrift vor. Dabei war es nicht immer einfach, galt es doch zum einen, erst einmal Konsens auf unserer Verhandlungsseite herzustellen. Die Gewerkschaften und der Beamtenbund mussten oft erst ihre Positionen austauschen, um dann möglichst geschlossen die Interessen der Beschäftigten in den einzelnen Bereichen (also auch für die GEW-KollegInnen) gegenüber dem Personalamt zu vertreten.

Um eine grundsätzliche Kritik an dem neuen Beurteilungswesen konnte es also auch vor-

Bisherige Regelung	Neue Regelung
Neu: Dynamische Regelbeurteilung	
Beurteilungsintervall: alle 4 Jahre ab der letzten Re- gelbeurteilung	Beurteilungsintervall: alle 4 Jahre ab der letzten Beurteilung (Regel- oder Anlassbeurteilung)
Neu: Reduzierung von Beurteilungsanlässen	
Beim Wechsel des/der Erstbeurteilers/in für mehr als 6 Monate Bei Beendigung einer Abordnung von mehr als 6 Monaten	Beim Wechsel des/der Erstbeurteilers/in für mehr als 12 Monate Bei Beendigung einer Abordnung von mehr als 12 Monaten
Neu: Längere Bestätigungsfrist	
Nicht länger als 1 Jahr zurückliegend, vollinhaltlich zutreffend, beschriebene Aufgaben und Anforderungen unverändert, kein Wechsel des Erstbeurteilers/der Erstbeurteilerin → Bestätigung einmalig möglich Keine Regelung in bisheriger Richtlinie	Nicht länger als 18 Monaten zurückliegend, vollinhaltlich zutreffend, beschriebene Aufgaben und Anforderungen unverändert, kein Wechsel des Erstbeurteilers/der Erstbeurteilerin → Bestätigung einmalig möglich. Bei Anlassbeurteilungen zum Zweck einer aktuellen Eignungsaussage für unmittelbar bevorstehende/ vorzubereitende Personalentscheidung: keine Bestätigung möglich.
Neu: Antragsumkehr für die Regelbeurteilung von über 55 Jährigen	
Ab 55 Jahre automatisch keine Regelbeurteilung mehr, aber Möglichkeit eines Antrages auf Erhalt.	Nach dem 55. Lebensjahr: Auf Antrag des Beschäftigten ist Verzicht möglich.
Neu: Stärkere Verpflichtung zu schriftlichen Anmerkungen	
Nur zu Gesamtbewertungen Anmerkungen verbindlich geringe Verpflichtung zu schriftlichen Anmerkungen	Anmerkungen zu Gesamtbewertungen und zusätzlich für Einzelausprägungen „entspricht im Wesentlichen den Anforderungen“ und „...in vollem Umfang“ Anmerkungen empfohlen Anmerkungen für alle anderen Ausprägungen Begründung grundsätzlich erforderlich stärkere Verpflichtung zu schriftlichen Anmerkungen
Neu: Schärfung der Bedeutung der Schlussbemerkung	
Für Anmerkungen, die bzgl. des zu Beurteilenden ggf. noch zu tätigen sind → von der/dem Erstbeurteilenden nicht zwingend auszufüllen	Bei Anlassbeurteilungen zum Zweck einer aktuellen Eignungsaussage für eine unmittelbar bevorstehende/vorzubereitende Personalentscheidung: Stellungnahme der/des Erstbeurteilenden in Schlussbemerkung dazu erforderlich .
Neu: Möglichkeit zur Stellungnahme direkt im Formular	
Möglichkeit einer formlosen Gegendarstellung, die mit zur Personalakte genommen wird.	Möglichkeit der Stellungnahme der/des Beurteilten direkt im Beurteilungsformular.
Neu: Beurteilungsgespräch und Regelbeurteilung bei	
Verschiebung der Regelbeurteilung auf 6 Monate nach Rückkehr	Beurlaubung/Freistellung/ Krankheit
Verschiebung der Regelbeurteilung um Zeitraum der Beurlaubung/Freistellung/ Krankheit, mind. auf 6 Monate nach Rückkehr	
Neu: Hinzunahme einer Vertrauensperson zu den Gesprächen (Eröffnungs- und Beurteilungsgespräch)	
Keine Regelung in der Richtlinie	Möglichkeit der Hinzuziehung einer FHH-internen Vertrauensperson in der Richtlinie direkt eingeräumt

rangig nicht gehen, sondern es galt, weitere Verschlechterungen abzuwehren. Die wesentliche, vom Personalamt geplante Verschärfung war dann auch die Heraufsetzung der Altersgrenze von 55 auf 60 Jahre für die Regelbeurteilung. Sie konnte nur durch eine Umkehrung des Verfahrens abgefedert werden. Die KollegInnen erhalten die Möglichkeit, auf Antrag auf die längere Beurteilungszeit bis 60 zu verzichten. Hier müssen die KollegInnen also *aktiv* werden, sonst unterliegen sie auch bis 60 noch der Regelbeurteilung. Eine ausführliche Information durch die Gewerkschaften und über die Personalräte ist also dringend geboten.

Positiv ist, dass einige alte Forderungen der GEW-Personalräte in die Richtlinie aufgenommen wurden, nicht zuletzt dadurch, dass bereits immer wieder in der Evaluationsphase darauf verwiesen wurde. Drei Punkte möchte ich herausstellen:

- 1.) Die Zahl der Beurteilungen wird erheblich reduziert durch die Auflösung des starren 4-Jahre-Intervalls bei Regelbeurteilungen (wenn es zwischenzeitlich Anlassbeurteilungen gibt) und die längere Gültigkeit von bestehenden Beurteilungen (vgl. Übersicht).
- 2.) Die KollegInnen können sofort reagieren, wenn sie mit ihrer Beurteilung nicht einverstanden sind (direkt auf dem Beurteilungsvordruck), bevor sie in die Personalakte geht. Eine spätere Stellungnahme zur Beurteilung ist auch weiterhin möglich.
- 3.) Die Beteiligung von Personalräten oder KollegInnen des Vertrauens wird gestärkt durch die Möglichkeit einer Teilnahme auf Wunsch der/s zu Beurteilenden sowohl beim Beurteilungsgespräch (1 Jahr vor der Regelbeurteilung) als auch bei der Besprechung der Beurteilung selbst

(Dies galt bisher nur in der BeurRL-Lehrkräfte.). Die Unterstützungsmöglichkeiten sind also noch einmal ausgeweitet worden.

Ausblick

Insgesamt sind die Verhandlungsergebnisse als sehr positiv zu bewerten. Sie bieten eine gute Grundlage für die anstehenden Verhandlungen zwischen GPR und Schulbehörde zur Beurteilungsrichtlinie für Lehrkräfte und sollten deshalb zügig angegangen werden.

In meinen Schulungen für Schulpersonalräte wird immer wieder deutlich, welchen immensen Druck das Beurteilungswesen auf die KollegInnen ausübt. Ganz besonders betroffen scheinen dadurch jüngere KollegInnen zu sein, stehen doch oft eine Verbeamtung auf Lebenszeit oder eine Beförderung an.

KLAUS NÄHR
Ruheständler

Einladung zur Veranstaltung „Was für ein Hochschulgesetz wollen wir? Was ist gute Personalpolitik?“ mit Senatorin Dorothee Stapelfeldt

Mittwoch, 6. Februar 2013 / 18 Uhr Curio-Haus, Raum A (Rothenbaumchaussee 15)

Das Hamburgische Hochschulgesetz von 2003 muss reformiert werden. Einerseits führten die damals neu eingeführten Leitungsstrukturen zu massiven Problemen in der Praxis, die an der Uni Hamburg in der Abberufung der Universitätspräsidentin Auweter-Kurz im Juli 2009 sowie heftigen Protesten bei der Wahl des neuen Präsidenten Lenzen gipfelten. Zudem wurde das bestehende Gesetz bereits Ende 2010 vom Bundesverfassungsgericht teilweise für verfassungswidrig erklärt. Seitdem steht die Novellierung aus.

Impulsbeiträge für die Diskussion

- Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin und Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung
- Iris Kaufmann, Mitglied im Personalrat des wissenschaftlichen Personals an der Uni Hamburg (WIPR)
- Dr. Sabine Großkopf, Mitglied im Akademischen Senat der Uni Hamburg (AS) und aktiv in der Konferenz des Akademischen Personals an der Uni Hamburg (KAP)
- Dr. Christian Pohlke, Mitglied im Akademischen Senat der Uni Hamburg (AS) und aktiv in der Konferenz des Akademischen Personals an der Uni Hamburg (KAP)
- Simon Freerk-Stülcken, AStA der Universität Hamburg

Rechtsextremes Gedankengut an Schulen – was tun?

Nach erschreckenden Ereignissen in nord- und süddeutschen Schulen: Abwehr formiert sich

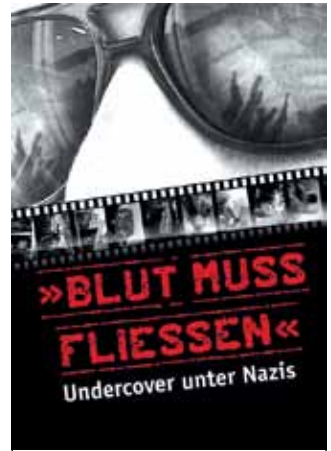
Stefan Weidlich staunt nicht schlecht, als er das Klassenzimmer seiner 8b an einer Stadtteilschule Hamburgs betritt. Einer seiner Schüler stellt sich stramm vor ihm auf, knallt die Hacken zusammen und reckt begeistert den rechten Arm zum Hitler-Gruß. Was tun, fragt sich Stefan. Und in Rheinland-Pfalz: In Kirchberg singen Schülerinnen und Schüler bei ihrer Abschlussfeier ein Lied der Nazi-Band Sleipnir (Spiegel Online, 27.07.2012). Auch hier fragen sich Eltern und PädagogInnen: Was tun?

Fakt ist: Rechtsextremes Gedankengut ist an Hamburger Schulen und in Hamburger Jugendzimmern verbreitet. Oft tritt es verdeckt in Form von mehr oder weniger harmlos wirkenden Aufklebern, Musikstücken, Symbolen und Texten auf und wird nicht direkt als solches identifiziert. Der Frage, wie diese Zeichen rechter Ideologie erkannt werden können, was sich hinter ihnen verbirgt und wie man als Elternteil oder PädagogIn reagieren kann, will die Junge GEW als Mitorganisatorin einer Veranstaltungsreihe im März

nachgehen.

Den Auftakt bildet eine Fortbildung der GEW am 21. März (s.u.). Hier wird vorgestellt, in welcher Form sich rechtes Gedankengut bei Jugendlichen äußert und was dagegen getan werden kann. Am Abend wird öffentlich die Dokumentation „Blut muss fließen – Undercover unter Nazis“ im Kino vorgeführt. Der Film zeigt die Erkenntnisse des Journalisten Thomas Kuban, der über mehrere Jahre in der Rechtsrockszene verdeckt recherchiert hat. Er legt die Organisationsstrukturen und Inhalte dieser Szene, aber auch den Umgang der Behörden mit selbiger in anschaulicher Art und Weise offen. Beim anschließenden Gespräch wird Produzent und Regisseur Peter Ohlendorf zugegen sein.

Die Junge GEW meint, dass es nicht nur für Eltern und PädagogInnen wichtig ist zu wissen, wie man auf rechtsextremes Verhalten von Jugendlichen reagieren sollte. Vielmehr ist es im Sinne einer demokratischen Bildung entscheidend, gemeinsam mit den SchülerInnen über die Entstehung und Folgen sol-



Kino-Vorstellung im 3001 für Schulklassen

Anschließende Diskussion
mit dem Produzent und
Regisseur Peter Ohlendorf
sowie weiteren Gästen.

22.03.2013, 9-11h und
11-13h Kino 3001 (Karten-
reservierung erforderlich,
direkt beim 3001)

chen Gedankenguts zu diskutieren. Deshalb veranstalten wir für Schulklassen Vorführungen der Dokumentation im 3001 – Kino am 22. März (s.o.). Auch hier wird der Produzent und Regisseur Peter Ohlendorf anwesend sein und in einer Diskussionsrunde den SchülerInnen Rede und Antwort stehen. Für die Teilnahme von Schulklassen zahlt die GEW einen Zuschuss. Unterrichtsmaterialien können bei Bedarf im Vorhinein zur Verfügung gestellt werden (Kontakt: junge@gew-hamburg.de).

JUNGE GEW

„Hitler-Gruß in der 8b, Rechtsrock auf der Abifeier – Was tun?“

Fortbildung der Jungen GEW für Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen
21.03.2013, 16.30-18 h im Curio-Haus,

Referenten: Carsten Neumann (Bremen) und Florian Schmidt (Hamburg).

Die Veranstaltung kann von der Schulleitung als Fortbildung anerkannt werden.

Bilanz der Arbeit

Nicht nur mit den Muskeln gespielt, sondern das Netzwerk fester geknüpft

Der Frauenausschuss blickt auf ein aktives und erfolgreiches Jahr zurück: Es fanden (wieder) regelmäßige Treffen mit spannenden Diskussionen statt, u.a. zum neuen Gleichstellungsgesetz und zur Geschlechterdemokratie innerhalb der GEW. Die Arbeit im Landesvorstand wurde intensiviert und es konnte eine bessere Vernetzung innerhalb der GEW mit anderen Arbeitsgruppen (HuF, Ruheständler, Referat F) aufgebaut werden. Auf Bundesebene hat eine regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des BFA (Bundesfrauenausschuss) stattgefunden. Über die GEW hinaus gab es regelmäßige Kontakte und Treffen mit den Kolleg_innen von DGB und ver.di, um eine gemeinsame Stellungnahme zu erarbeiten – diese bezog sich auf die Einrichtung von Gleichstellungsbeauftragten, die im neuen Gleichstellungsgesetz vorgesehen sind. Der GEW-Frauenausschuss brachte folgenden Passus in die Stellungnahme ein:

„Die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) beabsichtigt, nur einen Gleichstellungsplan für die Fachbehörde – d.h. für alle Schulen, das LI und das HIBB- aufzustellen. Dies bewertet der DGB kritisch:

Die jetzige in der Behörde tätige einzige(!) Frauenbeauftragte ist ausdrücklich nicht für die an Schulen beschäftigten Kolleginnen zuständig, insofern ist die Gleichstellung im schulischen Bereich ein seit Bestehen des Gleichstellungsgesetzes vernachlässigtes Feld, das überhaupt erst einmal entwickelt werden muss. Entsprechend dem Bottom-Up-Prinzip,

das die Top-Down-Strategie des Gender Mainstreamings ergänzt, muss die jeweilige Situation vor Ort in den Dienststellen unter Gleichstellungsaspekten evaluiert werden. Erst danach kann entschieden werden, ob es sinnvoll ist, nur einen oder doch mehrere Gleichstellungspläne aufzulegen.

Unter Beachtung der genannten Punkte ist eine zentrale Verankerung von Gleichstellungsaufgaben in der BSB (z.B. im Referat V 41) sinnvoll. Die Behörde spricht in ihrem Antrag vom 29.01.2009 allerdings nur von Aufgaben und Plänen und hat damit offen gelassen, ob sie für den Bereich Schulen – LI – HIBB überhaupt eine Gleichstellungsbeauftragte vorsieht. Insbesondere für den Bereich der über 400 Schulen ist hier deshalb eine Regelung zu treffen. Der DGB besteht für die Schulen auf mindestens einer zentralen Gleichstellungsbeauftragten in der BSB sowie zusätzlich mindestens einer dezentralen Gleichstellungsbeauftragten pro 10 Dienststellen/Schulen (alternativ: pro 500-1000 Beschäftigte). Hierfür sind in Abstimmung mit den Personalvertretungen sinnvolle Zuschnitte zu vereinbaren.“

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Behörde dazu äußern wird – wir werden berichten.

Weitere Aktivitäten des Frauenausschusses waren die Pflege der Homepage und die Veröffentlichung von Beiträgen in der hlz. Ein schöner Erfolg konnte bei den Delegiertenwahlen für den Bundesgewerkschaftstag 2013 in Düsseldorf erreicht werden, bei denen Barbara Scholand



einen Listenplatz errang.

In 2013 wird es um die kontinuierliche organisatorische Weiterentwicklung des Frauenausschusses gehen. Darüber hinaus wird der inhaltliche Schwerpunkt im ersten Halbjahr bei der Vorbereitung des Bundes-GT liegen. Für die zweite Jahreshälfte ist die Planung und Durchführung einer Veranstaltung zum Thema „Bildungsungleichheiten“ angedacht.

Aktuelle Informationen zur Arbeit des Frauenausschusses gibt es auf der Homepage: <http://www.gew-hamburg.de/mitmachen/arbeitsgruppen/frauenausschuss> – dort findet ihr auch die nächsten Termine: Dienstag, 26.2. und 28.5., jeweils um 17.00 Uhr in Raum C im Curio-Haus. Einen weiteren Termin wird es vor dem Hamburger Gewerkschaftstag geben, er wird rechtzeitig veröffentlicht. Weitere Mitstreiter_innen im Ausschuss sind herzlich willkommen!

Für den Frauenausschuss
SUSANNE JACOBS
(susanne-jacob@web.de)
BARBARA SCHOLAND
(barbara.scholand@gmx.de).

Hau rein

Weitere Infos und Seminarangebote unter
www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html

Selbstbehauptung und Selbstverteidigung

Jenseits von „Patentrezepten“ geht es darum, mit viel Spaß die persönlichen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und die individuellen Fähigkeiten zur Abwehr von verbalen und tätlichen Übergriffen zu stärken. Ein Seminar für Lehrerinnen.

**Samstag, 23.02.13,
12-18 Uhr**

Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfl.
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Seminar für Vertrauensleute

In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit Aufgaben und Handlungsfeldern, aber auch aktuellen Problemen der Vertrauensleutearbeit: Welche Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten gibt es für die Arbeit an meiner Schule? Wie kann mich die GEW besser unterstützen? Wie können wir uns besser vernetzen?

**Samstag 23.02.13,
12 – 18 Uhr**

**Freitag, 22.03.13,
15 Uhr bis Samstag,
23.03.13, 15 Uhr.**

22.03.13, 15 Uhr

Sa. 23.03.13, 15 Uhr

Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
kostenlos für GEW-Mitglieder
(incl. Verpflegung)

**Donnerstag, 11.04.13,
10 – 17 Uhr**

**Sa. 11.04.13,
10 – 17 Uhr**

Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
kostenlos für GEW-Mitglieder
(incl. Verpflegung)

50 Plus – Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?

Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die insbesondere älteren Kolleg_innen in Schulen und Kitas zu schaffen machen. Dieses Seminar bietet konkrete Hilfen, kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln, die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.

**Mittwoch, 17.04.13,
11 Uhr bis Freitag,
19.04.13, 14 Uhr**

Brodten bei Travemünde,
Theodor-Schwartz-Haus
Kostenanteil: 60 € incl. Unterkunft / Verpfleg. (ermäßigt 30 €)

Wertschätzende Kommunikation

In praktischen Beispielen lernen wir im Seminar effektive Kommunikationswerkzeuge kennen, um Konflikte zu lösen und eine essentielle Basis zu schaffen, um in unserem Lehrer_innenteam in der Schule, in der Gewerkschaft sowie im Privaten gemeinsame Ziele zu erreichen.

**Samstag, 20.04.13,
10 – 17 Uhr**

Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfl.
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Belastet und Beflügelt – Persönliche Entwicklung durch Selbstreflexion und kollegiale Unterstützung

Im Schulalltag kommt es oft zu belastenden Situationen und dem Wunsch, diese in Ruhe und

frei von Bewertungen reflektieren zu können. Dies gilt auch für positive Erlebnisse, die im Angesicht der Belastungen oft als unwichtige Kleinigkeiten angesehen werden.

Beispiele für belastende Situationen sind Konflikte mit Schülern, im Kollegium, mit Eltern oder der Schulleitung; unklare Grenzen zwischen Schule und Privatleben; hohe Ansprüche an sich selbst und harsche Selbstkritik; wenig kollegialer Austausch; pauschale, negative Bewertungen oder wachsende organisatorische Anforderungen. Wichtige positive Situationen sind oft spontane und überraschende Erlebnisse mit Schülern oder Kollegen, deren Wertschätzung oft vernachlässigt oder vergessen wird.

Nachhaltige Entlastung entsteht, sobald der Umgang mit den belastenden und beflügelnden Seiten des Schulalltags und den gegebenen Umständen durch berufliche und persönliche Entwicklung wieder in die eigenen Hände genommen wird.

**Freitag, 26.04.
Samstag, 27.04.13
15 – 15 Uhr**

Dersau, Leibers Galerie Hotel
Kostenanteil: 40 € incl. Unterkunft/Verpfl. (ermäßigt 20 €)

Anmeldung

unter Angabe von Name, Adresse, Telefon, Email, ggf. Ermäßigungsanspruch bei:

Annette Meents

GEW Hamburg
Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg
Tel. 040 / 41463322
Fax 040 / 440877
meents@gew-hamburg.de

Die braunen Lehrer des schwarzen Schülers

(Teil 3: Martin Duttge)

Hans-Jürgen Massaquoi, 1926 als afrodeutscher Sohn in Hamburg geboren, hat 1999 seine Kindheits- und Jugenderinnerungen in der Autobiografie „Neger, Neger, Schornsteinfeger!“ veröffentlicht. In den letzten hIz-Ausgaben sind Schulleiter Hinrich Wriede und Lehrer Grimmelshäuser porträtiert worden. Der Schüler Massaquoi wurde auch noch vom Lehrer Duttge malträtiert. Wer ist das und was ist aus ihm nach 1945 geworden?



Martin Duttge

„Es ist schwer zu sagen, wer von den zwei bigottesten und fanatischsten meiner Lehrer der schlimmere war; Herr Wriede oder Dutke (von Massaquoi so geschrieben; Anm. delo) mit seiner Hornbrille. Letzterer trug stets stolz seine NS-Uniform zur Schau, wenn er seinen Volkskundeunterricht gab, den er meist nutzte, um seiner Feindseligkeit gegenüber Nicht-Ariern Luft zu machen. ‚Lass dieses negerhafte Grinsen‘, fauchte er mich einmal an, als ich mit der ganzen Klasse über irgendetwas lachen musste. ‚Neger haben im nationalistischen Deutschland keinen Grund zu grinsen.‘ Um diese Haltung zu untermauern, holte er häufig Schüler nach vorn, die er für typisch arisch hielt. Sie mussten sich vor der Klasse auf-

stellen, und Dutke wies dann auf ihr blondes Haar, die blauen Augen, den ‚edel geformten Schädel‘ und andere ‚wünschenswerte‘ körperliche Merkmale hin.

Als ein Schüler einmal Dutkes Behauptung, dass Menschen (nichtarischen Blutes) intellektuell und körperlich minderwertig seien, mit dem Hinweis auf meine schulischen und sportlichen Fähigkeiten in Frage stellte, kanzelte Dutke diesen Schüler ab, weil er es gewagt hatte, ihm zu widersprechen. Dann erklärte er der Klasse, dass ich nur die Ausnahme sei, die die Regel bestätigte, und behauptete, dass ich sämtliche (normalen Merkmale) von meinem arischen Elternteil geerbt habe. Schließlich spekulierte er, dass das letzte Wort ja noch nicht gesprochen sei und die Möglichkeit bestehe, dass mein minderwertiges Blut irgendwie doch noch die Oberhand gewinnen könnte. (Es gibt viele Arten der rassischen Minderwertigkeit), argumentierte er. (Ich würde mich nicht wundern, wenn euer Klassenkamerad eines Tages zum asozialen Subjekt wird, beispielsweise ein Krimineller oder Alkoholiker.)

Anschließend wies Dutke mich an, nach dem Ende der Stunde den Raum nicht zu verlassen. (Was ich dir zu sagen habe, dauert nicht lange), knurrte er, nachdem alle anderen Schüler fort waren. Er musterte mich

verächtlich durch seine dicke Hornbrille und warf mir vor, die Klasse gegen ihn aufbringen zu wollen und ihm gegenüber mit meinem dauernden (negerhaften Grinsen) ein respektloses Verhalten an den Tag zu legen. (Eins kann ich dir sagen, junger Mann. Dir wird das Lachen noch vergehen. Wenn wir mit den Juden fertig sind, bist du und deinesgleichen nämlich als nächstes dran. Heil Hitler:») („Massaquoi: Neger, Neger, Schornsteinfeger“, Bern, München, Wien, 1999, S. 114)

Auch der dritte braune Quälgeist des Hans J. Massaquoi ist ein besonders unangenehmes Exemplar Mensch. Martin Duttge, am 18.4.1903 in Makersdorf, Kreis Görlitz geboren, ist über das Lehrerseminar in Fraustadt in den Beruf gekommen. Er hat die ersten Jahre an einer privaten Mädchenschule gearbeitet und kommt 1929 als Hilfslehrer an den Käthnerkamp, wo er am 1.4.1930 fest angestellt wird. Am Käthnerkamp avanciert er zum stellvertretenden Schulleiter, nachdem auch er am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten ist und als Ortsgruppenamtsleiter im NSLB fungiert.

Seine Personalakten durchziehen drei Stränge: Die materielle Not der Lehrer in den Jahren der Weimarer Republik trifft auch Martin Duttge, der drei Kinder zu ernähren hat und dessen Frau

drei weitere Kinder bei der Geburt oder kurz danach verliert. Duttge und seine Familie haben viele Krankheitsfälle auch finanziell zu bewältigen. Und er versucht auch deswegen aber mit magerem Erfolg, Karriere zu machen: über die Partei, über Lehrgänge an der Parteiführerschule. Dabei schreckt er nicht vor üblen Denunziationen zurück.

Am 18.7.1933 schickt er ein 7-seitiges Denunziationsschreiben an die Parteileitung der NSDAP über die Ortsgruppe Barmbek-Nord. Namentlich wird die Hälfte des Kollegiums Käthnerkamp verleumdet, einerseits des Opportunismus bezichtigt (Anbiederung an NSDAP und NSLB), andererseits des Marxismus beschuldigt: so der Kollege Karl Neumann, der sich als Schulleiter beworben hatte und dem Duttge eine marxistische Einstellung unterstellt.

Dabei ist Neumann laut seiner Personalakte selbst am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten, war seit demselben Tag Ortsgruppenamtswalter des NSLB und jubelte Hitler später auf mehreren Parteitagungen in Nürnberg zu. Am 11.7.1933 war er Schulleiter an der Schule Von-Essen-Straße 124 geworden - möglicherweise zuviel für den weniger erfolgreichen Duttge. Als verlässliche NSDAP-Mitglieder in seinem wirren Schreiben benennt Duttge sich selbst und Grimmelhäuser.

Auch Duttges Verteidigungsschrift nach dem frühen Ende des Tausendjährigen Reiches ist ein Konglomerat von langatmigen Schutzbehauptungen und denunziatorischen Verdrehungen. Es beginnt mit der Aussage: „Mein Eintritt in die Partei erfolgte lediglich aus Sicherheitsgründen zur Abwehr politischer Intrigen und hatte nichts mit einer etwaigen Billigung oder beabsichtigten Förderung des Nationalsozialismus zu tun.“ Als Zeugen dafür nennt er u.a. seinen Kumpan Grimmelhäuser. Duttge geriert sich mit seinen Schrift-

sätzen im August 1946 nahezu als Widerstandskämpfer. Rühmig ist er dabei, insbesondere Leumundszeugnisse von Nachbarn und Bekannten herbeizubringen.

Interessant und bezeichnend für die Person des Martin Duttge ist der Bericht, den einmal mehr Schulrat Gustav Schmidt über ihn am 21.8.1946 schreibt. Schmidt war zuständiger Schulrat für den Käthnerkamp in den 30er Jahren gewesen und wurde 1942 aus der Behörde entfernt, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten.

Schmidt über Duttge: „Duttge ist ein Mann ohne feste Haltung. Er wendet sich dorthin, wo er meint, seinen Vorteil zu finden. Die Schulverwaltung hat dafür ganz üble Beispiele erfahren.“ Schmidt nennt dabei die „üble Denunziation“, die Duttge einreichte und in der er über sich schreibt: „'Sei es bei nationalen Feiern, Beflaggen oder irgendeine würdige Raumausrüstung, sie kümmern sich um nichts, überliessen diese Angelegenheit meiner Klasse und mir und Pg. Pauls.' Herr Duttge stellte sich hier also ganz offen als ein eif-

riger und guter Verfechter des Nationalsozialismus selbst hin. Duttge hat im Lehrerbund das Amt eines Ortsgruppenleiters bekleidet, zu solchen Ämtern (wurden) stets nur zuverlässige Parteigenossen genommen. Duttge hat auch eine politische Funktion ausgeübt, denn er hat über andere Kollegen Berichte über deren politische Haltung abgefasst.“

Auch die zahlreichen Dokumente aus der Zeit, in der Duttge sich mit seinen Klassen in Lagern der Kinderlandverschickung (KLV) in Bayreuth und Böhmen aufhält, werfen kein günstiges Licht auf Martin Duttge.

Duttge, der in Barmbek im Haus Rübenkamp 82 ausgebombt war, nimmt gegen ausdrückliche Anweisung Frau und Kinder mit in die KLV-Lager, was aus der Not vielleicht nachvollziehbar ist. Der Hamburger Beauftragte für die Kinderlandverschickung, Heinrich Sahrhage, stellt fest, „dass der Lagerleiter Duttge bei den Bewirtschaftern erhebliche Schwierigkeiten mache, und dass insbesondere Frau Duttge

Abschied von Hans-Jürgen

In Hamburg geborener Autor des Bestsellers „Neger, Neger, Schornsteinfeger“

HANS-JUERGEN FINK

HAMBURG :: Hans-Jürgen Massaquoi, in Hamburg geborener amerikanischer Journalist und Buchautor, ist in Florida gestorben. Das erfuhr das Abendblatt von dessen Freund Ralph Giordano. Massaquoi, schwer erkrankt, hätte am 19. Januar seinen 87. Geburtstag feiern können. Er, der Deutschland 1948 verlassen hatte, wurde der deutschen Öffentlichkeit 1999 bekannt, als er den ersten Band seiner Lebenserinnerungen veröffentlichte, die zum Bestseller wurden: „Neger, Neger, Schornsteinfeger“ heißt das Buch nach den Spottrufen, mit denen die hellhäutigen Kinder den dunkelhäutigen Sohn eines liberianischen Diplomatenpaares und einer Hamburger Krankenschwes-

ter hänselten. Sein Großvater war liberianischer Generalkonsul in Hamburg, seinen Vater hat er nie kennengelernt.

Massaquoi wuchs bei seiner Mutter in Barmbek-Süd auf; in seinem Buch erinnert er sich an die vielfältige Diskriminierung und Gefährdung durch den aufkommenden Nationalsozialismus. In seinem Wunsch, nicht ausgegrenzt zu werden, ging Massaquoi eines Tages sogar in ein HJ-Heim und wollte Mitglied werden. Seine Mutter kämpfte wie eine Löwin für ihr Kind, kann ihn gerade noch aus dieser Situation befreien. Nur mithilfe von Freunden entkommt er der Gestapo, als er wegen seiner Beziehung zu einem hellhäutigen, blonden Mädchen verhaftet wird. Massaquoi erzählt in berührender Ehrlichkeit davon, wie ihm dann langsam dämmer-

Hans-Jürgen Massaquoi verstarb am 19.1.2013 in Florida.

die eigentliche Triebfeder sei. Es gäbe Zank und Streit mit fast allen Menschen, mit denen Pg. Duttge in der KLV zu tun habe.“

In seiner Beurteilung über Martin Duttge kommt der NSLB-Schulbeauftragte für die KLV, Erwin Zindler, am 27.12.1943 zu folgender Beurteilung: „Duttge tritt mit äußerster Anmaßung mit angeblich unerschütterbarem Recht auf. In Wort und Ton kennt er keine Rücksichten, so dass ihm nicht gewachsene Verhandlungsgegner schnell unterlegen sind. Dieser Mangel an Erziehung, den ihm Pg. Zindler hart und eindeutig vorhielt, verbunden mit sehr selbstgerechter Abstreitung, Erinnerung und Auslegung von Tatbeständen, lässt Duttges Charakter als nicht unbedenklich erscheinen. Für den Dienst in der KJLV ist er bei aller Anerkennung seiner Eignung als Lehrer nicht mehr verwendbar. Der Schulverwaltung stelle ich anheim, auch ihrerseits Duttges Verhalten zu rügen.“

Wieder zurück in Hamburg meldet sich Duttge seit dem 31.8.1944 wegen leichten Rheumatismus' dienstunfähig. Er

zieht dieses hin bis zum März 1945, wird dann im Ortsamt Uhlenhorst beschäftigt, macht vier Monate Militärdienst als Grenadier und wird dann auf Anordnung der Britischen Militärregierung aus dem Beamtenverhältnis entlassen.

Aber Duttge kommt mit seinen vielen „Vernebelungsschreiben“ (Gustav Schmidt) durch die Entnazifizierung, wird 1949 ein Jahr als Angestellter in den Schuldienst wieder übernommen, ab dem 5.4.1950 ist er wieder Beamter, arbeitet ab 1952 als Lehrer an der Jahnschule.

Aktiv bleibt Duttge vorwiegend in Richtung Schulbehörde, Anträge auf Pflichtstundenermäßigung, 50% Schwerbehinderung wegen eines Hörschadens, Vorschüsse. Duttge blüht erst wieder auf, als er am 24.1.1966 an die Sonderschule Bokelkamp versetzt wird. Dort ist der ehemalige NSDAP-Schulleiter Claus Hartlef jetzt Schulleiter. Der bestätigt Duttge: „Gesundheitlich und leistungsmäßig erfüllt er restlos seine Aufgabe.“ Duttge bleibt mit kleinen Schülergruppen – Krankheiten sind

Vergangenheit – über das 65. Lebensjahr hinaus aktiv. Erst am 31.3.1969 wird er pensioniert.

Duttge stirbt am 18.2.1986.

Nachwort

Hans J. Massaquoi hat seine Peiniger überlebt, folgerichtig Deutschland verlassen und lebte in den USA. Er hat nie wieder etwas von seinen Lehrern gehört, kannte deren Geschichte nicht.

Es gab nur eine weiße Taube in seiner Schulgeschichte: „Vermutlich eines der ersten Opfer dieser ‚Säuberung‘ war unsere gütige Klassenlehrerin Fräulein Beyle. Am Ende des zweiten Schuljahres teilte man uns lediglich mit, dass sie an eine andere Schule versetzt worden sei und ein anderer Lehrer, Herr Grimmelshäuser, ihren Platz einnehmen würde. Ich habe nie wieder von ihr gehört und weiß nicht, ob man ihr erlaubte, ihre Lehrerkarriere woanders fortzusetzen.“

Margarethe Beyle wurde an die kleine Schule Wittenkamp im selben Schulkreis versetzt. Über sie gibt es im Staatsarchiv keine Personalakte und keine Entnazifizierungsakte. Sie war unspektakulär, einfach nur menschlich und Pädagogin. Im Streit um die Schulleitung am Käthnerkamp im Frühjahr 1933 war sie auf Seiten des Kandidaten Karl Neumann, der gegen Friedrich Gosau antrat. Nationalsozialisten standen sich auf beiden Seiten gegenüber. Margarethe Beyle hatte sich vermutlich für die Gruppe der jungen Lehrer entschieden und keine politischen Maßstäbe angelegt, gehörte somit zu den Gegnern von Duttge und Grimmelshäuser. Sie arbeitete weiter pädagogisch bis zu ihrer Pensionierung an der Schule Steilshooper Straße 338, bis sie am 1.4.1957, 60-jährig, in den Ruhestand trat.

Ich habe Hans J. Massaquoi die Geschichte seiner Lehrer zugesandt.

HANS-PETER DE LORENT

en Massaquoi

„Steinfeger“ stirbt mit 86 Jahren in Florida

te, dass die Nazis eine mörderische Gewaltherrschaft errichtet hatten. Er konnte sich durch den Zweiten Weltkrieg retten.

1932 lernte er Ralph Giordano kennen, was in dessen autobiografischem Roman „Die Bertinis“ seinen Niederschlag gefunden hat; Massaquois Spitzname war „Micky“. Aus der kurzen Begegnung wurde nach dem Krieg eine

Freundschaft, die dann ein ganzes Leben lang gehalten hat.

Massaquoi wanderte 1948 nach Liberia aus und ging später in die USA. Dort konnte er studieren und wurde schließlich Chefredakteur des großen afroamerikanischen Magazins „Ebony“ und scharfer Beobachter und Kommentator des Kampfes der Schwarzen für ihre Bürgerrechte. Er interviewte Martin Luther King, Malcolm X, Muhammad Ali und viele andere bedeutende Personen der Zeitgeschichte.

Das Hamburger Abendblatt brachte „Neger, Neger, Schornsteinfeger“ als Vorabdruck, das Buch wurde 2006 fürs Fernsehen adaptiert. Massaquoi, der auch im Alter noch perfekt Deutsch und Platt sprechen konnte, kam mehrfach zu Lesungen nach Hamburg zurück.

Verließ Deutschland drei Jahre nach Kriegsende:
Hans-Jürgen
Massaquoi Foto: dpa

Hamburger Abendblatt, 21.12.03



Das HLZ-Rätsei

Gipfelstürmer Hamburg



Elb-Viel-Harmonie

Die nicht endende Kostenexplosion bei der Elbphilharmonie bewegt Hamburg: Führt Olaf Scholz uns an anderen deutschen Städten vorbei bis hin zur Preis-Spitze? Die prozentuale Kostensteigerung während der Bauzeit der Elbphilharmonie ist jedenfalls rekordverdächtig. Doch es gibt Mitbewerber!



Welches Großprojekt hatte bis heute die größte prozentuale Kostensteigerung?

- a) Stuttgart S 21
- b) Flughafen Berlin-Brandenburg
- c) Elbphilharmonie
- d) Kölner Dom

Antworten bitte mit Postanschrift bis zum 12.2.2013 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Zu gewinnen gibt es erneut das beliebte hlz-Saunatuch in Rot, Grün oder Gelb. Gebt bitte euren Wunsch an! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Des letzten Rätsels Lösung...

... ist Kai Diekmann. Dieser BILD-Mann wird mit der pikanten Skulptur am taz-Haus in Berlin gewürdigt. Das wusste auch Birgit Rautenberg. Sie bekommt das extra-große hlz-Saunatuch. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Genosse Kai Diekmann: der Bild-Chefredakteur auf der Genossenschaftsversammlung der taz

Können Kinder komponieren???

Kinder können komponieren!!!

Geht das auch im Klassenverband? Es geht!

Wer bei dem Wort „Komponist“ an einen weltfremden Mann im stillen Kämmerlein denkt, an seinem Flügel sitzend, auf den Kuss der Muse wartend und dann einer Eingebung folgend eine Sinfonie oder ein Lied auf das Notenpapier werfend – der erliegt einer stark romantisierten Vorstellung von dem, was Komponieren ist. Auch das Komponieren ist ein Handwerk, das Regeln unterliegt und das man lernen und üben kann und muss. (Das Wort Komponieren bedeutet ursprünglich: Zusammenfügen.)

Natürlich wird nicht jede/r, der/ die sich um Musik bemüht, gleich ein neuer Mozart oder ein zweiter Michael Jackson, aber jede/r kann etwas im weiten Bereich der Musik produzieren und Freude daran haben und über die Eigenarbeit Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten der Musik verstehen und schätzen lernen.

Das Thema: Kinder können komponieren! war der Anlass zu einem dreiteiligen Workshop für MusiklehrerInnen aller Sparten, der im August, Oktober und November 2013 in der Hochschule für Musik und Theater in Hamburg stattfand. Der letzte Teil war an die Verleihung des Junge Ohren Preises gekoppelt und ver-

band damit die Vorstellung und Aufführung von Komposition zu unterschiedlichen Bereichen der Musikvermittlung. Die Organisation unterlag der Landesmusikakademie Hamburg und dem Musikausschuss der GEW.

Die TeilnehmerInnen lernten Kompositionstechniken nicht nur kennen, sondern wandten sie sogleich an. Dabei ging es nicht darum, sogenannte klassische Musikstücke zu erfinden, auf Notenpapier und dann zu Gehör zu bringen, sondern um das Aufbrechen von Hörgewohnheiten, das Nutzen des eigenen Körpers und der unmittelbaren Umgebung und den unkonventionellen Umgang mit traditionellen Instrumenten. Alle diese Techniken und Übungen können mit SchülerInnen aller Instrumente und aller Schulklassen durchgeführt werden. Die Arbeit ist nicht an bestimmte Ziele gebunden, sondern offen für alle Möglichkeiten. Damit wird besonders denen, die bislang keinen inneren Zugang zu Musik hatten, eine Hemmschwelle genommen. Auch sonst gänzlich Ungeübte können Erfolge haben! Ergebnisse kann man dann in jeder Form fixieren. Damit können die Einzel- oder Gruppenergebnisse des Unterrichts auch anderen Lern-

Im April findet ein zweiteiliger Kursus für Fach-MusiklehrerInnen und fachfremd Musik Unterrichtende statt, organisiert und durchgeführt vom Musikausschuss der GEW:

Schülerorientierte Vermittlung „klassischer“ Musik

9. und 23. April 2013, 16 - 18

Uhr, Mehrzweckraum des Miralles-Saals der Jugendmusikschule. Anmeldungen bitte über das LI.

Dr. Hannelore Kalwies

Beauftragte für den Musikausschuss der GEW

gruppen, den Eltern oder Gästen der Schule gezeigt werden.

Unter dem Gesichtspunkt des schüler- und kompetenzorientierten Unterrichts sind die im Workshop vermittelten Methoden als besonders hilfreich für die LehrerInnen und besonders wertvoll für die SchülerInnen zu erachten!

Wer Interesse daran hat, unkonventionelle Kompositionsmethoden und -ergebnisse kennen zu lernen, wer darüber hinaus erfahren möchte, wie man auch SchülerInnen allgemeinbildender Schulen in Komposition einführen kann, der wende sich an:

L'ART POUR L'ART, Winsen oder Landesmusikakademie Hamburg oder Musikausschuss der GEW Hamburg.

Wir werden die Anfragen sammeln und bei entsprechendem Bedarf kann im nächsten Schuljahr ein weiterer Workshop folgen!

HANNELORE KALWIES

Beauftragte für den

Musikausschuss der GEW



Seide, die auf Saiten fällt

Ehrenbürger Hindenburg und sechs Hamburger Lehrerinnen

Hindenburgstraße erinnert an aktiven Anti-Demokraten – ein Grund zur Umbenennung

Am 15. August 2012 veröffentlichte das Hamburger Abendblatt auf seiner Thema-Seite unter dem Titel „Jeder Name ein Juwel“ eine Reportage über Hamburger Straßennamen. Die ‚Juwelität‘ Hindenburgs (‚Hindenburgstraße‘: Stadtpark-Alsterdorf-Groß Borstel, seit 1926) wurde allerdings vorsichtig relativiert, zumal kurz zuvor der Rat der Stadt Münster den dort zentral gelegenen Hindenburgplatz in Schlossplatz umbenannt hatte und dabei auf mehrheitliche Zustimmung in der Bevölkerung gestoßen war. Meinen Leserbrief zum Thema Hindenburg-Juwel hat das Abendblatt am 17. August 2012 gedruckt. Ich habe ihn der SPD und der GRÜNEN-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord separat zugeleitet mit der Bitte, sich ihrer Aktivitäten zur Umbenennung der Hindenburgstraße aus dem Jahre 1988 zu erinnern – damals hatten die beiden Fraktionen einen ersten Anlauf zur Umbenennung der Hindenburgstraße gestartet – und die Sache wieder aufzugreifen.

Von der SPD gab es keine Reaktion. Aber die GRÜNEN-Fraktion in der Bezirksversammlung Nord hat sich der Sache angenommen, eine Anfrage nach § 27 BezVG an den Senat gerichtet, am 19. Dezember 2012 eine öffentliche Erörterung im Goldbekhaus durchgeführt und einen Antrag zur Umbenennung der Hindenburgstraße in die Bezirksversammlung eingebracht, wo er am 17. Januar 2013 beraten wurde.

Die in der öffentlichen Veranstaltung – neben viel Zustimmung – auch deutlich gewordenen Bedenken gegen das Vorhaben kreisen im Wesentlichen um drei zentrale Punkte:

- Wenn man mit Hindenburg anfängt, kann man Kaiser Wilhelm nicht rechts liegen lassen, und wohin führt uns das?
- Es schiene schier übermenschlicher Überzeugungskraft zu bedürfen, um sich auf eine alternative Namensgebung zu einigen.
- Hindenburg ist Bestandteil unserer Geschichte. Der Name könnte als ‚Stachel im Fleisch‘ belassen werden, um immer wieder Diskussionen über dieses Kapitel deutscher Geschichte zu befeuern.

Mich treibt an der ganzen Sache seit den Jahren 2006 – 2009, in denen ich an der Hindenburgstraße gewohnt habe, hauptsächlich ein Nebeneffekt, ein rechter „Nebenstraßen-Effekt“ um. In einer großen Aktion hat nämlich der Senat im Jahre 1985 acht Straßen in Neubaugebieten nach Verfolgten des Nationalsozialismus und Terroropfern benannt. In seiner Umtriebigkeit hat der damalige Senat aber übersehen, dass einige der nach den hier zu Ehrenden benannten Straßen Nebenstraßen der Hindenburgstraße sind oder ganz in der Nähe verlaufen. So stoßen der Julia-Cohn-Weg, der Elsa-Bauer-Weg und der Yvonne-Mewes-Weg direkt an die Hindenburgstraße im Abschnitt westlich der Alster; der Gertrud-Pardo-Weg und der Geschwister-Beschütz-Bogen

(nach Olga und Marie Beschütz) beginnen bzw. enden in unmittelbarer Nähe der Hindenburgstraße.

Den Exkurs über die Rolle Hindenburgs im Leben der Betroffenen will ich kurz halten. Reden wir nicht über die Dolchstoßlegende. Es dürfte jedoch unbestritten sein, dass Hindenburg, der 1925 Reichspräsident geworden und 1930 in dieses Amt wiedergewählt worden war, durch exzessiv antidemokratische Nutzung der Möglichkeiten der Weimarer Verfassung (insb. bekannt ist die ausufernde Anwendung des Art. 48) wesentlich zur Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie in der Weimarer Republik beigetragen hat und schließlich nicht anders konnte, als am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Die oft kolportierte Meinung, er habe sich, so lange es ging, dem entgegen gestemmt, um Hitler zu verhindern, ist Legende. Er war aktiv, er war ein Gegner des demokratischen Verfassungsstaates, er war Täter. Damit war das Schicksal der sechs Frauen, um die es hier geht, mehr oder weniger besiegelt.

Julia Cohn wurde am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert und kam dort in einem nahe gelegenen Lager bis 1944 zu Tode. Elsa Bauer hat sich am 6. März 1942 wegen bevorstehender Deportation das Leben genommen. Yvonne Mewes wurde nach bemerkenswerter Vorgeschichte im September 1944 in „Schutzhaft“ genommen, im Dezember 1944 ins KZ Ravens-

brück eingeliefert und starb dort am 6. Januar 1945 an Hungertyphus. Gertrud Pardo wurde im Oktober 1941 nach Łodz deportiert, wo sich ihre Spur verliert. Olga und Marie Beschütz sind am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert worden.

Diese Frauen mit den Straßenbenennungen, die sie doch wohl ehren sollten, Hindenburg zuzulagern, verkehrt die ehrende Absicht ins Gegenteil: In einem Atemzug mit dem Reichspräsidenten geehrt zu werden, gereicht ihnen eher zu zusätzlicher Schmähung. Ob der Senat das 1985 gewollt oder auch nur bedacht hat? Hindenburg ist übrigens seit 1917 (hätten wir doch über die Dolchstoßlegende reden sollen?) bis heute und auch noch bis morgen Hamburger Ehrenbürger, und kein Schmidt, kein Lenz, kein Augstein, kein Wehner, kein Weichmann, kein Brauer hat sich meines Wissens geweigert, sich mit ihm in eine Reihe stellen zu lassen.

Die Sache wird aber auch noch GEW-lich und erscheint nicht zufällig in der Hamburger Lehrerzeitung: alle sechs Frauen waren Hamburger Lehrerinnen: Julia Cohn an der Schule Meerweinstraße und an der Schule Beneckestraße für Sprach- und Handelskurse für Auswanderer, Elsa Bauer an der Schule Curschmannstraße 8, Yvonne Mewes an der Heilwig-Schule, Gertrud



Foto: Hein Hocker; Bildmontage: Martin Borawski

Unsägliches Zusammentreffen – wie lange noch?

Pardo an der Schule Schrammweg 34 und später als Leiterin der Haushaltungsschule Heimhuder Straße 70, Olga Beschütz an der Schule Schwenckestraße 100 und Marie Beschütz an der Schule Erikastraße 23.

Die Betriebsgruppe Ruheständlerinnen und Ruheständler beabsichtigt, für Elsa Bauer und Gertrud Pardo, für die es bisher in Hamburg noch keine Stolpersteine gibt, solche verlegen zu lassen. Bei Elsa Bauer soll zunächst Kontakt zur Schule Curschmannstraße (Stadtteilschule Eppendorf) gesucht werden, um zu klären, ob sich hier vielleicht die Schülerschaft an der Stolpersteinverlegung beteiligen will.

Ich komme zum Schluss. Dem

Vorhaben der GRÜNEN im Bezirk Nord wünsche ich Erfolg! Jedenfalls die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde (die Stadt Stuttgart ist 2010 diesen Weg gegangen) wäre ein wichtiger Schritt, um historische Verwerfungen wieder etwas gerader zu rücken. Wenn die Umbenennung der ganzen Hindenburgstraße im ersten (zweiten) Anlauf nicht durchzusetzen sein sollte, wäre hilfsweise auch die Umbenennung des Hindenburgstraßenstücks westlich der Alster eine hübsche und angemessene ‚kleine‘ Lösung im Sinne der Ehrung der sechs Lehrerinnen, die hier vorgenommen werden sollte.

HEIN HOCKER
Ruheständler

Wir trauern um unseren Kollegen und engagierten Mitstreiter

Jörn Bosse

18.11.1958 23.1.2013

**Kolleginnen und Kollegen der Abendschule vor dem Holstentor,
die Mitglieder des Gesamtpersonalrats der BSB,
GEW - Geschäftsführender Ausschuss und Vorstand**

Referat B
Referat D
Referat F

GEW Studies
Junge GEW

FG Grundschule u. Ak Vorschule

FG Stadtteilschulen

FG Gewerbe und Handel
FG Gymnasien
FG Kinder- und Jugendhilfe
FG Primarschulen
FG Sonderpädagogik

FG Hochschule u. Forschung

FG Frauen
FG Bleiberecht

AK Integration
BG Ruheständler

Mittelamerikagruppe
AG Fair Childhood

Kontakt über buchmannhh@web.de
 Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
Gruppe Gewerkschaftliche Bildung
 Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv.
 Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Anja Bensinger-Stolze, Mail: anjabensinger-stolze@arstolze.de
 Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
 04.02.2013, 18.00-21.00 Uhr, Raum A
 25.02.2013, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
 14.02.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum A/B
 28.03.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum A/B
 18.04.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum A/B
 18.02.2013, 18.00-22.00 Uhr, Raum A
 15.04.2013, 18.00-22.00 Uhr, Raum A
 Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
 25.02.2013, 19.00-22.00 Uhr, Raum A
 03.04.2013, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
 Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
 26.02.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum C
 26.03.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum C
 23.04.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum C
 04.02.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
 08.04.2013, 14.00-18.00 Uhr, Raum C
 26.02.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum B
 05.02.2013, 19.30-22.00 Uhr, Raum B
 02.04.2013, 19.30-22.00 Uhr, Raum B
 Termin in der Geschäftsstelle nachfragen
 06.02.2013, 10.15-13.00 Uhr, Raum C
 20.03.2013, 10.15-13.00 Uhr, Raum C
 10.04.2013, 10.15-13.00 Uhr, Raum C
 18.02.2013, 19.30-22.00 Uhr, Raum C
 12.02.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
 05.03.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
 09.04.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum C



Hamburger Lehrer-Feuerkasse

seit 1897



Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.

Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höerversicherung gegen Zuschlag möglich.



Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

E-Mail: info@h-l-f.de

Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)

Tel.: 040 796 128 25/ Fax: 040 796 128 26 (Georg Plicht)

Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)

www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de

Aus dem Streikzelt...

„Vor dem „Neupack“- Interview sollten wir noch einmal bei dem Streikposten vorbeigehen, uns einen Eindruck vor Ort verschaffen.“, meint Peter. So viele aktiv Streikende haben wir Lehrer ja auch noch nicht erlebt. Schließlich ist es doch nicht dasselbe so ein Warnstreik gegen unsere Behörde mit freudig erregten SchülerInnen angesichts des Unterrichtsausfalls oder ein Streik von Kollegen einer Industriegewerkschaft mit einem Produktionsausfall, der dem Arbeitgeber im Portemonnaie weh tut.

Also nichts wie hin ins schmucklose Gewerbegebiet in Stellingen. Hier werden also Plastikrohwrüste zu Joghurtbechern und ähnlichen Verpackungen der Feinkostindustrie „immer gut in Form“ (Neupack-Eigenwerbung) gebracht. Die schlichten Wellblechhallen zeugen schon von dem „knallharten Kostenmanagement“, das auch die Beschäftigten zu spüren kriegen. Hier wird kein Cent zu viel ausgegeben – wie sollen auch sonst die Luxusetablissemments der Besitzerfamilie Krüger an der Bellevue und Elbchaussee finanziert werden?

Atmosphäre gibt es aber trotzdem. Der gesamte das Werksgelände umhüllende Zaun ist geschmückt mit Transparenten und Fahnen. Nicht zu übersehen, was die Beschäftigten ärgert: Willkürliche Bezahlungsformen nach Lust und Laune der Firmen-

eigner. Ich fotografiere einige Transparente. Hinter den grimmig dreinblickenden Athleten der von der Firmenleitung aufgestellten Wachmänner sprintet ein etwas beleibter Herr im hellblauen Anzug aus dem Büroeingang auf mich zu: „Sofort löschen! Sie haben hier die Autonummern fotografiert!“ Ich bin so nett und zeig ihm das Gegenteil auf meinem Camera-Display. Er glaubt mir nicht, zieht aber doch vor sich hin schimpfend wieder ab. Ich spüre etwas von der Nervosität und Kultur von Misstrauen und Feindschaft, die in dieser Fabrik getauften Lagerhalle herrscht.

Ganz anders Heinz (siehe Foto – Name geändert). Er ist die Ruhe in Person. Nahezu allein hält er die Stellung der Streikenden. Denn – unser Pech – wir kommen just in dem Moment, wo die Streikenden in der Stadt sich zur Streikversammlung treffen, um über ihr weiteres Vorgehen zu beraten. Aber Heinz ist 'ne Wucht. „Ja, ich habe schon einige Streiks erlebt. Auch welche, die lange gedauert haben. Da braucht man schon Geduld und Unterstützung.“ Heinz ist 88 Jahre alt. Aber das hindert ihn nicht, sich um die Interessen von Kollegen seiner Gewerkschaft zu kümmern. Er ist wach, weiß, um was es geht. Und er weiß, dass hier nichts läuft ohne solidarisches Zusammenstehen. Heinz nimmt uns mit in das

große schwarze Streikzelt. Hier ist es fast gemächlich angesichts der schneidenden Kälte vor dem Werkstor. Ein Ofen bullert, Tee und Kaffee stehen bereit und die Wände zeugen von den schon seit jetzt fast drei Monaten andauernden Auseinandersetzungen.



Mit 88 Jahren auf Streikposten: gelebte Solidarität

gen: Flugblätter, Streikzeitung, Zeitungsausschnitte und Infos zur Organisation der Streikwache. Heinz setzt sich, ruht sich aus. Aber weg zu kriegen ist er hier nicht.

Alles nicht sensationell und doch ein Ort, an dem LehrerInnen und SchülerInnen viel über Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft und die Kraft der Solidarität erfahren können.

STEFAN GIERLICH

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Susanne Berg, Stefan Gierlich
Mani Heede, Michael Kratz, Wolfgang Svensson

Freie Mitarbeiterin: Antje Liening

Redaktionsassistent: Max Lill

Titel: hlz

Rückseite: Stefan Gierlich

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Druck: Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: info@compactmedia.de

Anzeigen: Eduard van Diem, Tel. 040-890 629 23, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 3/2013: 13.2.2013



Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in den Beruf ist eine der entscheidenden Schnittstellen für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Nicht zuletzt deswegen ist Arbeitswelt- und Berufsorientierung ein zentrales Element der gewerkschaftlichen Forderung nach „einer guten Schule für Alle“. In den Bundesländern gibt es zahlreiche unterschiedliche Konzepte und Initiativen. Betriebe klagen indessen über mangelnde „Ausbildungsfähigkeit“ und nicht vorhandene Voraussetzungen bei Auszubildenden.

Die Fortbildung dient dem Erfahrungsaustausch über Ländergrenzen und Schulformen hinweg und der Diskussion bildungspolitisch und pädagogisch sinnvoller Konzepte der Arbeitswelt- und Berufsorientierung. Sie ermöglicht außerdem den Austausch mit PraktikerInnen aus einem Metall-Betrieb im Rahmen einer kleinen Betriebserkundung. Ein weiteres Thema ist die Zusammenarbeit von Schulen mit den Gewerkschaften als Partner.

Das Seminar findet vom 15. bis 17. April 2013 in der IG Metall-Bildungsstätte Berlin am Pichelssee statt. Die Seminar- und Übernachtungskosten werden für Gewerkschaftsmitglieder übernommen. InteressentInnen können sich an Martina Schmerr (GEW; martina.schmerr@gew.de) oder Bernd Kassebaum (IG Metall; bernd.kassebaum@igmetall.de) wenden. Die Veranstaltung ist Teil der gewerkschaftsübergreifenden „Initiative Schule und Arbeitswelt“ (www.schule.dgb.de).



Bundesweite Fortbildung für LehrerInnen der allgemein- und berufsbildenden Schulen

Arbeitswelt- und Berufsorientierung

15.-17. April 2013

IG Metall Bildungsstätte Berlin

ANZEIGEN 890 629 23  ANZEIGEN 890 629 23

Hamburger Beamten - Feuer- und Einbruchskasse Die günstige Hausratversicherung

Hermannstraße 46 · 20095 Hamburg · Telefon 040 / 33 60 12 · Fax 040/28 05 96 06 · E-Mail: info@hbfeke.de · Internet: www.hbfeke.de

Anerkannte
Selbsthilfeeinrichtung
des
öffentlichen Dienstes



Gegründet
29. September 1902

Versicherungsverein
auf
Gegenseitigkeit

In Hamburg sind wir zu Hause ..., ... Sie auch?
Oder in Schleswig-Holstein, im Kreis Harburg bzw. Stade?

Wenn Sie dann noch im öffentlichen Dienst im weitesten Sinne beschäftigt sind und eine Hausratversicherung suchen, die Ihren Geldbeutel schont, dann kommen Sie zu uns. Bei uns zahlen Sie weiterhin

nur 1,20 € je 1.000 Euro Versicherungssumme
inklusive Versicherungssteuer

um Ihren Hausrat gegen Schäden durch Brand, Blitzschlag, Explosion, Implosion, Einbruchdiebstahl, Vandalismus, Raub, Leitungswasser, Sturm und Hagel zu versichern. Für eine Versicherungssumme von z.B. 50.000 € zahlen Sie einen Beitrag von 60 € pro Jahr.

Informieren Sie sich bitte durch einen Anruf in unserer Geschäftsstelle.

Sie haben außerdem die Möglichkeit, sich auf unserer Internetseite zu informieren. Dort finden Sie z.B. auch ein Antragsformular, das Sie ausdrucken, ausfüllen und uns zusenden können.



Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) - Landesstelle Hamburg

Termine

Ort: Universität Hamburg, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 215 (vermutlich, ansonsten Aushang an der Raumtür beachten)

Montag, 6.5.2013, 18.30

Landesstellen-Treffen

Schwerpunktthema: Hamburg und Mee(h)r

Kontakt: Christoph Jantzen (christoph.jantzen@uni-hamburg.de) oder auf www.ajum.de.



„Das Team für Ihre Tischlerarbeiten. Innenausbau, Fenster, Türen u.v.m.“

die holzhandwerker HHW GmbH & Co. KG
Leverkusenerstraße 5

22761 Hamburg

Telefon : 040 / 851 39 70

Telefax : 040 / 851 39 60

www.dieholzhandwerker.de

info@dieholzhandwerker.de



Ferienhaus in Balje

Urlaub im Kahldinger Land

Idyllisch gelegenes Reetdachhaus inmitten eines alten Obstgartens für 3-6 Personen zu vermieten: www.balje-ferienhaus.de

Frühling im Wendland?



STANGENBERG

Ferienhaus in Timmeitz / Zernien
ideal für 2 – 6 Pers.

4 Zimmer - 2 Bäder - Küche - Garten
Preis 40 bis 50 € (für 2 Pers. pro Tag,
jede weitere Pers. 8 bis 10 €)

Joachim Kroll Tel.: 0172 401 83 95
krolli_und_hilde@gmx.de

FERIEN IN DEN CEVENNEN?

Ferienwhg. für 2 - 3 Pers. zu vermieten
Wandern, Kanu und Baden
im Süden der Cevennen. Bienvenu chez
Jo Jarnias et Annette Kleyenstüber
0033475883370 jo.annette07@orange.fr
<http://home.arcor.de/reno.malzahn/>

Hamburger Lehrer-Feuerkasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Gegründet 1897

Mitgliederversammlung

Freitag, 26. April 2013

Beginn: 17.30 Uhr

Tagungsort: Curio-Haus Rückgebäude

Tagesordnung

1. Jahresbericht 2012
2. Vorlage der Jahresrechnung 2012
3. Bericht der Rechnungsprüfer
Entlastung des Vorstandes
4. Wahlen
 - a) Wahl des 2. Vorsitzenden
 - b) Wahl von 2 Rechnungsprüfern
5. Wahl des Wirtschaftsprüfers
6. Verschiedenes

Weiterbildung Freinet-Zertifikat

„Adler steigen keine Treppen“
(Célestin Freinet)

Die Freinet-Kooperative bietet unter der Schirmherrschaft von Enja Riegel eine zweijährige berufsbegleitende Weiterbildung 'Theorie und Praxis der Freinet-Pädagogik' an, sie beginnt im November 2013.

Nähere Informationen und Anmeldung:



Freinet-Kooperative e.V., Sielwall 45, 28203 Bremen,
Tel: 0421-344 929
mail@freinet-kooperative.de,
www.freinet-kooperative.de
Anmeldeschluss: 15. Juni 2013!

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**
Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Ltz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldenbeitrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung und ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mtbekauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten oder Rentschutzversicherung.

AK FINANZ
Kreditvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68153 Mannheim
Finanz@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Beamtdarlehen **supergünstig**
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
■ Beamtdarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
■ Baufinanzierungen günstig bis 120%



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.



Tarifrunde 2013

6,5 % mehr

Mitglied werden zahlt sich aus!

Informiert Euch über den aktuellen Stand der Tarifaueinandersetzung und Möglichkeiten der aktiven Beteiligung auf
<http://www.gew-hamburg.de/themen/tarif-besoldung/tarifrunde-tvl-2013!>